

Bd. IX

Termine:

el

Justizprüfungsamt?

Ja — nein

Falls ja: P — K — V — R

Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn.

MiStra.

Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem ~~Landgericht~~ Berlin

~~Kammergericht~~

Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

RA. Vollmacht Bl.

gegen

1/ Streckenbach,

Bruno

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.:

455

wegen

Mordes

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Strafvollstreckung im
Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss

Ks Ls Ms

AU 57

Weggelegt

1977

Aufzubewahren: — bis 19

— dauernd —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein —

1 Js 13/65 (RSHA)

7

+ hv an abt roem eins =

--funkfernschreiben--

+ nwbopp nr. 3069 2510 0900 =

br.

polizeipraesidenten - roem.1 -a - ki 3 - 523/66- b e r l i n =

betr.: ermittelungsverf. gg. bruno s t r e c k e n b a c h u.a.
wegen mordes - gsta beim kg berlin 1 js 13/65 (rsha).

bezug: dort. fs nr. 2621 v. 21.10.66.

r e i p e r t , albert u. h o e p p n e r , rolf-heinz stehen
in der zeit vom 12. bis 16.12.66 in bad godesberg zur verfue-
gung und sind aussagebereit.

h o e p p n e r bittet, termin rechtzeitig bekanntzugeben u.
moeglichst auf morgens um 8,00 uhr verlegen. =

kk. bad godesberg, tgb.nr. 4657/66 gez. Lichtenberg, kok+

rrr abt roem eins 25.10. nr 3069 fs 1027 seidel +

+hv an abt roem eins=

- - funkfernschreiben - -

+eee nwbopp nr 351 0411 0905=

- bei funkuebermittlung verschluesseln --

br

an den polizeipraesidenten -roem.eins/a ki- 523/66 b e r l i n =

betr.: ermittlungsverfahren gegen bruno s t r e c k e n b a c h
u.a. wegen mordes -gsta. beim kg berlin 1 js 13/65(rsha),
hier: zeugenermittlung: theo s a e v e c k e, geb.
22.3.11 in hamburg, wohnhaft Luisdorf/bei bonn,
Lengsdorfer strasse 69.

bezug: dortiges fs. nr. 2610 v. 21.10.1966.

s a e v e c k e ist zu o.a. sache aussagebereit und steht in der
zeit vom 12. - 16.12. 1966 zur vernehmung durch die sta. berlin
zur verfuegung. telefonisch ist s a e v e c k e unter bonn
623803 zu erreichen. =

khst.bonn, -fahndung- tgb. nr. 12441/66+ i. a. gez. schneider+

+rrr abt roem eins 4.11. bonn nr 351 fs 1021 kunert +

ds

t

+ hv an abt roem eins =

--funkfernschreiben--

+ nwdupp nr 2170 2710 0905 =

-- bei funkuebermittlung verschluesseln --

br

1.) an kripo berlin -roem eins - a - ki 3 - 523/66

nw

2.) nachrichtlich lka quessel dorf dezernat 15
in quessel dorf =

betrifft:ermittlungsverfahren gegen bruno streckenbach u.a.

wegen mordes - gsta beim kg berlin 1 js 13/65 (rsha)

dort : ersuchen sta 'in rl.bilstein =

bezug : fs nr 2615 vom 21.10.66 -kripo berlin =

die zeugin hirkes steht zum genannten zeitpunkt in den
nachmittagsstunden zur vernehmung zur verfuegung und ist
aussagebereit . =

der pp in ouisburg fa/ho ia gez hilbert kok +

rrr abt roem eins 27.10. nr 2170 fs 1012 seidel +

+ hv an abt. roem eins =

-- funkfernschreiben--

+ nwsbok nr. 849 2410 1422=

br

an pol.- praes. b e r l i n, roem. eins -a- ki 3 523/66 =

betr.: vernehmung des dr. meyer -eckhard heinrich, 19.3.08,
in der ermittlungssache gegen bruno streckenbach u.a.
wegen mordes -- gsta beim kg berlin 1 js 13/65 (rsha).
bezug: dort. fs nr. 2622, vom 21.10.1966.

herr dr. meyer - eckhard ist bereit, in der zeit vom 12.12. bis
16.12.1966 hier in siegburg zur vorliegenden sache auszusagen.
der genannte steht zur fraglichen zeit zur verfuegung.=

ok d/kpb -k- siegburg, i.a. h a a s e, kk.+

+ rrr abt roem eins 24.10. siegburg nr 849 fs 1720 konnerth +

+ hv an abt. roem eins =

-- funkfernschreiben--

+ nwrhpf nr 595 2410 1550 =

--bei funkuebermittlung verschluesseln --

br

polpraes - roem eins - a ki 3 - 523/66 - b e r l i n =

betr : karl - heinz l a n g e n a u, 21/12/11 koenigsberg,
 wohnhaf t gladbeck =

bezug: dort funkspruch nr 2620 vom 21/10/66 =

L. steht in der zeit vom 5. bis 9. 12. 66 zur verfuegung. er ist auch aussagebereit. kripo gladbeck ist auszenstelle der krimi - nalpolizei der kreispolizeibehoerde recklinghausen (polizeiprae - sident). L. ist im raume bottrop und gladbeck als kriminnal - hauptkommissar dienstlich taetig. es erscheint zweckmaeszig, dasz der vertreter der staatsanwaltschaft oder der kriminalpoli - zeiliche ermittelungsbeamte zunaechst bei dem dienstvorgesetzten der kpb recklinghausen, dem polizeipraesidenten, oder dem leiter -k- vor der vernehmung des L. vorspricht =

polpraes recklinghausen, ia gez: pielsticker, k - direktor +

+ rrr abt roem eins 24.10. recklinghausen nr 2410 fs 1811

konnerth +

Der Polizeipräsident in Berlin

I-A - KI 3 - 523/66

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42
Tempelhofer Damm 1-7, den 15. Nov. 1966
Fernruf: 66 00 17 } App. 3015
Im Innenbetrieb:

An den

Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht Berlin
z.H.v. StA'in Frl. BILSTEIN

1 B e r l i n 21
Turmstr. 91

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach
u.a. wegen Mordes - GStA bei dem Kammergericht Berlin
1 Js 13/65 (RSA)

Bezug: Bisherige Rücksprachen

Anlagen: a) 8 Vernehmungsniederschriften
b) 5 Blatt Fotokopien

Als Anlage übersende ich Ihnen die Vernehmungsniederschriften der
Zeugen Stiel, Weißfloch, Schneiderranger,
Elfriede Bauer, Wolfgang Berger, Macht, Beetz
und Otto Scheuerer in vierfacher Ausfertigung.

Außerdem füge ich die Ablichtungen der von Ihnen angeforderten
DC-Unterlagen und den Funkfernschreibverkehr für Ihre Dienstreise
vom 5.12. - 16.12.1966 bei.

Im Auftrage

Paul
(Paul), KK

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Kriminalrat a.D.

Friedrich S t i e l ,
12.1.1894 Nürnberg geb.,
Nürnberg, Am Stadtpark 79 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich in einem Verfahren gegen Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes in Berlin wegen der Tötung von Fremdarbeitern zeugenschaftlich vernommen werden soll. Des weiteren soll ich hinsichtlich meines Wissens befragt werden, daß ich über eine Aktion verfüge, in deren Rahmen mehrere tausend Justizgefangene an die Polizei übergeben wurden, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO wurden mir bekanntgegeben und erläutert. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Polizei Angaben zu machen.

Im Jahre 1911 trat ich als Verwaltungsbeamter in den Dienst der Stadt Nürnberg. Bei Kriegsbeginn im Jahre 1914 wurde ich zum Wehrdienst einberufen und nach einer schweren Verwundung im Laufe des Jahres 1916 aus diesem Dienst entlassen. Ich versah wiederum bei der Stadtverwaltung Nürnberg Dienst und man übertrug mir in der Folgezeit die Leitung des Pass- und Fremdenamtes. Im Jahre 1923 wurde ich anlässlich der Verstaatlichung der Bayerischen Polizei vom PP Nürnberg übernommen.

Es kann im Laufe des Jahres 1932 gewesen sein, ich war inzwischen Polizeiinspektor, als meine Versetzung zur Verkehrspolizei erfolgt ist. Als im Laufe des Jahres 1938 bei der Stapostelle Nürnberg-Fürth eine eigene Abwehrstelle im Benehmen mit dem Generalkommando XIII geschaffen wurde, bin ich dorthin abgeordnet worden. Diese Abordnung wurde mit Wirkung vom 1.7.1939 in eine Versetzung umgewandelt. Mit der endgültigen Versetzung wurde mein Dienstgrad in Kriminalkommissar geändert. Mit Beginn des Krieges wurde ich als Kriegsverwaltungsoberinspektor einberufen und als Verbindungsbeamter des Generalkommandos XIII -Abwehrstelle im Wehrkreis XIII - zur Stapostelle Nürnberg-Fürth eingesetzt. Parallel mit dieser Tätigkeit betreute ich weiterhin, und zwar ab Ende 1942 meine alte Dienststelle, das Referat ~~XXXXX~~ III (Spionageabwehr). Mein Aufgabenbereich bei der Abwehrstelle im Wehrkreis XIII war die Spionageabwehr, die Sicherung der Industriebetriebe in abwehrmäßiger Hinsicht und die Überprüfung der in der Rüstungsindustrie in leitender Stellung tätigen Personen. Außerdem gehörte es zu meinem Aufgabengebiet, die Überprüfungen der Sicherheitsbestimmungen in den Kriegsgefangenenlagern vorzunehmen. Meine Tätigkeit bei der Stapostelle Nürnberg-Fürth lief parallel mit der bei der Wehrmacht, ergänzte sich mit dieser und war in vielen Fällen mit ihr identisch. Die Aufträge waren sowohl vom militärischen wie vom polizeilichen her in vielen Fällen die gleichen. Diese Tätigkeit übte ich bis zum Kriegsende aus. Mein letzter Dienstgrad war der eines Kriminalrates, den ich im Laufe des Jahres 1942 erreichte.

Wenn im Telefonverzeichnis der Stapostelle Nürnberg-Fürth mein Name unter der Referatsbezeichnung II A-R erscheint, so ist dies objektiv falsch. Ich war niemals Angehöriger dieser Dienststelle, sondern Leiter der gesamten Abteilung III. Das Referat II A unterstand einem KK O h l e r . Das Referat II A-R (Ostarbeiter) unterstand dem Leiter der Stapostelle, KD O t t o , persönlich.

Für das Kriegsgefangenenwesen war KK O h l e r zuständig.

Wenn ich gefragt werde, ob mir etwas von Sonderbehandlungen, gemeint ist die Exekution ohne vorliegendes Gerichtsurteil vollzogen an Ostarbeitern bzw, Polen, bekannt sei, so erkläre ich folgendes:

Von der Exekution von Angehörigen der sogenannten Ostvölker Russen, Ukrainer und Weißruthenen, habe ich zu keiner Zeit Kenntnis erhalten. Ich hatte damit weder dienstlich etwas zu tun, noch während meiner Tätigkeit außerdienstlich hiervon etwas in Erfahrung gebracht. Mit mir wurden die bisher bekannten Exekutionen im Raum der Stapostelle Nürnberg-Fürth durchgesprochen. Mir ist in keinem einzigen Fall möglich, zu diesen Vorfällen Angaben zu machen. Allerdings habe ich eine ~~Eidstattliche~~ Erklärung vorzuliegen, in der mir eine Frieda N a g e l, wft. in Abenberg b. Roth, bestätigt, daß sie aufgrund meiner Interventionen vorzeitig aus dem KL Ravensbrück entlassen worden sei. Die N a g e l hatte Geschlechtsverkehr mit einem Polen und ist deswegen in das KL Ravensbrück eingewiesen worden. Der Pole ist wegen dieser Angelegenheit in oder bei Abenberg erhängt worden. Wann die Exekution durchgeführt wurde, vermag ich nicht zu sagen. Ich bin aber sicher, daß es vor der Jahreswende 1942/43 war. Der Name des beteiligten Polen ist mir nie bekanntgeworden.

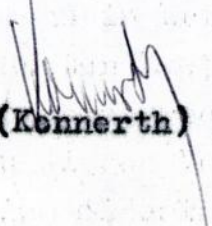
Wenn ich gefragt werde, welche Vorstellungen ich mit dem Begriff "Sonderbehandlung" verbinde, so fällt mir ein, daß ich damals unter Sonderbehandlung Einweisung in ein Konzentrationslager oder auch verschärfte Vernehmung verstand. Keinesfalls setzte ich diesen Begriff mit Exekution gleich.

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, ist mir von einer Aktion, in deren Rahmen mehrere tausend Justizgefangene, deren Strafhaft noch nicht beendet war, und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden, nichts bekannt. Von einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz, die Grundlage für diese Aktion bildete, habe ich noch niemals etwas gehört.

Das wäre an sich alles, was ich zum vorliegenden Sachverhalt zu sagen habe. Mir wurde während der Vernehmung eröffnet, daß ich unter Umständen die heute gemachten Angaben unter Eid erhärten müsse.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben


(Konnerth) , KCM


.....

Bl.

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Lagermeister

Johann W e i ß f l o c h ,
11.4.1908 Kelheim geb.,
Langenzenn LKrs. Fürth,
Bergstr. 8 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich in einem Verfahren, das sich gegen Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes wegen der Tötung von Fremdarbeitern richtet, zeugenschaftlich vernommen werden soll. Des weiteren soll ich befragt werden, was ich über eine Aktion weiß, in deren Rahmen mehrere tausend Justizgefangene an die Polizei überstellt wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO wurden mir bekanntgegeben und erläutert. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Polizei Angaben zu machen.

Nachdem ich vom 1.10.1927 an bei der uniformierten Polizei Dienst versehen hatte, wurde ich mit Wirkung vom 1.4.1938 zur Kriminalpolizei Nürnberg-Fürth abgeordnet. Ich kam zur Abteilung II, die mit der Bearbeitung politischer Straftatbestände beauftragt war. Einige Zeit später, wann es genau war kann ich heute nicht mehr sagen, wurde aus der politischen Abteilung die Stapostelle Nürnberg-Fürth. Meine Übernahme erfolgte als Kriminalassistent auf Probe. Nach Beendigung einer mehrmonatigen Probezeit erfolgte die endgültige Übernahme. Am 1.10.1939 wurde ich zum Kriminaloberassistenten und im Juni 1943 zum Kriminalsekretär be-

7

fördert. Das war dann auch bis zum Kriegsende meine letzte Beförderung.

Das Aufgabengebiet des Referates II A lag vor allem in der Bekämpfung des Kommunismus und Marxismus. Nach Kriegsbeginn kam das Kriegsgefangenenwesen hinzu. Als nach Ausbruch des Krieges mit der Sowjetunion eine Vielzahl von Ostarbeitern in das Reichsgebiet kamen, wurde die Abteilung II A-R geschaffen. Das "R" bedeutete Russen. In den ersten Monaten nach Aufbau dieser Dienststelle hatte zunächst noch der Leiter von II A, KK O h l e r , die Leitung inne. In der Folgezeit hatte sich der Leiter der Stapostelle Nürnberg-Fürth die Leitung dieser Dienststelle und alle damit zusammenhängenden Entscheidungen selbst vorbehalten. Mit Ausnahme einer Abkommandierung nach Oberschlesien, vom Herbst 1939 bis zum Herbst 1940, blieb ich bis zum Kriegsende bei der Stapostelle Nürnberg-Fürth. Auch mein Sachgebiet, also die Abteilung II A-R, blieb bis zum Zusammenbruch das gleiche.

Wenn ich gefragt werde, was mir über Exekutionen, vollzogen an Ostarbeitern bzw. sowjetischen Kriegsgefangenen, im Bereich der Stapostelle Nürnberg-Fürth bekanntgeworden sei, so fällt mir lediglich ein derartiges Geschehnis ein. Es kann im Laufe des Jahres 1944 gewesen sein, als in Langenzenn ein Fremdarbeitergefängnis eingerichtet wurde. Dieses Gefängnis galt als Ausweichsstelle des Polizeigegefängnisses Nürnberg-Fürth und in ihm saßen mehrere hundert Ostarbeiter ein. Ich möchte diese Angabe dahingehend erweitern, daß auch noch Polen und Tschechen einsaßen, wenn auch in geringer Zahl. Leiter dieses Gefängnisses war innerdienstlich der Leiter der Stapostelle Nürnberg-Fürth, der KD O t t o . Verwaltungsmäßig wurde es vom Polizeipräsidium Nürnberg-Fürth betreut. Ich hatte in unmittelbarer Nähe des Gefängnisses, es bestand aus Baracken, ein Dienstzimmer. Die Bewachung wurde von Gendarmeriebeamten durchgeführt. Es kann Anfang 1945 gewesen sein, als ich eines Tages von KK O h l e r die fernmündliche Anweisung erhielt, 3 Ostarbeiter, die in Langenzenn einsaßen, zu

exekutieren. Damit war natürlich nicht gemeint, daß ich die Exekution nicht selbst durchführen sollte, sonder lediglich die hierzu erforderlichen Maßnahmen einzuleiten. Da es mir widerstrebt eine derartige Maßnahme durchzuführen, bat ich O h l e r , er möge doch selbst nach Langenzenn kommen, um das Erforderliche zu veranlassen. Dieser, meiner Bitte ist KK O h l e r dann auch nachgekommen und er kam einige Tage später nach Langenzenn. Die Exekution wurde dann unter seiner persönlichen Leitung vollzogen. Sie fand statt in einer unbelegten Baracke und die 3 Häftlinge sind dann von anderen Ostarbeitern an einem Deckenbalken erhängt worden. Ich selbst war zunächst bei der Exekution zugegen, doch habe ich die Baracke, nachdem der erste Ostarbeiter erhängt wurde, verlassen, weil ich den Anblick nicht ertragen konnte. Was der Grund für die Exekution war, kann ich heute nicht mehr mit Bestimmtheit sagen. Ich glaube mich jedoch zu erinnern, daß die Hingerichteten Einbruchsdiebstähle oder auch Raubüberfälle begangen haben sollen. Den Vorgang selbst habe ich nie bearbeitet; soweit ich mich erinnern kann, wurde er von Beamten der Stapostelle Nürnberg-Fürth, wahrscheinlich vom Referat II A 1 bearbeitet. Wie mir O h l e r sagte, ist die Exekutionsanordnung vom RSHA erteilt worden. Welches Referat im RSHA die Angelegenheit bearbeitet hat, ist mir nicht bekannt. Auch die Namen der Russen kann ich nicht mehr nennen.

Von weiteren Exekutionen habe ich keine Kenntnis erlangt. Ich möchte allerdings nicht ausschließen, daß Ostarbeiter, die wegen irgendwelcher Delikte von uns bearbeitet wurden auch zur Sonderbehandlung in ein Konzentrationslager eingewiesen worden sind. Positiv Kenntnis hierüber habe ich allerdings nicht erlangt. Um diese von mir soeben gemachten Ausführungen verständlich erscheinen zu lassen, möchte ich kurz die Arbeitsweise beim Referat II A-R schildern: Überwiegend hatten wir es mit dem sogenannten Arbeitsvertragsbruch zu tun. Die betreffenden Ostarbeiter wurden im allgemeinen von der Gendarmerie nach Verlassen

ihrer Arbeitsstelle aufgegriffen und in das Polizeigefängnis Nürnberg-Fürth, später Langenzenn, eingewiesen. Nach Vernehmung des Betreffenden und Aufnahme seiner Personalien wurde die Angelegenheit zur endgültigen Entscheidung dem Leiter der Stapostelle Nürnberg-Fürth vorgelegt. Die Vorlage erfolgte durch den damaligen KS B e e t z , der dann auch im allgemeinen dabei war, wenn der Stapostellenleiter sich die Ostarbeiter vorführen ließ. Dieser entschied dann auch, welche Maßnahmen gegen den jeweiligen Ostarbeiter zu treffen seien. Das konnte erneuter Arbeitsinsatz oder auch kurz-oder langfristige Einweisung in ein Konzentrationslager sein. Wir haben die Vorgänge dann nicht wieder zu sehen bekommen. Die Vorgänge sind je nach Entscheidung des Stapostellenleiters zur Personalaktenammlung oder zur Schutzhaftabteilung gegangen. Es gab natürlich auch Fälle, in denen die Ostarbeiter schwerere kriminelle Delikte begangen hatten und man annehmen mußte, daß unter Umständen Sonderbehandlung infrage kommen kann. Wer diese Vorgänge weiter bearbeitet hat, entzieht sich meiner Kenntnis, Ich habe auch keine Vorstellungen davon, welche Dienststelle bzw. welcher Beamte mit der Bearbeitung derartiger Fälle beauftragt war.

Wenn ich gefragt werde, welche Vorstellungen ich damals mit dem Begriff "Sonderbehandlung" verband, so war es zunächst so, daß ich darunter eine etwas andere Behandlung der Ostarbeiter verstand als die Deutschen zuteil geworden ist. Erst später wurde mir dann klar, daß Sonderbehandlung mit ~~Exekution~~ Exekution gleichzusetzen ist. Ich glaube das ich diese Erkenntnis aufgrund von Gesprächen, die ich mit anderen Kollegen geführt habe, gewann. Einzelheiten hierüber vermag ich nach so langer Zeit nicht mehr anzugeben.

Hierzu möchte ich noch bemerken, daß ich sicher bin in keiner Akte, die ich bearbeitet habe, das Wort Sonderbe-

handlung vorgekommen ist. Ich habe auch zu keiner Zeit die Anweisung erhalten, in einem Bericht oder Vordruck Sonderbehandlung zu beantragen. Die Erlasse, die mit der Sonderbehandlung zu tun hatten, habe ich zu keinem Zeitpunkt gesehen. Ich bin auch seitens meiner Vorgesetzten niemals aufgeklärt worden, in welchen Fällen für Ostarbeiter Sonderbehandlung infrage kommen kann. Ich habe auch niemals davon Kenntnis erhalten, daß beim Vorliegen bestimmter Delikte sowjetische oder polnische Kriegsgefangene aus der Kriegsgefangenschaft zu entlassen und der Geheimen Staatspolizei zu überstellen seien. Ich bin soeben falsch verstanden worden, ich habe sehr wohl davon Kenntnis gehabt, daß sowjetische Kriegsgefangene an die Geheime Staatspolizei überstellt werden konnten, doch sind mir die Erlasse, welche hierfür die Grundlage bildeten, nicht bekannt gewesen. Diese Kenntnis erhielt ich anlässlich von Inspektionen der Kriegsgefangenenlager, die in Hinblick auf die Sicherung derselben von uns durchgeführt wurden. Ich selbst habe mit Kriegsgefangenen niemals etwas zu tun gehabt. Es ist mir auch nicht möglich, die Beamten zu nennen, die dieses Sachgebiet bearbeitet haben.

Die Dienststelle II A-R war mit nur wenigen Beamten besetzt. Es handelte sich um den KS B e e t z , für kurze Zeit KS S c h e u e r e r , dem Kriminalangestellten W e ß - l i n g , der inzwischen verstorben ist und mich.

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, ist mir von einer Aktion, in deren Rahmen eine Vielzahl von Strafgefangenen der Justiz, deren Strafzeit noch nicht beendet war, und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden, nichts bekannt. Von einer Vereinbarung, die zwecks Durchführung dieser Aktion zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz getroffen wurde, höre ich heute zum

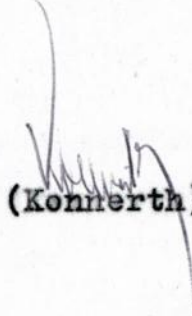
71

ersten Mal. Allerdings entsinne ich mich, daß in einem Einzelfall ein Russe, der wegen Arbeitsvertragsbruchs im Raum Eichstedt gerichtlich verurteilt wurde, durch die Justiz an die Stapostelle Nürnberg-Fürth, es kann noch vor Ablauf der Strafzeit gewesen sein, überstellt wurde. Soweit ich mich heute noch erinnern kann, war bei dieser Überstellung von der soeben genannten Vereinbarung zwischen H i m m l e r und T h i e r a c k nicht die Rede. Ich bin aber ziemlich sicher, daß dieser Russe nicht in ein Konzentrationslager eingeliefert wurde, sondern zum Arbeitseinsatz in der Nähe von Langenzenn gelangte.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben


(Konnerth), KOM

..... *Johann Krippl*

Bl.

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Lagerarbeiter

Johann S c h n e i d e r b a n g e r ,
13.9.1907 Maroldsweisach Krs. Ebern,
Bayern geb.,
Burgheim, Georgenstr. 14 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich in einem Verfahren gegen frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes in Berlin wegen der Tötung von Fremdarbeitern zeugenschaftlich vernommen werden soll.

Weiterhin soll ich hinsichtlich meines Wissens über eine Aktion befragt werden, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizhäftlingen von der Polizei übernommen wurde, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO wurden mir bekanntgegeben und erläutert. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Polizei vor dem Kriegsende Angaben zu machen.

Vom Jahre 1926 an war ich bei der uniformierten Polizei tätig. Im Laufe des Jahres 1937 bewarb ich mich um Übernahme in den Dienst der Kriminalpolizei. Bei der Kriminalpolizeistelle Nürnberg-Fürth legte ich dann auch alsbald eine Eignungsprüfung ab, die ich bestand. In der Folgezeit habe ich von der Kriminalpolizei keine weitere Nachricht erhalten.

Es kann im Febr. oder März 1940 gewesen sein, als ich durch einen Vorgesetzten davon Kenntnis erhielt, daß ich ab sofort zur Stapostelle Nürnberg-Fürth abgeordnet sei. In der Folgezeit habe ich dann bis zum Kriegsende bei der Stapostelle Nürnberg-Fürth Dienst versehen. Im Laufe des Jahres 1942 wurde die Abordnung gegen meinen Willen oder besser gesagt, ohne mein Dazutun in eine Versetzung umgewandelt. Bis zum Zeitpunkt der Versetzung führte ich weiterhin den Dienstgrad eines Polizeihauptwachtmeisters. Anlässlich der endgültigen Übernahme in den Dienst der Geheimen Staatspolizei wurde mein Dienstgrad in Kriminaloberassistent umgewandelt. Ende 1943 oder Anfang 1944 erfolgte meine Beförderung zum Kriminalsekretär. Diesen Dienstgrad hatte ich auch noch bei Kriegsende inne.

Als ich zur Stapostelle Nürnberg-Fürth kam, fand ich in dem Referat Verwendung, daß mit der Ahndung von Wirtschaftsdelikten beauftragt war. Mein persönliches Aufgabengebiet bestand in der Bearbeitung von Angelegenheiten, die mit dem Arbeitseinsatz zusammenhingen. Die Arbeitsweise in diesem Sachgebiet war im allgemeinen so, daß uns Personen, die sich des Arbeitsvertragsbruches schuldig gemacht hatten, vom Reichstreuhänder für Arbeit benannt wurden. Nach den erforderlichen Ermittlungen in den Betrieben ist dann der Beschuldigte zur Sache gehört und anschließend dem Vernehmungsrichter vorgeführt worden. In der ersten Zeit meiner Tätigkeit richteten sich unsere Ermittlungsverfahren ausschließlich gegen deutsche Staatsangehörige. Mit mir war der KS E i b l in diesem Arbeitsbereich tätig. Nachdem dann in den darauffolgenden Monaten eine Vielzahl von polnischen Arbeitskräften in das Reichsgebiet kamen, erhielt ich ein neues Aufgabengebiet. Mir oblag es nunmehr den Arbeitsvertragsbruch, begangen durch Polen, zu verfolgen. Ich wurde nunmehr auch räumlich von E i b l getrennt, der in unseren alten Diensträumen verblieb, während ich in Baracken, die auf dem Hof des Polizeipräsidiums

Nürnberg-Fürth einquartiert wurde. Zunächst bearbeitete ich dieses Sachgebiet allein. Später kam dann noch ein weiterer Beamter hinzu, der meines Wissens aus Prag gekommen ist. Sein Name ist mir entfallen. Die Arbeitsweise unterschied sich in Hinblick auf die bei deutschen Staatsangehörigen wesentlich. Aufgrund damals bestehender Erlasse und Richtlinien lag die gesamte Strafverfolgung und Strafvollstreckung bei Polen ausschließlich im Zuständigkeitsbereich der Geheimen Staatspolizei. Arbeitsvertragsbrüchige Polen, die uns von den verschiedensten Dienststellen gemeldet wurden, sind zunächst dahingehend überprüft worden, ob die Schuld nicht auch beim Arbeitgeber zu suchen sei. War dies der Fall, so wurde der Pole dem zuständigen Arbeitsamt zur Vermittlung an eine andere Arbeitsstelle überstellt. In den Fällen, in denen ein schuldhaftes Verhalten des polnischen Arbeiters festgestellt wurde, konnte durch den Leiter des Referates oder auch der Stapostelle eine befristete Einweisung, es können 21 oder auch 28 Tage gewesen sein, in ein Arbeitserziehungslager erfolgen. Bei schwerwiegenden Verstößen sowie bei Wiederholungstätern und auch bei kriminellen Delikten wurden die Vorgänge grundsätzlich dem Dienststellenleiter, einen KK Voigt, zugeleitet. Diese gingen dann an die Schutzhaftabteilung, die dann die jeweiligen Vorgänge nach Berlin zum RSHA übersandte. Ich habe über die Entscheidung des RSHA, also Verhängung von Schutzhaft für kürzere oder auch längere Zeit, nichts mehr erfahren. Das lag vor allem daran, daß die Maßnahmen, wie Einweisung und Transport in ein Konzentrationslager, nicht in unseren Aufgabenbereich lagen. Diese Tätigkeit übte ich bis zum Kriegsende aus.

Wenn ich gefragt werde, ob ich mich an Exekutionen, vollzogen an Polen oder anderen Fremdarbeitern im Bereich der Stapostelle Nürnberg-Fürth, erinnern kann, so fällt mir ein,

daß ich zu einem Zeitpunkt, den ich heute nicht mehr konkretisieren kann, von Dr. G r a f e n b e r g e r die Anweisung erhielt, eine Exekutionsstätte mit anderen Beamten der Stapostelle Nürnberg-Fürth abzusperren. Einige Zeit nach meinem Eintreffen am Ort erschien ein Lkw, besetzt mit KZ-Häftlingen und dem entsprechenden Bewachungspersonal. Da mein Standort von der eigentlichen Exekutionsstätte relativ weit entfernt war, konnte ich diese nicht einsehen. Ich bin daher nicht in der Lage, etwas über deren Durchführung zu sagen. Ob Dr. G r a f e n b e r g e r, der auch am Ort anwesend war, die Leitung derselben innehatte, weiß ich daher auch nicht. Nach vollzogener Exekution sind dann polnische Arbeitskräfte, die in der Umgebung tätig waren, am Erhängten vorbeigeführt worden. Der Name des Exekutierten und auch das Delikt, das zur Hinrichtung führte, habe ich nie erfahren. Daraus dürfte bereits hervorgehen, daß ich in die Bearbeitung des Vorganges nicht eingeschaltet war.

Mit mir wurden soeben die im Dok.Bd. E XII ~~xxxxxxx~~ aufgeführten und darüberhinaus bisher bekannten Fälle durchgesprochen, in denen Polen und Ostarbeiter in und außerhalb von Konzentrationslager exekutiert wurden. Mit Ausnahme der von mir bereits erwähnten Erhängung, die bei Öllingen durchgeführt wurde, sind mir alle anderen Exekutionen unbekannt. Ich habe auch darüberhinaus keinerlei Kenntnis - weder dienstlich noch außerdienstlich - erlangt. Ich betone hierbei, daß es mir bekannt ist, daß ich diese Angaben unter Umständen beeidigen muß. Der Begriff "Sonderbehandlung" ist mir bekannt. Ich habe dieses Wort deshalb mit Exekution gleichgesetzt, weil mir bekannt war, daß polnische Arbeitskräfte zu Beginn ihrer Tätigkeit in Deutschland eine Erklärung unterschreiben mußten, die ihnen bei Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen die Todesstrafe androhten.

Ich möchte aber nochmals betonen, daß ich mit derartigen Vorgängen niemals etwas zu tun hatte. Sachbearbeiter für derartige Fälle war meines Wissens der KS E i b l . Wenn mir gesagt wird, daß E i b l im Herbst 1942 in ein anderes Sachgebiet versetzt wurde, so kann ich diese Angabe weder bestätigen noch widerlegen. Wer sein Nachfolger war, entzieht sich meiner Kenntnis.

Wer weiterhin mit polnischen Arbeitskräften befaßt war, entzieht sich meiner Kenntnis. Für sowjetische Arbeitskräfte waren B e e t z und W e i ß f l o c h zuständig. Verbotener Umgang mit französischen Kriegsgefangenen wurde von KS L o t t h o l z und Arbeitsverweigerung französischer Zivilarbeiter von KS U n g e r bearbeitet.

Leiter des Referates Wirtschaft, zu dem auch Kriegsgefangene und Zivilarbeiter gehörten, war zunächst KK M a c h t . Später dann, wann es war, weiß ich heute nicht mehr genau, übernahm KK V o i g t diese Dienststelle. Vorgesetzter Beider war KR Dr. G r a f e n b e r g e r , der wiederum dem KD O t t o als Leiter der Stapostelle Nürnberg-Fürth unterstand. Einige Zeit vor Kriegsende trat dann ein Wechsel in der Führung der Stapostelle Nürnberg-Fürth ein, da KD O t t o wegen verschiedener Vorfälle in Langenzenn suspendiert wurde. Sein Nachfolger war ein SS-Sturmabführer P u l m e r , der bis zum Kriegsende diese Funktion ausübte.

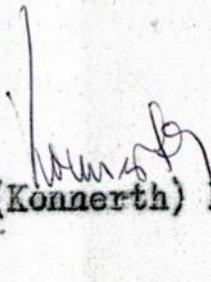
Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über eine Aktion, in deren Rahmen mehrere tausend Justizgefangene, deren Strafhaft noch nicht beendet war, wie mir gesagt wurde, und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden, nichts sagen. Mir ist z.B. nicht bekannt, daß Polen mit einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und länger aufgrund dieser Ver-

einbarung aus der Strafhaft gelöst und von der Stapostelle Nürnberg-Fürth in Konzentrationslager übergeführt wurden. Von einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz, die Grundlage für diese Aktion bildete, ist mir nichts bekannt. Den Begriff "Vernichtung durch Arbeit" höre ich heute zum ersten Mal.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben


(Konnerth) KOM


.....

Bl.

1 Js 13/65 (RSA)

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint die Hausfrau

Elfriede B a u e r geb. Henß,
29.12.1921 Frankfurt/Main geb.,
Garmisch-Partenkirchen, Jungfernweg 3 b whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich hinsichtlich meines Wissens über eine Aktion befragt werden soll, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizgefangenen von der Polizei übernommen wurde, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO wurden mir bekanntgegeben. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Kriminalpolizei Angaben zu machen.

Nachdem ich zuvor in der freien Wirtschaft tätig war, wurde ich im Laufe des Jahres 1941 als Stenotypistin zur Kriminalpolizeilaststelle Frankfurt/Main zum Dienst verpflichtet. Im Febr. 1943 heiratete ich. Da mein Mann in München wohnhaft war, zog ich dort hin und war dann noch etwa 3 Monate bei der KPLSt München tätig. Es kann Mitte 1943 gewesen sein, als ich aus dem Dienst der Kriminalpolizei ausschied. Von diesem Zeitpunkt an war ich dann bei keiner Behörde mehr beschäftigt.

Bei der KPLSt Frankfurt/Main war ich beim 12. Kommissariat

(Vorbeugung) als Schreibkraft tätig. Die Aufgabe dieses Kommissariats bestand in der Überprüfung von Personen, die aus der Strafhaft entlassen wurden. Aufgrund der damals bestehenden Bestimmungen war es möglich, Kriminelle, die eine bestimmte Anzahl von Vorstrafen aufwiesen, in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen. Wie das Verfahren bei der Verhängung der Vorbeugungshaft lief, ob sie in Frankfurt verhängt werden konnte und vom Reichskriminalpolizeiamt in Berlin bestätigt werden mußte, kann ich heute nicht mehr sagen. Auf eine diesbezügliche Frage erkläre ich, daß mir in Schriftstücken, die anlässlich der Verhängung von Vorbeugungshaft gefertigt wurden, die Formulierung "eine Rückkehr ist nicht erwünscht" oder ähnlich nicht Erinnerungswert ist.

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über die zur Frage stehende Aktion, in deren Rahmen mehrere tausend Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden, nichts sagen. Mir wurde ausdrücklich erklärt, daß es sich hierbei nicht um die Verhängung der üblichen Vorbeugungshaft gehandelt hat, sondern um eine pauschale Übernahme ohne Überprüfung des Einzelfalles, wie es sonst üblich war. Ich entsinne mich nicht, während meiner Tätigkeit bei der KPLSt Frankfurt/Main jemals Listen gesehen zu haben, die dort ab Ende 1942 eingegangen seien müssen und in denen Häftlinge aufgeführt waren, die in Strafanstalten einsaßen, die im Bereich der KPLSt Frankfurt/Main lagen. Von einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz, die, wie mir gesagt wurde, Grundlage für die soeben besprochene Aktion war, höre ich heute zum ersten Mal. Mir wurde bei der heutigen Vernehmung die Ablichtung eines Schreibens des Reichskriminalpolizeiamtes an eine bestimmte Kriminalpolizeileitstelle gezeigt, in dem zum Ausdruck kommt, daß ein darin genannter Häftling in einem Konzentrationslager einsäße und nunmehr als Vorbeugungshäftling zu führen sei.

Weiter wird in diesem Schreiben auf eine Vereinbarung zwischen dem Reichsminister der Justiz und dem Reichsführer-SS Bezug genommen. Eine derartige Mitteilung habe ich während meiner Tätigkeit bei der KPLSt Frankfurt/Main niemals gesehen.

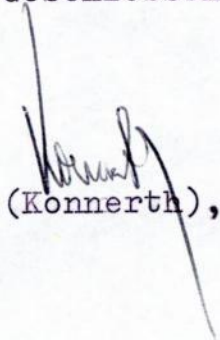
Leiter des 12. Kommissariats war ein KK S c h ü r m a n n . Als Sachbearbeiter dieser Dienststelle fallen mir folgende Personen ein: KS S c h r e i n e r , KS B e u e r - m a n n , KS B r a n d t und ein Angestellter namens S t r e c h e l . Über den heutigen Verbleib dieser Leute kann ich nichts sagen.


Da ich bei der KPLSt München nur kurze Zeit tätig war, bin ich heute nicht mehr in der Lage, darüber Angaben zu machen, bei welchem Sachgebiet ich Verwendung fand. Desgleichen vermag ich über die personelle Zusammensetzung meiner letzten Dienststelle keinerlei Angaben mehr zu machen. Ob ich in München wieder in dem Kommissariat tätig war, das mit der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung beauftragt war, kann ich heute nicht mehr sagen.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben


(Konnerth), KOM


.....

Bl.

1 Js 13/65 (RSHA)

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Oberregierungs-und-kriminalrat a.D.

Wolfgang B e r g e r ,
20.1.1897 Berlin geb.,
Bad Homburg, Goldgrubenstr. 6 a whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich hinsichtlich meines Wissens über eine Aktion befragt werden soll, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizhäftlingen an die Polizei überstellt wurde, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO sind mir bekannt. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Kriminalpolizei vor dem Kriegsende Angaben zu machen.

Im Laufe des Jahres 1925 trat ich als Kriminalkommissaranwärter in den Dienst des PP Berlin. Beim PP Berlin versah ich dann auch in den darauffolgenden Jahren mit kurzen Unterbrechungen Dienst. Im Laufe des Jahres 1933 wurde ich zum ~~Preussischen und Reichsministerium des Inneren~~ Preussischen Ministerium des Inneren abgeordnet, nachdem ich bereits in den Jahren 1930 und 1931 ~~bereits~~ dort einige Zeit tätig war. Im Aug. 1933 wurde ich zum Kriminalrat befördert. Im Jahre 1937 erfolgte dann meine Beförderung zum Regierungs-und Kriminalrat und im Jahre 1940 zum Oberregierungs-und-kriminalrat. Es kann 1936 gewesen sein, als die Kriminalpolizeireferate im Hauptamt Sicherheitspolizei zusammengefaßt wurden. An der Organisationsform und der Tätigkeit änderte sich nichts und wir blieben weiterhin Angehörige des Innenministeriums

Die Kriminalpolizeireferate des Innenministeriums hatten Personal-, Organisations- und Ausrüstungsangelegenheiten zu bearbeiten. Mit der Exekutive hatten wir nichts zu tun. Nach Schaffung des Reichssicherheitshauptamtes wurden die kriminalpolizeilichen Referate des Innenministeriums mit dem damals schon bestehenden Reichskriminalpolizeiamt zum Amt V des RSHA verschmolzen. Das Amt V bestand zunächst aus 6 oder 7 Gruppen. Mir wurde die Leitung der Gruppe F übertragen, die für die Ausrüstung, Ausschreibung von Belohnungen und Beschwerden zuständig war. Im Laufe des Jahres 1941, es kann Anfang des Jahres gewesen sein, wurden die 6 bzw. die 7 bisherigen Gruppen in 4 Gruppen zusammengefaßt. Ich erhielt die Leitung der Gruppe C (Erkennungsdienst und Fahndung). Im Febr. des Jahres 1942 wurde ich als Leiter der KPLSt Frankfurt/Main dorthin versetzt. Hier blieb ich bis zum Kriegsende.

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über die zur Frage stehende Aktion, in deren Verlauf, wie mir gesagt wurde, mehrere tausend Justizgefangene, deren Strafhaft noch nicht beendet war, und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden, nichts sagen. Obgleich im Bereich der KPLSt Frankfurt/Main das Zuchthaus Diez lag, ist es mir nicht erinnerlich, daß von Ende 1942 ab Listen des RKPA bei uns eingingen, in denen Häftlinge aufgeführt waren, die ~~sich~~ aus der Justizhaft in Konzentrationslager übergeführt werden sollten. Wenn das der Fall gewesen wäre, könnte ich mich heute wahrscheinlich daran erinnern. Es ist allerdings möglich, daß derartige Listen während meiner Abwesenheit bei der KPLSt Frankfurt/Main eingingen und die Angelegenheit durch meinen Vertreter erledigt wurde.

Von einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz, die Grundlage für diese Aktion war, höre ich heute zum ersten Mal.

Auch ist mir der Begriff "Vernichtung durch Arbeit" völlig unbekannt.

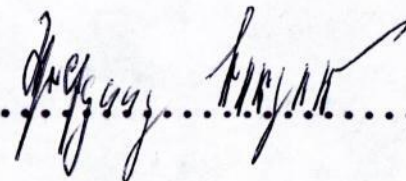
Mein Vertreter bei der KPLSt Frankfurt/Main war der RRu. KR Dr. W a a g e , der vor einigen Jahren in seiner Heimat in Österreich verstorben ist. Die Vorbeugung gehörte zum 3. Inspektion, deren Leiter KR F i e d l e r war. Wer Leiter der Vorbeugung war, kann ich heute nicht mehr sagen. In der Vorbeugung war ein KOS S c h r e i n e r tätig, der so viel mir bekannt ist, vor einiger Zeit verstorben ist. Wer weiterhin bei dieser Dienststelle tätig war, kann ich heute nicht mehr sagen.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und
unters chrieben

(Konnerth), KOM

.....

B1.

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der kaufmännische Angestellte

Johann M a c h t ,
28.11.1903 Fürth geb.,
Fürth, Schwabacher Str. 156 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich in einem Verfahren gegen Angehörige des ehem. RSHA in Berlin wegen der Tötung von Fremdarbeitern zeugenschaftlich vernommen werden soll. Desweiteren soll ich hinsichtlich meines Wissens befragt werden, daß ich über eine Aktion verfüge, in deren Rahmen mehrere tausend Justizgefangene an die Polizei übergeben wurden, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO wurden mit mir durchgesprochen. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Polizei Angaben zu machen.

Im Mai 1918 trat ich als Beamtenanwärter in den Dienst der kommunalen Kriminalpolizei Fürth. Im Laufe des Jahres 1923 wurde die Polizei in Bayern verstaatlicht. Zu diesem Zeitpunkt kam ich zur Polizeiverwaltung. Mein Dienstgrad war damals der eines Polizeisekretärs. Bei der Verwaltung legte ich die Prüfung für den gehobenen Polizeidienst ab. Trotz dieser bestandenen Prüfung blieb mein Dienstgrad für lange Jahre noch der gleiche. Zuletzt war ich beim Einwohnermelde- und Passwesen tätig. Im Jan. 1934 erfolgte meine Versetzung zur Kriminalpolizei Fürth - polit. Abteilung.

Im Frühjahr 1938 wurde die Kriminalpolizei Fürth aufgelöst und ich kam nunmehr als Kriminalsekretär zur Stapostelle Nürnberg-Fürth. Hier kam ich zur Abteilung II 2. Abteilungsleiter war Dr. G r a f e n b e r g e r . Zu dieser Abteilung gehörten unter anderem Kirchen, Sekten und Judenangelegenheiten. Mein persönliches Aufgabengebiet war die Passtelle mit der Erteilung von Ein- und Ausreisevermerken in Hinblick auf Unbedenklichkeit. Dazu gehörte ferner die jüdische Auswanderung. Aufgrund der schon Anfang der 20-er Jahre von mir abgelegten Prüfung für den gehobenen Polizeidienst, wurde ich dann im Okt. 1939 ~~zum~~ ^{als} Kriminalkommissar übernommen. Trotz der Beförderung war ich niemals selbständiger Dienststellenleiter. Weisungsberechtigter Vorgesetzter blieb der soeben genannte G r a f e n b e r g e r . Meine Stellung war die eines Hauptsachbearbeiters.

Nach Kriegsbeginn erweiterte sich das Aufgabengebiet des Referates II 2 (organisatorische Bezeichnung analog dem RSHA II E), und zwar kam das Sachgebiet Fremdarbeiter hinzu. Dieses Sachgebiet habe ich dann mit noch weiteren Beamten bis zum Mai 1942 bearbeitet. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte meine Abordnung zum RSHA, Amt VI. Wie die genaue organisatorische Bezeichnung des Referates lautete, bei welchem ich tätig war, kann ich heute nicht mehr sagen. Es war jedenfalls so, daß das Referat, dem ich angehörte, für den Auslandsnachrichtendienst in der Türkei zuständig war. Wir waren nur 5 Sachbearbeiter und werteten neben der Presse die Berichte aus, die uns über das auswärtige Amt von den Konsulaten und der diplomatischen Vertretung zuzingen. Exekutive Befugnisse hatten wir nicht.

Anfang Dez. 1942 wurde diese Abordnung aufgehoben und ich kam nach Nürnberg zurück. Dr. G r a f e n b e r g e r ist inzwischen nach Salzburg versetzt worden und ich kehrte nicht in mein altes Sachgebiet zurück. Ich übernahm nunmehr die Bearbeitung von Kirchenfragen. Dazu gehörte neben der Kath. und evangl. Kirche auch die Sekten und das Freimaurerwesen.

Am 1. Nov. 1944 bin ich zum Kriminalrat befördert worden. Bei der Dienststelle für Kirchenfragen blieb ich bis zum Kriegsende.

Zu meiner Tätigkeit bei der Dienststelle, die Fremdarbeiterangelegenheiten bearbeitet hat, kann ich grundsätzlich folgendes sagen:

Der größte Arbeitsanfall in Hinblick auf Fremdarbeiter lag im sogenannten Arbeitsvertragsbruch oder besser gesagt in Arbeitsunwilligkeit. In den Fällen, in denen ein Fremdarbeiter seinen Arbeitsplatz ohne Erlaubnis verlassen hatte, wurde er nach Wiederergreifung der Stapostelle Nürnberg-Fürth überstellt. Aufgrund des Vernehmungsergebnisses, oftmals lag die Schuld auch beim jeweiligen Arbeitgeber - schlechte Behandlung usw. - wurden die erforderlichen Maßnahmen getroffen. Lag die Schuld beim Arbeitgeber, wurde der Fremdarbeiter in eine andere Arbeitsstelle durch das Arbeitsamt eingewiesen. Bei Böswilligkeit des Arbeiters wurde beim RSHA durch das Schutzhaftreferat Schutzhaft beantragt. Diese Fälle waren aber verhältnismäßig selten. Der Kreis der Fremdarbeiter, die in unser^{en} Aufgabenbereich fielen, setzte sich fast ausschließlich aus Polen zusammen. Russen und Kriegsgefangene wurden von einem anderen Referat bearbeitet.

Wenn ich gefragt werde, wie es mit der Verfolgung von kriminellen Delikten, begangen durch Polen, aussah, so bin ich der Ansicht, daß diese Delikte von der Kripo geahndet wurden. Wenn mir gesagt wird, daß für die Strafverfolgung derartiger Delikte, begangen durch Polen oder Russen, ausschließlich die Gestapo zuständig war, so verweise ich auf die inzwischen vergangene Zeit, in der viele Dinge in meiner Erinnerung verblaßt sind. Ich möchte allerdings nicht ausschließen, daß es so war, wie mir soeben gesagt wurde.

Wenn ich mich auch im Einzelnen nicht mehr an die Verfügungen und Erlasse hinsichtlich des Inhaltes derselben, die vom RSHA in Hinblick auf polnische Arbeitskräfte erlassen wurden, erinnern kann, so weiß ich doch, daß bei bestimmten Taten, wie

Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen sowie Kapitalverbrechen und Gewalthandlungen, die gesamten Akten an das RSHA abgegeben werden mußten. Die Übersendung dieser Unterlagen sollte dazu dienen, dem RSHA die Möglichkeit einer Überprüfung der Angelegenheit in Hinblick auf eventuell durchzuführende Sonderbehandlungen zu geben. Es war keineswegs so, daß in jedem Falle Sonderbehandlung von Berlin aus angeordnet wurde. ~~Inzwischen~~ Soweit ich mich entsinne, ist nicht immer auf Sonderbehandlung entschieden worden. Zum Begriff "Sonderbehandlung" möchte ich gleich erklärend hinzufügen, daß dies die Bezeichnung für Exekution war.

Mit mir wurden soeben die bisher bekannten Exekutionen, die im Raum der Stapostelle Nürnberg-Fürth durchgeführt wurden, besprochen. Der größte Teil der Erhängungen ist zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu welchem ich bereits in Berlin beim Amt VI des RSHA tätig war. Im Anschluß daran kam ich, wie schon zuvor gesagt, zwar nach Nürnberg zurück, doch war ich nunmehr im Kirchenreferat tätig und hatte mit Fremdarbeitern nichts mehr zu tun. Zu der Zeit, als ich im Fremdarbeiterreferat tätig war, ist meines Wissens lediglich eine Exekution durchgeführt worden. Zu diesem Sachverhalt wurde ich bereits in dem Verfahren, welches gegen Dr. G r a f e n b e r g e r anhängig war, zeugenschaftlich gehört. Dieser Pole hatte mit einer deutschen Frau intime Beziehungen unterhalten und ist deswegen bei Allersberg erhängt worden. Die Anweisung aus Berlin zur Exekution habe ich nicht selbst gesehen und ich weiß daher auch nicht, wer sie unterschrieben hat. Der Name Dr. D e u m - l i n g ist mir kein Begriff.

Auch nach scharfem Nachdenken bin ich nicht in der Lage, noch weitere Exekutionen, die sich während meiner Tätigkeit beim Fremdarbeiterreferat, also bis Mai 1942, zugetragen haben, zu nennen. Ich bin sogar der Ansicht, daß die bei Allersberg durchgeführte Exekution überhaupt die erste war, die im Zuständigkeitsbereich der Stapostelle Nürnberg durchgeführt wurde.

28

Allerdings glaube ich mit hoher Wahrscheinlichkeit sagen zu können, daß vor meinem Weggang aus Nürnberg verschiedene Vorgänge dort anhängig waren, bei denen Sonderbehandlung infrage kam. Wie diese dann ausgingen, also welche Entscheidung vom RSHA getroffen wurde, vermag ich nicht zu sagen.

Bevor auf Sonderbehandlung erkannt wurde, mußte der jeweilige Pole durch einen Beauftragten des Rasse- und Siedlungshauptamtes, der beim Höheren SS- und Polizeiführer saß, in Hinblick auf Wiedereindeutschungsfähigkeit überprüft werden. Soweit mir bekannt ist, sind die Anträge auf rassische Überprüfung mit den gesamten Akten jedoch nicht zum HSSPF "Main", sondern zum HSSPF München gegangen.

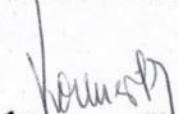
Leiter der Stapostelle Nürnberg-Fürth war zunächst ORR Dr. K i e s e l . Er ist etwa 1940 oder 1941 versetzt worden. Sein Nachfolger war KD O t t o . Im Laufe des Jahres 1944 wurde O t t o abgelöst. Sein Nachfolger war ein ORR B u l - m e r , der diese Funktion bis zum Kriegsende innehatte. Leiter des Fremdarbeiterreferates war Dr. G r a f e n b e r - g e r . Nach seiner Versetzung, es kann auch schon etwas früher gewesen sein, wurde KK V o i g t Leiter dieser Dienststelle. Sämtliche von mir genannten Personen sind inzwischen verstorben. Sacharbeiter für Fremdarbeiterfragen waren die KS E i b l und S c h n e i d e r b a n g e r .

Mir wurde während der Vernehmung eröffnet, daß ich meine heute gemachten Angaben unter Umständen eidlich erhärten muß.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben


(Konnerth), KOM


.....

B1.

V e r m e r k

Der Zeuge M a c h t - Personalien bekannt - erklärte bereits in der Vorbesprechung anlässlich der heute durchgeführten Vernehmung, daß er zu keinem Zeitpunkt etwas von der Übernahme von Personen gehört habe, die sich in Strafhaft befanden, und die von der Stapostelle Nürnberg-Fürth in Konzentrationslager übergeführt wurden.

Von einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz sei ihm nichts bekannt.

Konnerth
(Konnerth), KOM

Bl.

I-A - KI 3 -

z.Zt. Nürnberg, den 1.11.1966

1 Js 4/64 (RSA)

1 Js 13/65 (RSA)

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Kaufmann

Konrad B e e t z ,
9.1.1906 Küps geb.,
Nürnberg, Bismarckstr. 7 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich in einem Verfahren gegen Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes in Berlin wegen der Tötung von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen zeugenschaftlich vernommen werden soll. Des weiteren soll ich hinsichtlich meines Wissens befragt werden, daß ich über eine Aktion verfüge, in deren Rahmen mehrere tausend Justizgefangene an die Polizei übergeben wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO wurden mir erläutert. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Polizei Angaben zu machen.

Nachdem ich vom Jahre 1924 ab bei der uniformierten Polizei Dienst versehen hatte, kam ich im Herbst 1933 zur Kriminalpolizei Nürnberg-Fürth. Ich fand zunächst bei der Mordkommission Verwendung und wurde aber schon nach einigen Wochen zur polit. Abteilung versetzt. Meine Übernahme erfolgte als Polizeihauptwachtmeister. Diese Dienstgradbezeichnung wurde später in Kriminalhauptwachtmeister umgewandelt. Es kann 1939 gewesen sein, als ich zum Kriminalsekretär befördert wurde. Das war auch bis zum Kriegsende mein letzter Dienstgrad.

In der polit. Abteilung wurde ich, in der meiner Übernahme folgenden Zeit, zunächst zur informatorischen Beschäftigung durch alle Dienstbereiche dieser Abteilung geschleust. Ab Mitte 1934 wurde mir ein festes Arbeitsgebiet zugewiesen. Es handelte sich um das Referat II(N), das dem Leiter unmittelbar unterstellt war. Das Sachgebiet umfaßte die Sammlung von Nachrichten zur Bekämpfung hochverräterischer Unternehmen. Hinzu kamen noch der Schutz prominenter Persönlichkeiten und die Bearbeitung von Angelegenheiten, in denen prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verwickelt waren. Im Laufe des Jahres 1939 wurde die Dienststelle III J geschaffen, die mit der Abwehr der gegnerischen Spionage befaßt war, also Landesverratsbekämpfung. Ich war dem Kriminalrat S t i e l unterstellt, der gleichzeitig Verbindungsmann zur Abwehrstelle des Wehrkreises XIII, der Wehrmacht war. Daraus geht bereits hervor, daß wir mit der militärischen Abwehr eng zusammen arbeiteten. Meine Tätigkeit bestand ausschließlich in der Sammlung von Nachrichten hinsichtlich aller Dinge, die mit der Spionageabwehr zu tun hatten. Dazu gehörte natürlich auch der Verkehr mit Vertrauenspersonen. Daraus geht bereits hervor, daß ich in der eigentlichen Strafverfolgung nicht tätig war, ~~gar~~^{gar} nicht tätig sein durfte, um dem erforderlichen konspirativen Verhalten genüge zu tun. Die Strafverfolgung, d.h. die exekutiv erforderlichen Maßnahmen wurden von anderen Beamten der Abt. III wahrgenommen.

Nach Ausbruch des Krieges mit der Sowjetunion wurde ein Kommando geschaffen, das sich mit der Problematik des Einsatzes sowjetischer Kriegsgefangener und später auch der sowjetischen Zivilarbeiter in Hinblick auf die innere Sicherheit des Reiches zu befassen hatte. Obgleich ich weiterhin Angehöriger von III J blieb, wurde ich diesem Kommando zugeteilt. Auch hier blieb meine Tätigkeit rein nachrichtendienstlicher Art und ^{ich} durfte aufgrund meiner Aufgabenstellung exekutiv nicht in Erscheinung treten.

Dieses Kommando setzte sich überwiegend aus Angehörigen des Referates II A zusammen. Leiter war der KK O h l e r . Wenn in dem Telefonverzeichnis der Stapostelle Nürnberg-Fürth (Stand 1942) mein Name und der des KR S t i e l unter dem Referat II A-R erscheint, so ist das objektiv falsch. KR S t i e l war Leiter von III J und konnte schon rein optisch nicht einem K¹riminalkommissar unterstellt werden. Die KOA W e i ß f l o c h und S c h e u r e r waren dagegen Angehörige von II A und auch exekutiv tätig. Bis Sept. 1944 blieb ich Angehöriger des Ref. III J und war in dieser Eigenschaft dem Ref. II A-R zugeteilt.

Im Sept. 1944 wurde ich überraschend festgenommen und in Ehrenhaft genommen. Man warf mir vor, daß ich für Mißhandlungen, begangen an Fremdarbeitern, im Ausländergefängnis Langenzenn verantwortlich sei. Ich konnte klären, daß für diese Maßnahme nicht ich, sondern der Leiter der Stapoleitstelle Nürnberg-Fürth, KD O t t o , verantwortlich gewesen ist. Da die Anweisungen zu diesen Handlungen vom RSHA kamen, die dann von O t t o in seiner Zuständigkeit angeordnet und von fremdländischen Arbeitskräften ausgeführt worden sind, wurde ich rehabilitiert und aus der Polizeihaft entlassen. Anschließend kam ich zum SS-Oberabschnitt "Main" und gelangte zum Ende des Krieges auf eigenen Wunsch zum Fronteinsatz.

Kurz vor Kriegsende wurde ich schwer verwundet.

Wenn ich gefragt werde, was mir über Exekutionen, vollzogen an Ostarbeitern, bekannt ist, so muß ich erklären, hierüber keine genauen Zahlen angeben zu können. Wie ich schon zuvor gesagt habe, war es nicht meine Aufgabe, Exekutivmaßnahmen zu treffen oder überhaupt Exekutivhandlungen vorzubereiten. Ich glaube mich zwar zu erinnern, daß in Einzelfällen auch Ostarbeiter exekutiert wurden, doch bin ich außerstande, die Zahl der Hingerichteten, die Orte der Exekution und den Zeitpunkt derselben zu nennen. Hierüber müßten Sachbearbeiter von II A Angaben machen können. Ich bin absolut sicher, daß Kriegsgefangene nicht exekutiert worden sind. Ein Erlass, der besagt, daß Polen und ^{Russen}Ostarbeiter beim Vorliegen bestimmter Delikte aus der Kriegsgefangenschaft zu entlassen seien

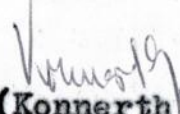
und an die Geheime Staatspolizei zu überstellen sind, ist mir nicht bekannt. Desgleichen habe ich die Erlässe, in denen von Sonderbehandlung die Rede ist, niemals gesehen. Wenn ich gefragt werde, welche Vorstellungen ich damals mit diesem Begriff verband, so möchte ich folgendes ausführen: In den ersten Jahren des Krieges glaubte ich, daß Sonderbehandlung verschärfte Vernehmung zur Erreichung des polizeilichen Zieles oder auch Einweisung in ein Konzentrationslager aus dem gleichen Grunde, und zwar zur Aufklärung von Straftaten^{sei}. Erst als die ersten Exekutionen von Ostarbeitern oder auch Polen in unserem Bereich vollzogen wurden, ist mir klar geworden, daß Sonderbehandlung mit Exekution gleichzusetzen sei. Über das Verfahren, wie Beantragung von Sonderbehandlung usw. kann ich nichts sagen, da ich selbst hierin niemals tätig war.

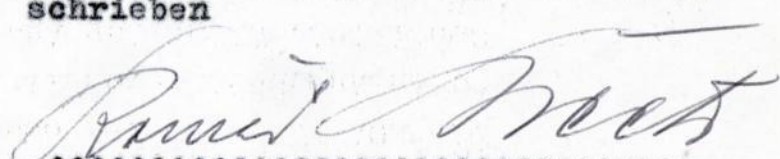
Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über eine Aktion, in deren Verlauf mehrere tausend Justizgefangene, deren Strafhaft noch nicht beendet war, und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden, nichts sagen. Von einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz, die Grundlage dieser Aktion war, ist mir nichts bekannt.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben


(Konnerth), KOM


.....

B1.

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

V e r h a n d e l t

Vorgelesen erscheint der Polizeiobermeister

Otto S c h e u e r e r ,
12.2.1909 Fürth geb.,
Fürth, Flößastr. 19 wft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich in einem Verfahren gegen Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes in Berlin wegen der Tötung von Fremdarbeitern zeugenschaftlich vernommen werden soll. Des weiteren ^{soll} ~~war~~ ich hinsichtlich meines Wissens befragt werden, daß ich über eine Aktion verfüge, in deren Rahmen mehrere tausend Justizgefangene an die Polizei übergeben wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO wurden mit mir durchgesprochen. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Polizei vor dem Kriegsende Angaben zu machen.

Vom Jahre 1927 an war ich Angehöriger der uniformierten Polizei. Auf meine Bewerbung zur Kriminalpolizei wurde ich etwa bei Kriegsbeginn von der Kripostelle Nürnberg-Fürth zur Probendienstleistung einberufen und gleichzeitig zur Geheimen Staatspolizei - Stapostelle Nürnberg-Fürth - abgeordnet. Aufgrund der damals bestehenden Bestimmungen mußte eine Abordnung, die über einen bestimmten Zeitpunkt hinaus aufrechterhalten wurde, in eine Versetzung umgewandelt werden. Dies war bei mir im Laufe des Jahres 1941 der Fall

und ich wurde nunmehr endgültig zur Stapostelle Nürnberg-Fürth versetzt, nachdem ich zuvor bei der Schule der Sicherheitspolizei in Berlin-Charlottenburg den Lehrgang für den ~~mittleren~~ Dienst der Sicherheitspolizei bestanden hatte. Im Anschluß daran erfolgte meine Beförderung zum Kriminaloberassistenten.

Ich kam, als ich meinen Dienst bei der Stapostelle Nürnberg antrat, zunächst zum Referat II A 1 (Kommunismus, Marxismus). Im Laufe des Jahres 1941 wurde ich dem Referat II A 6 zugeteilt, das Heimtückeangelegenheiten bearbeitet hat. Es kann im Frühjahr 1942 gewesen sein, als ich zu einem Referat kam, das mit Angelegenheiten befaßt war, die mit dem Einsatz sowjetischer Zivilarbeiter im Reichsgebiet zusammen-hingen. Hier blieb ich nur einige Wochen und kam nunmehr zum auswärtigen Einsatz nach Rußland. Diese Abordnung wurde erst durch den Zusammenbruch der Ostfront und der Zurücknahme der Front auf deutsches Gebiet beendet. Ich kam im Anschluß daran, es war im Dez. 1944, zur Eifeloffensive an die Westfront und von dort im Jan. 1945 nach Italien zur Sicherheitspolizei Padua. Kurz vor Kriegsende wurde ich schwer verwundet und erlebte den Zusammenbruch in einem Lazarett.

Wenn ich gefragt werde, ob ich Kenntnis über Exekutionen, vollzogen an Ostarbeitern, im Bereich der Stapostelle Nürnberg-Fürth habe, so muß ich diese Frage verneinen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, daß ich lediglich einige Wochen auf dem Sachgebiet tätig war und anschließend zum Osteinsatz gelangte. Der Begriff "Sonderbehandlung" war mir während meiner Zugehörigkeit zur Gestapo bekannt. Doch bin ich nach so langer Zeit nicht mehr sicher, wann ich die Deutung dieses Begriffes, also Exekution, erkannt hatte. Es ist möglich, daß mir erst während des Osteinsatzes die Bedeutung dieses Wortes klar geworden ist.

Auch mit Kriegsgefangenen Polen oder Sowjetrussen habe ich während meiner Tätigkeit bei den Referaten II A 1, II A 6 und II A-R nichts zu tun gehabt.

Allerdings möchte ich die zuletztgemachten Ausführungen dahingehend einschränken, daß ich in meiner Eigenschaft als Angehöriger des Referates II A 1 im Winter 1941/42 mit anderen Beamten dieser Dienststelle zum Leiter der Stapostelle Nürnberg-Fürth, KD O t t o , befohlen wurde. O t t o teilte uns mit, daß beabsichtigt sei, die im Kriegsgefangenenlager Hammelburg einsitzenden sowjetischen Offiziere zum Arbeitseinsatz in die Industrie zu bringen. Ausgenommen hiervon sollten die Kommissäre der Roten Armee sein, die in einem Konzentrationslager zum geschlossenen Arbeitseinsatz gelangen würden. Unsere Aufgabe war es nun, die Kommissare von den anderen Offizieren zu trennen. Im Laufe des Winters sind dann durch uns aufgrund der im Lager durchgeführten Überprüfungen mehrere hundert Kommissare erkannt und in das KL Dachau geschafft worden. Uns ist zu keinem Zeitpunkt gesagt worden, daß die von uns ausgesonderten Kommissare erschossen werden sollten. Von dieser Tatsache habe ich erst im Laufe eines Verfahrens Kenntnis erhalten, daß im Jahre 1948 gegen mich und andere Angehörige der Stapostelle Nürnberg-Fürth und Offiziere der Wehrmacht anhängig war. Das Verfahren endete mit meiner Rehabilitierung, da es zuvor eingestellt wurde.

Leiter des Referates II A 1 war ein KK O h l e r . Weitere Sachbearbeiter dieser Dienststelle waren die KOA K ü f - n e r , Georg M ü l l e r und H a a s .

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über eine Aktion, in deren Verlauf mehrere tausend Justizgefangene, deren Strafhaft noch nicht beendet war, und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden, nichts sagen. Von einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz, die sich mit dieser Angelegenheit befaßt, habe ich niemals etwas gehört. Den Begriff "Vernichtung durch Arbeit" kenne ich nicht.

Das wäre alles, was ich zum vorliegenden Sachverhalt zu sagen hätte. Mir wurde während der Vernehmung gesagt, daß ich meine heute gemachten Ausführungen unter Umständen eidlich erhärten müsse.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben


(Konnerth), KOM


.....

B1.

1 Js 13 / 65 (RSHA) - (~~Stapoleit. Bln.~~)

Vfg.

1) Zu schreiben (Formular benutzen): - unter Beifügung folgender Vernehmungsdurchschriften:

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen
714 Ludwigsburg
Schorndorfer Str. 28

- a) Bayer
- b) Bauer
- c)
- d)
- e)
- f)
- g)

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes

hier: Übersendung von Vernehmungsniederschriften pp.
gemäß Nr. 8 Satz 4 der von den Justizministern
und -senatoren am 28. April 1965 beschlossenen
Richtlinien

Bezug: Dortiges Az. 415 AR 1310/63

Anlage(n): ² Vernehmungsniederschrift (en)

Als Anlage (n) übersende ich ² Vernehmungsnieder-
schrift(en) mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum dortigen
Verbleib.

2) Z.d.A.

Berlin, den 17.11.66

h:

*Zu 1/abr 2. Aufl.,
18/11.66*

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmeldetechnisches Amt

Fernschrift

Funkspruch-Funkferschreiben

Fernspruch

Absender:	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen:	von:	an:
am: 21.12.1966 um: 1230	am: um:	am: um:
durch:	durch:	durch:
Spruchkopf: (verschlüsselt)		

An Kripo Duisburg

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a.
wegen Mordes - GSTA beim KG Berlin 1 Js 13/65 (RSHA);
hier: Ersuchen StA'in Frh. B i l s t e i n

In der Zeit vom 5. bis 9.12.66 ist seitens hiesiger Staats-
anwaltschaft beabsichtigt, die

Maria H i r k e s
verw. Neumann,
10.10.1907 Huckingen geb.,
Duisburg-Großenbaum,
Reiserweg 15 wohnh.

zeugenschaftlich zu vernehmen.

Ich bitte daher um Feststellung, ob die Zeugin zum frag-
lichen Zeitpunkt zur Verfügung steht und aussagebereit
ist.

Um FS-Antwort wird gebeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I-A - KI 3 - 523/66

Im Auftrage

(Paul) KK

int. 30 49
Sb. KOM Konnerth

Ma

t

+ hv an abt roem eins =

KJ 3/1
M. 27.
10.

--funkferschreiben--

+ nwdupp nr 2170 2710 0905 =

f. Konrad

-- bei funkuebermittlung verschluesseln --

28.
10.

br

1.) an kripo berlin -roem eins - a - k1 3 - 523/66

nw

2.) nachrichtlich lka quessel dorf dezernat 15
in quessel dorf =

betrifft:ermittlungsverfahren gegen bruno streckenbach u.a.

wegen mordes - gsta beim kg berlin 1 js 13/65 (rsha)

dort : ersuchen sta 'in rt.bilstein =

bezug : fs nr 2615 vom 21.10.66 -kripo berlin =

die zeugin hirkes steht zum genannten zeitpunkt in den
nachmittagsstunden zur vernehmung zur verfuegung und ist
aussagebereit . =

der pp in dulsburg fa/ho 1a gez hilbert kok +

rrr abt roem eins 27.10. nr 2170 fs 1012 seidel +

47

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmeldetechnisches Amt

Fernschrift

Funkspruch-Funkfern schreiben

Fernspruch

Absender:	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen: <i>g 1235</i>	von:	an:
am: um: <i>1235</i>	am: um:	am: um:
durch: <i>21. OKT. 1966</i>	durch:	durch:
Spruchkopf: (verschlüsselt)		

An das
LKA Nordrhein-Westfalen
-Dez. 15-
z.H. von Herrn KHK Schaffrath
-o.V.i.A.-

D ü s s e l d o r f

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a.
wegen Mordes - GSTa beim KG Berlin 1 Js 13/65 (RSHA)
hier: Ersuchen StA-In Frh. B i l l s t e i n

In der Zeit vom 5. bis 9.12.1966 ist seitens hiesiger Staats-
anwaltschaft beabsichtigt, die nachfolgend Aufgeführten

Dr. Julius S c h ä f e r,
15.11.1903 Düsseldorf geb.,
Düsseldorf, Schwalbenweg 6 wohnh.,

Klara L i s s i g k e i t
verw. Lorenz,
9.5.1902 Berlin geb.,
Düsseldorf, Heinrichstr. 84 wohnh.,

und

Gisela K i r s c h k e,
18.5.1925 Potsdam geb.,
Düsseldorf, Geibelstr. 65 wohnh.,

zu o.a. Verfahren zu vernehmen.

Ich bitte daher um Feststellung, ob die Zeugen zum frag-
lichen Zeitpunkt zur Verfügung stehen und aussagebereit sind.

Um FS-Antwort wird gebeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I-A - KI 3 - 523/66

Im Auftrage

(Paul) KK

int. 30 49
Sb. KOM Konnerth

LANDESKRIMINALAMT
NORDRHEIN-WESTFALEN

Az.: - Dezernat 15 -

Tgb. - Nr. 5441e/66 -Fie -

42
4 DÜSSELDORF 1, DEN 24. 10. 1966
JÜRGENSPLATZ 5-7
POSTFACH 5009
FERNRUF 5.-NR. 84841
NEBENSTELLE

An den Polizeipräsidenten
- I A - KI 3 -
z.Hd.v.Herrn KHK Starke oVia

1 in Berlin 42
=====

Tempelhofer Damm 1 - 7



Betr. : Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u. a.
wegen Mordes - GStA beim KG Berlin - 1 Js 13/65
(RSHA)-; Ersuchen der Staatsanwältin Bilstein

Bezug : Dortiges Fernschreiben Nr. 2619 vom 21. 10. 1966 zu
523/66

Die Zeugen Dr. S c h ä f e r , Klara L i s s i g k e i t
und Gisela K i r s c k e sind aussagebereit und wollen
für die Zeit vom 5. bis 9. 12. 1966 zur Verfügung stehen .

Neue Anschrift der Zeugin Kirschke nach dem 1. 11. 1966 :
Düsseldorf , Heideweg 125

Im Auftrage :

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmeldetechnisches Amt

Fernschrift

Funkspruch-Funkferschreiben

Fernspruch

Absender:	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen:	von:	an:
am: um: 1235	am: um:	am: um:
durch: 21. OKT. 1966	durch:	durch:
Spruchkopf: (verschlüsselt)		

An Kripo Gladbeck/Westf.

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a.
wegen Mordes -GStA beim KG Berlin 1 Js 13/65 (RSHA);
hier: Ersuchen StA'in Frh. B i l s t e i n

In der Zeit vom 5. bis 9.12.1966 ist seitens hiesiger
Staatsanwaltschaft beabsichtigt, den

Karl-Heinz L a n g e n a u,
21.12.11 Königsberg geb.,
Gladbeck/Westf.,
Wiesenstr. 10 wohnh.,

zu o.a. Verfahren zu vernehmen.

Ich bitte daher um Feststellung, ob der Genannte zum frag-
lichen Zeitpunkt zur Verfüg ng steht und aussagebereit ist.

Um FS-Antwort wird gebeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I-A - KI 3 - 523/66

Im Auftrage

int. 30 49
Sb. KOM Konnerth

(Paul) KK

Ma

+ hv an abt. roem eins =



-- funk fernschreiben --

M. 25. 10.

+ nwrhpf nr 595 2410 1550 =

f. Konnerth

-- bei funkuebermittlung verschluesseln --

25. 10.

br

polpraes - roem eins - a ki 3 - 523/66 - b e r l i n =

betr : karl - heinz l a n g e n a u, 21/12/11 koenigsberg,
wohnhalt glacbeck =

bezug: dort funkspruch nr 2620 vom 21/10/66 =

L. steht in der zeit vom 5. bis 9. 12. 66 zur verfuegung. er ist auch aussagebereit. kripo glacbeck ist auszenstelle der krimi - nalpolizei der kreispolizeibehoerde recklinghausen (polizeiprae - sident). L. ist im raume bottrop und glacbeck als kriminnal - hauptkommissar dienstlich taetig. es erscheint zweckmaeszig, dass der vertreter der staatsanwaltschaft oder der kriminalpoli - zeiliche ermittelungsbeamte zunaechst bei dem dienstvorgesetzten der kpb recklinghausen, dem polizeipraesidenten, oder dem leiter -k- vor der vernehmung des L. vorspricht =

polpraes recklinghausen, ia gez: pielsticker, k - direktor +

+ rrr abt roem eins 24.10. recklinghausen nr 2410 fs 1811

konnerth +

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmeldetechnisches Amt

Fernschrift

Funkspruch-Funkferschreiben

Fernspruch

Absender:	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen:	von:	an:
am: um:	am: um:	am: um:
durch: 29.12.1966	durch:	durch:
Spruchkopf: (verschlüsselt)		

An Kripo K ö l n

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a.
wegen Mordes - GStA be m KG Berlin l Js 13/65 (RSHA);

hier: Ersuchen StA'in Frh. B i l s t e i n

In der Zeit vom 12. bis 16.12.1966 ist seitens hiesiger
Staatsanwaltschaft beabsichtigt,

Dr. Hans M a l y,
7.3.1907 Köln geb.,
Köln-Rotenkirchen,
Gneisenastr. 25 wohnh.,

zu o.a. Verfahren zu vernehmen.

Ich bitte daher um Feststellung, ob der Genannte zum frag-
lichen Zeitpunkt zur Verfügung steht und aussagebereit ist.

Um FS-Antwort wird gebeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I-A - KI 3 - 523/66

Im Auftrage

int. 30 49
Sb. KOM Konnerth

(Paul) KK

Ma

46

46

u

KJ 3/1

H. Krumm
25.10.

+ hv an abt roem eins =

- - - funkfernschreiben - - -

1/1 25.10.

+nwklpp nr 5893 2410 1330=

1. nachr.: lka -dez.15- cuessel dorf,
br
2. kripo berlin=

--bei funkuebermittlung verschluesseln--

betr.: erm.-verf. gegen bruno streckenbach u.a. wegen morces (nsg)
bezug: cort. fs nr 2614 v. 21.10.66.

or. maly erklarte auf befragen, dasz er nicht mehr gewillt
ist, bei der kripo auszusagen.=

kripo koeln, 1.k., ulonska+

rrr abt roem eins 24.10. nr 5893 fs 1515 seicel +

cks

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmeldetechnisches Amt

47

Fernschrift

Funkspruch-Funkferschreiben

Fernspruch

Absender: <u>I-A - KI 3</u>	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen: <u>26. OKT. 1966</u>	von:	an: <u>4V</u>
am: <u>0945</u>	am:	<u>26. OKT. 1966</u>
durch: <u>Sch</u>	durch:	<u>Jch</u>
Spruchkopf: <u>SSD (verschlüsselt)</u>		

An die
Kripo Köln

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a. wegen Mordes - GStA beim KG Berlin
1 Js 13/65 (RSHA)

Bezug: Dortiges FS vom 24.10.1966 Nr. 5893 und hiesiges
FS vom 21.10.1966 Nr. 2614

Die Vernehmung des Dr. Hans Maly soll durch ~~die~~
Staatsanwältin Frä. Bilstein und nicht durch
Kriminalbeamte durchgeführt werden. Ich bitte M. zu
befragen, ob er nunmehr aussagewillig ist.
FS-Antwort erbeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I-A - KI 3 - 523/66

SB: KOM Konnerth
int.: 3049

Im Auftrage

gez. (Paul), KK

+

48

hv an abt roem eins=

-- funkfern schreiben --

+nwklpp nr 7244 2810 1355=

1. nachr.: lka -dez.15- duesseldorf,
br
2. kripo berlin=

betr.: erm.-verf. gegen streckenbach u.a. (nsg).
bezug: dort. fs nr 3138.

dr. maly ist nicht gewillt, vor staatsanwaeltin auszusagen.
er sagt prinzipiell nur nach vor dem richter aus.=

kripo koeln 1. k herkenrath+

rrr abt roem eins 28.10. koeln nr 7244 fs 1640 warlast+



he

49

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmeldetechnisches Amt

Fernschrift

Funkspruch-Funkferschreiben

Fernspruch

Absender:	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen: <i>JS</i> <i>12.15</i>	von:	an:
am: <i>21.12.66</i> um: <i>12.15</i>	am: um:	am: um:
durch:	durch:	durch:
Spruchkopf: (verschlüsselt)		

An Kripo Siegburg

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a.
wegen Mordes -GStA beim KG Berlin 1 Js 13/65 (RSHA);
hier: Ersuchen StA'in Frl. B i l s t e i n

In der Zeit vom 12. bis 16.12.1966 ist seitens hiesiger
Staatsanwaltschaft beabsichtigt,

Dr. M e y e r - E c k h a r d t, Heinrich,
19.3.08 Halberstadt geb.,
Siegburg,
Dammstr. 16 wohnh.,

zu o.a. Verfahren zu vernehmen.

Ich bitte daher um Feststellung, ob der Genannte zum frag-
lichen Zeitpunkt zur Verfügung steht und aussagebereit ist.

Um FS-Antwort wird gebeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I-A - KI 3 - 523/66

Im Auftrage

int. 30 49
Sb. KOM Konnerth

PK
(Paul) KK

Ma

50



25.
10.

+ hv an abt. roem eins =

-- funkfern schreiben--

+ nwsbok nr. 849 2410 1422=

f. Konnerth

25.
10.

br

an pol.- praes. b e r l i n, roem. eins -a- ki 3 523/66 =

betr.: vernehmung des dr. meyer -eckhard heinrich, 19.3.08,
in der ermittlungssache gegen bruno streckenbach u.a.
wegen mordes -- gsta beim kg berlin 1 js 13/65 (rsha).
bezug: dort. fs nr. 2622, vom 21.10.1966.

herr dr. meyer - eckhard ist bereit, in der zeit vom 12.12. bis
16.12.1966 hier in siegburg zur vorliegenden sache auszusagen.
der genannte steht zur fraglichen zeit zur verfuegung.=

ok d/kpb -k- siegburg, i.a. h a a s e, kk.+

+ rrr abt roem eins 24.10. siegburg nr 849 fs 1720 konnerth +

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmeldetechnisches Amt

Fernschrift

Funkspruch-Funkferschreiben

Fernspruch

Absender:	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen: <i>1235</i>	von:	an:
am: um: <i>12.12.1966</i>	am: um:	am: um:
durch: <i>1.12.1966</i>	durch:	durch:
Spruchkopf: (verschlüsselt)		

An Kripo Bad Godesberg

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a.
wegen Mordes -GStA beim KG Berlin 1 Js 13/65 (RSHA);
hier: Ersuchen StA'in B i l s t e i n

In der Zeit vom 12. bis 16.12.1966 ist seitens hiesiger
Staatsanwaltschaft beabsichtigt, ~~die~~

- 1) Albert R e i p e r t,
7.6.1907 in Gravenstein geb.,
Bad Godesberg,
Akazienweg 5 wohnh.,
- 2) Rolf-Heinz H ö p p n e r,
24.2.1910 in Sigmar geb.,
Bad Godesberg,
St. Cloudstr. 9 wohnh.,

zu o.a. Verfahren zu vernehmen.

Ich bitte daher um Feststellung, ob die Genannten zum frag-
lichen Zeitpunkt zur Verfügung stehen und aussagebereit sind.

Um FS-Antwort wird gebeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I-A - KI 3 -523/66

Im Auftrage

int. 30 49
Sb. KOM Konnerth

rk
(Paul) KK

Ma

KJ 3/1

H. K...
25.10.

25.10.

+ hv an abt roem eins =

--funkfernschreiben--

+ nwbopp nr. 3069 2510 0900 =

br.

polizeipraesidenten - roem.1 -a - ki 3 - 523/66- b e r l i n =

betr.: ermittelungsverf. gg. bruno s t r e c k e n b a c h u.a.
wegen morces - gsta beim kg berlin 1 js 13/65 (rsha).

bezug: dort. fs nr. 2621 v. 21.10.66.

r e i p e r t , albert u. h o e p p n e r , rolf-heinz stehen
in der zeit vom 12. bis 16.12.66 in bad godesberg zur verfue-
gung und sind aussagebereit.h o e p p n e r bittet, termin rechtzeitig bekanntzugeben u.
moeglichst auf morgens um 8,00 uhr verlegen. =

kk. bad godesberg, tgb.nr. 4657/66 gez. lichtenberg, kok+

rrr abt roem eins 25.10. nr 3069 fs 1027 seidel +

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmeldetechnisches Amt

Fernschrift

Funkspruch-Funkferschreiben

Fernspruch

Absender:	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen:	von:	an:
am: 21. OKT 1966	am: um:	am: um:
durch:	durch:	durch:
Spruchkopf: (verschlüsselt)		

An Kripo Bonn

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u. a.
wegen Mordes -GStA beim KG Berlin 1 Js 13/65
(RSA);

hier: Ersuchen StA'in Fr. B i l s t e i n

In der Zeit vom 12. bis 16.12.1966 ist seitens hiesiger
Staatsanwaltschaft beabsichtigt,

Theo S a e v e c k e,
22.3.1911 in Hamburg geb.,
Bonn-Duisdorf,
Lengsdorfer Str. 69 wohnh.,

zu o.a. Verfahren zu vernehmen.

Ich bitte daher um Feststellung, ob der Genannte zum frag-
lichen Zeitpunkt zur Verfügung steht und aussagebereit ist

Um FS-Antwort wird gebeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I-A - KI 3 - 523/66

Im Auftrage

int. 30 49
Sb. KOM Konnerth

(Paul) KK

Ma

54
KJ 3
1.4.11
M. 4.11.
+hv an abt roem eins=

-- funkfernschreiben --

+eee nwbopp nr 351 0411 0905=

-- bei funkuebermittlung verschluesseln --

br

an den polizeipraesidenten -roem.eins/a ki- 523/66 b e r l i n =

betr.: ermittlungsverfahren gegen bruno s t r e c k e n b a c h
u.a. wegen mordes -gsta. beim kg berlin 1 js 13/65(rsha),
hier: zeugenermittlung: theo s a e v e c k e, geb.
22.3.11 in hamburg, wohnhaft quisdorf/bei bonn,
lengsdorfer strasse 69.

bezug: cortiges fs. nr. 2610 v. 21.10.1966.

s a e v e c k e ist zu o.a. sache aussagebereit und steht in der
zeit vom 12. - 16.12. 1966 zur vernehmung durch die sta. berlin
zur verfuegung. telefonisch ist s a e v e c k e unter bonn
623803 zu erreichen. =

khst.bonn, -fahndung- tgb. nr. 12441/66+ 1. a. gez. schneider+

+rrr abt roem eins 4.11. bonn nr 351 fs 1021 kunert +
cs

Der Polizeipräsident in Berlin

AV-B-h/66

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42 (Tempelhof)
Tempelhofer Damm 1-7
Fernruf: 66 00 17
Im Innenbetrieb:

55
den 11. November 1966

App. 2070

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin

1 Berlin 19

Amtsgerichtsplatz 1



17. NOV 1966

Frank PA in Berlin

Betrifft: Vernehmungen von Angehörigen des ehemaligen Reichs-
sicherheitshauptamtes;
hier: Dienstreise des Kriminalobermeisters Konnerth
und des Polizeioberwachtmeisters Bloeks nach
Nürnberg u.a. Orten
Vorgang: Dortiges Ersuchen vom 9.12.1965 - 1 Js 13/65 (RSHA) -.

In der o.a. Angelegenheit haben Kriminalobermeister Siegfried Konnerth
und Polizeioberwachtmeister Hans-Peter Bloeks in der Zeit vom 3.10. -
14.10.1966 eine Dienstreise nach Nürnberg u.a. Orten durchgeführt.

Aus diesem Anlaß sind hier Reisekosten in Höhe von

1.144,84 DM

=====

in Worten: Tausendeinhundertvierundvierzig DM 84 Pf.-
entstanden.

Ich bitte zu veranlassen, daß die Kosten gemäß § 92 GKG in Verbin-
dung mit den Durchführungsbestimmungen zu den Kostengesetzen (Ko-
stenverfügung) vom 7.9.1957 als Gerichtskosten festgesetzt und von
den Kostenschuldnern eingezogen werden.

Einer Überweisung des Betrages an mich bedarf es nicht (Entschei-
dung des Magistrats von Groß-Berlin - Finanzabteilung Käm II/7 -
vom 26.11.1949).

Im Auftrage

56

V.

21. NOV 1966

- 1) zu schreiben (1 Leseschr.) - Einschreiben:

Herrn

Rudi M o s e r

- 1 B e r l i n 52
Kienhorststr. 143

Sehr geehrter Herr Moser !

In dem Ermittlungsverfahren gegen Bruno S t r e c k e n b a c h u. A. wegen Verdachts der Teilnahme am Mord sind Sie bereits am 8. Juli 1965 richterlich vernommen worden. Zur Ergänzung Ihrer damaligen Angaben sollen Sie noch einmal hier als Zeuge vernommen werden.

Ihre Vernehmung ist für

Dienstag, den 29. November 1966, 9,30 Uhr

vorgesehen. Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Dienstgebäude Berlin 21, Turmstr. 91, Zimmer 554, einzufinden.

Soweit Ihnen durch die Vernehmung ein Verdienstausschlag entstehen sollte, können Sie im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften entschädigt werden. Sollten Sie einen solchen Ersatzanspruch geltend machen wollen, müssten Sie sich eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstausschlages beschaffen und zu dem Termin mitbringen.

Hochachtungsvoll

- 2) zu schreiben (1 Leseschr) - Einschreiben:

Herrn

Dr. Josef M e n k e

- 1 Berlin-Britz
Malchiner Str. 125 b
bei Preuß

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit").

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Donnertag, dem 1. Dezember 1966, 9,30 Uhr

hier durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Dienstgebäude Berlin 21, Turmstr.91, Zimmer 554, einzufinden.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Tätigkeit im RKPA machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, dass Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

3) Schreiben zu 1) und 2) mir zur Unterschrift

4) wt. Vfg. bes.

Berlin, d. 18.11.1966

Ks.

gef. 21. 11. 66 Sk

zu 1) Schrb. u. Einschr. } ab 24.11.66
2) Schrb. u. Einschr. }

18. November 1966

57

1 Js 13/65 (RSA)

Herrn
Rudi Moser1 Berlin 52
Kienhorststraße 143

Sehr geehrter Herr Moser!

In dem Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.A. wegen Verdachts der Teilnahme am Mord sind Sie bereits am 8. Juli 1965 richterlich vernommen worden. Zur Ergänzung Ihrer damaligen Angaben sollen Sie noch einmal hier als Zeuge vernommen werden.

Ihre Vernehmung ist für

Dienstag, den 29. November 1966, 9.30 Uhr,

vorgesehen. Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Dienstgebäude Berlin 21, Turmstraße 91, Zimmer 554, einzufinden.

Soweit Ihnen durch die Vernehmung ein Verdienstausschlag entstehen sollte, können Sie im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften entschädigt werden. Sollten Sie einen solchen Ersatzanspruch geltend machen wollen, müßten Sie sich eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstausschlages beschaffen und zu dem Termin mitbringen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage(Bilstein)
Staatsanwältin

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	E.-Bf. 1 Js 13/65 (RSHA)				
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nach- nahme	DM (in Ziffern)	Pf
Empfänger	Rudi Moser				
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	1 Berlin 52				

Postvermerk

Einlieferungs- Nr.	Gewicht	
22135	kg	g

Tagsstempel

1 Berlin 21
Postannahme

Beim Ausfüllen der Spalte „Sendungsart und besondere Versendungsform“ dürfen folgende Abkürzungen angewandt werden:

Bf = Brief, E = Einschreiben, eingeschrieben... Eil = Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PAnw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAuftr = Postprotestauftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

58

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Dr. Josef M e n k e

1 B e r l i n 47
Malchiner Str. 125 b
bei Preuß

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit").

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Donnerstag, den 1. Dezember 1966, 9.30 Uhr,

hier durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Dienstgebäude Berlin 21, Turmstraße 91, Zimmer 554, einzufinden.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im Reichskriminalpolizeiamt machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, daß Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Sch

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	E.-Bf.				
	1 Js 13/65 (RSHA)				
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nach- nahme	DM (in Ziffern)	Pf
Empfänger	Dr. Josef Menke				
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	1 Berlin 47				

Postvermerk

Einlieferungs- Nr.	Gewicht
223135	5 kg 00 g

739
Tagessempel

1 Berlin 47 Postannahme

Beim Ausfüllen der Spalte „Sendungsart und besondere Versendungsform“ dürfen folgende Abkürzungen angewandt werden:

Bf = Brief, E = Einschreiben, eingeschrieben... Eil = Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PAnw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAuftr = Postprotestauftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

59
21.12.1966

V.

- ✓ 1) zu schreiben (1 Leseschr.) mit E-Rück:

Frau

Maria H i r k e s

Duisburg-Großenbaum

Reiserweg 15

Sehr geehrte Frau Hirkes!

Zu einem hier anhängigen Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts des Mordes sollen Sie als Zeugin vernommen werden. Ihre Vernehmung ist für

Mittwoch, den 7. Dezember 1966, 13,30 Uhr
im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Duisburg vorgesehen.

Ich lade Sie hiermit zu diesem Termin und bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Duisburg 1, König-Heinrich-Platz 1 einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Wachtmeisterei (Zimmer 283) zu erfragen.

Soweit Ihnen durch die Vernehmung ein Verdienstausschlag entstehen sollte, können Sie im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften entschädigt werden. Sollten Sie einen solchen Ersatzanspruch geltend machen wollen, müssten Sie sich eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstausschlages beschaffen und zu dem Termin mitbringen.

Hochachtungsvoll

- ✓ 2) zu laden - wie zu 1) - mit E-Rück:

Frau Klara Lissigkeit, Düsseldorf, Heinrichstr. 84,

zu Freitag, d. 9. Dezember 1966, 13,30 Uhr,

zur Staatsanwaltschaft Düsseldorf, Düsseldorf 1, Mühlenstr. 34,
Verwaltung Zimmer R 233.

- ✓ 3) zu schreiben (1 Leseschr.) - mit E-Rück.:

Herrn

Karl-Heinz L a n g e n a u

Gladbeck/Westf.

Wiesenstr. 10

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit").

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Donnerstag, dem 8. Dezember 1966, 9,00 Uhr

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Essen durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Essen, Zweigerstr. 52 einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Verwaltung (Zimmer 351) zu erfragen.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im Amt V des RSHA machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, dass Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

4) zu laden - wie zu 3) - mit E-Rück; b. Bonn
Herrn Theo Saevecke, ~~Bonn~~ Duisdorf, Lengsdorfer Str. 69,
zu Dienstag, dem 13. Dezember 1966, 9,00 Uhr,
zur Staatsanwaltschaft Bonn , Bonn 1, Wilhelmstr. 21,
Verwaltung (Zimmer 204).

5) zu schreiben (1 Leseschr.)

An den

Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
-Verwaltung-

41 Duisburg 1
König-Heinrich-Platz 1

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehem.
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;
hier: Zeugenvernehmung in Duisburg

60

Wie ich bereits fernmündlich mitgeteilt habe, werde ich in Duisburg am

7. Dezember 1966, ab 13,30 Uhr

eine Zeugin vernehmen.

Ich bitte Sie, mir dazu ein Vernehmungszimmer und eine geeignete Kanzleikraft (möglichst für Maschinendiktat) zur Verfügung zu stellen.

Die Zeugin habe ich zum dortigen Dienstgebäude, Zimmer 283, geladen.

Für Ihre Hilfe danke ich im voraus.

✓ 6) zu schreiben (1 Leseschr.):

An den

Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
-Verwaltung-

43 E s s e n

Zweigerstr.52

Betr.: - wie zu 5) - jedoch: Vernehmung in Essen.

Wie ich bereits fernmündlich mitgeteilt habe, werde ich in Essen am

8. Dezember 1966, ab 9, 00 Uhr

einen Beschuldigten vernehmen.

Ich bitte Sie, mir dazu ein Vernehmungszimmer und eine Schreibmaschine zur Verfügung zu stellen.

Den Beschuldigten habe ich zum dortigen Dienstgebäude, Zimmer 351, geladen.

Für Ihre Hilfe danke ich im voraus.

7) Schreiben zu 1) - 6) mir zur Unterschrift

8) wt. Vfg. bes.

Berlin, d. 18.11.1966

16.

gef. 21.11.66 Sch
zu 1) - 6) jew. 1 Sam. 2x } ab 22/11.66
(zu 1) - 4) m. E-Rück. }
q

61

1 Js 13/65 (RSHA)

Frau
Maria H i r k e s

41 Duisburg-Großenbaum
Reiserweg 15

Sehr geehrte Frau Hirkes!

Zu einem hier anhängigen Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts des Mordes sollen Sie als Zeugin vernommen werden. Ihre Vernehmung ist für

Mittwoch, den 7. Dezember 1966, 13.30 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Duisburg vorgehen.

Ich lade Sie hiermit zu diesem Termin und bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Duisburg 1, König-Heinrich-Platz 1, einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Wachtmeisterei (Zimmer 283) zu erfragen.

Soweit Ihnen durch die Vernehmung ein Verdienstausschlag entstehen sollte, können Sie im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften entschädigt werden. Sollten Sie einen solchen Ersatzanspruch geltend machen wollen, müßten Sie sich eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstausschlages beschaffen und zu dem Termin mitbringen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Rückschein

619

Sendungsart E.-Bf.		Einlieferungs-Nr. 723	Postleitzahl (Einlieferungsamt) 1 Berlin 21
Nachnahme DM	Pf	Empfänger der Sendung Frau Maria H i r k e s	
Wert DM		41 Duisburg-Großenbaum	
		Postleitzahl Reiserweg 15 (Straße und Hausnummer oder Postfach)	
Sendung erhalten Maria Hirkas (Unterschrift)			
Auslieferungsvermerk aus 23/11. h'			

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	E.-Bf.			
	1 Js 13/65 (RSA)			
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nach- nahme	DM (in Ziffern)
Empfänger	Maria Hirkes			
Bestimmungsort mit postämtl. Leitangaben	41 Duisburg- Großenbaum			

Postvermerk

Einlieferungs- Nr.	Gewicht	
	kg	g
1723	22	156

Postannahme

Tagesstempel

1723

1 Berlin 21

527 280 40 000 8. 65
DIN A 7, Kl. IV

+ 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

Posto Anl. 15 // P 8

522 845 1 186 000 10. 65
DIN A 6, Kl. XI f

Postleitzahl





Rückschein



An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21

Postleitzahl

Turmstr. 91

- 1. 11.65/65 (RSHA) -

Einzel = Einzel, Gr = Gespräch, PAnw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAuftr = Postprotestauftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen; auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben; die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden; das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

62

1 Js 13/65 (RSHA)

Frau
Klara Lissigkeit

4 D ü s s e l d o r f
Heinrichstraße 84

Sehr geehrte Frau Lissigkeit!

Zu einem hier anhängigen Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts des Mordes sollen Sie als Zeugin vernommen werden. Ihre Vernehmung ist für

Freitag, den 9. Dezember 1966, 13.30 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Düsseldorf vorgesehen.

Ich lade Sie hiermit zu diesem Termin und bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Düsseldorf 1, Mühlenstraße 34, einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Verwaltung (Zimmer R 233) zu erfragen.

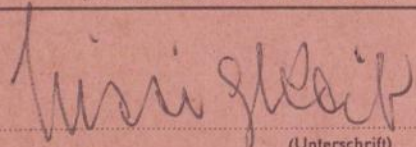
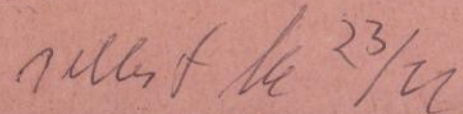
Soweit Ihnen durch die Vernehmung ein Verdienstausschlag entstehen sollte, können Sie im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften entschädigt werden. Sollten Sie einen solchen Ersatzanspruch geltend machen wollen, müßten Sie sich eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstausschlages beschaffen und zu dem Termin mitbringen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Rückschein

629

Sendungsart E.-Bf.		Einlieferungs-Nr. 724	Postleitzahl (Einlieferungsamt) 1 Berlin 21
Nachnahme DM	Pf	Empfänger der Sendung Frau Klara Lissigkeit	
Wert DM		4 Düsseldorf	
		Postleitzahl Heinrichstraße 84 (Straße und Hausnummer oder Postfach)	
Sendung erhalten  (Unterschrift)			
Auslieferungsvermerk 			

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	E.-Bf.			
	1 Js 13/65 (RSA)			
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nach- nahme	DM (in Ziffern)
Empfänger	Klara Lissigkeit			
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	4 Düsseldorf			

Postvermerk

Einlieferungs- Nr.	Gewicht	
	kg	g
22.11.55		

Postannahme



527 280 40 000 8. 65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

Postleitzahl
// P 8
Postl. Anl. 15

522 845 1 186 000 10. 65
DIN A 6, Kl. XI f

Postleitzahl



Rückschein



An den

Generalstaatsanwalt

bei dem Kammergericht

- Arbeitsgruppe -

1

Postleitzahl

Berlin 21

Turmstraße 91

- 1 Js 13/65 (RS) -

Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PAnw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAuftr = Postprotestauftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen; auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Karl-Heinz Langenau

439 G l a d b e c k (Westf)
Wiesenstraße 10

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit").

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Donnerstag, den 8. Dezember 1966, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Essen durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Essen, Zweigertstraße 52, einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Verwaltung (Zimmer 351) zu erfragen.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im Amt V des Reichssicherheitshauptamtes machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, daß Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen

wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Rückschein

Sendungsart E.-Bf.		Einlieferungs-Nr. 722	Postleitzahl (Einlieferungsamt) 1 Berlin 21
Nachnahme DM	Pf	Empfänger der Sendung Herrn Karl-Heinz Langenau	
Wert DM		439 Gladbeck (Westf.)	
		Postleitzahl Wiesenstraße 10 (Straße und Hausnummer oder Postfach)	
Sendung erhalten F. Langenau (Unterschrift)			
Auslieferungsvermerk Langenau gl 23/77			

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst aus.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. Umseitig)	E.-Bf.				
	1 Js 13/65 (RSA)				
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nach- nahme	DM (in Ziffern)	Pf
Empfänger	Karl-Heinz Langenau				
Bestimmungsort mit postamtli. Leitangaben	439 Gladbeck				

Postvermerk

Einlieferungs- Nr.	Gewicht	
	kg	g
22-155		

1722
Tagesstempel

1 Berlin Postannahme

527 280 40 000 8. 65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

Posto Anl. 15 // P 8

522845 1186000 10. 65
DIN A 6, Kl. XI f

Postleitzahl





Rückschein



An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21

Postleitzahl

Turmstr. 91

- 1 Js 13/65 (RSHA) -

522845 1186000 10.65
DIN A 6, KI. XI f

// P 8
PostO Anl. 15

Bf = Brief, E = Einschreiben, eingeschrieben.., Eil =
Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PAnw = Postanweisung,
Pkt = Paket, Pa = Päckchen, PProtAuftr = Postprotest-
auftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten,
sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am
späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwert-
zeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei
nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postan-
weisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber,
Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen
kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen
Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeiti-
gem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und
Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr
Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr
als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der
Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden
Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuch-
verfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das
Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

65

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Theo Saevecke

53 Duisdorf/über Bonn
Lengsdorfer Str. 69

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit").

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Dienstag, den 13. Dezember 1966, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Bonn durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Bonn 1, Wilhelmstraße 21, einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Verwaltung (Zimmer 204) zu erfragen.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im Amt V des Reichssicherheitshauptamtes machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, daß Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes

eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Rückschein

66a

Sendungsart E.-Bf.	Einlieferungs-Nr. 725	Postleitzahl (Einlieferungsamt) 1 Berlin 21
-----------------------	--------------------------	--

Nachnahme DM	Empfänger der Sendung Herrn Theo Saevecke 53 Duisdorf/über Bonn Postleitzahl Lengsdorfer Str. 69 (Straße und Hausnummer oder Postfach)
Wert DM	

Sendung erhalten

H. Saevecke
(Unterschrift)

Auslieferungsvermerk

Chen 9.23/M

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	E.-Bf. 1 Js 13/65 (RSA)				
	DM (in Ziffern)	Pf	Nach- nahme	DM (in Ziffern)	Pf
Wertangabe oder Betrag					
Empfänger	Theo Saevecke				
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	53 Duisdorf				

Postvermerk

Einlieferungs- Nr.	Gewicht	
	kg	g
1723	22	155

Postannahme

1 Berlin 21

Postleitzahl

Weihnachts =
Rücksendungen
bitte rechtzeitig
einliefern

BONN 1
mb
25.11.66-18
53

JUSTIZBEHÖRDEN
26.11.66
P

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21

Postleitzahl

522845 1186000 10.65
DIN A 6, Kl. XI f

// P 8
PostO Anl. 15

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungen- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

67

1 Js 13/65 (RSHA)

An den
Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Duisburg
- Verwaltung-

41 D u i s b u r g 1
König-Heinrich-Platz 1

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;
hier: Zeugenvernehmung in Duisburg

Wie ich bereits fernmündlich mitgeteilt habe, werde ich in
Duisburg am

7. Dezember 1966, ab 13.30 Uhr,

eine Zeugin vernehmen.

Ich bitte Sie, mir dazu ein Vernehmungszimmer und eine
geeignete Kanzleikraft (möglichst für Maschinendiktat)
zur Verfügung zu stellen.

Die Zeugin habe ich zum dortigen Dienstgebäude, Zimmer 283,
geladen.

Für Ihre Hilfe danke ich im voraus.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

68

1 Js 13/65 (RSHA)

An den
Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Essen
- Verwaltung -

43 E s s e n
Zweigertstr. 52

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;
hier: Zeugenvernehmung in Essen

Wie ich bereits fernmündlich mitgeteilt habe, werde ich in
Essen am

8. Dezember 1966, ab 9.00 Uhr,

einen Beschuldigten vernehmen.

Ich bitte Sie, mir dazu ein Vernehmungszimmer und eine Schreib-
maschine zur Verfügung zu stellen.

Den Beschuldigten habe ich zum dortigen Dienstgebäude,
Zimmer 351, geladen.

Für Ihre Hilfe danke ich im voraus.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

69

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Dr. Julius Schäfer

4 D ü s s e l d o r f
Schwalbenweg 6

Sehr geehrter Herr Dr. Schäfer!

Zu zwei hier anhängigen Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts des Mordes sollen Sie als Zeuge vernommen werden. Ihre Vernehmung ist für

Freitag, den 9. Dezember 1966, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht
Düsseldorf vorgesehen.

Ich lade Sie hiermit zu diesem Termin und bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Düsseldorf 1, Mühlenstraße 34, einzufinden und das Vernehmungszimmer in der Verwaltung (Zimmer R 233) zu erfragen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

70

1 Js 4/64 (RSA)
1 Js 13/65 (RSA)

An den
Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Düsseldorf
- Verwaltung -

4 D ü s s e l d o r f 1
Mühlenstraße 34

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSA)
wegen Mordes;
hier: Zeugenvernehmungen in Düsseldorf

Wie ich bereits fernmündlich mitgeteilt habe, werde ich in
Düsseldorf am

9. Dezember 1966, ab 9.00 Uhr,

zwei Zeugen vernehmen.

Ich bitte Sie, mir dazu ein Vernehmungszimmer und eine geeignete
Kanzleikraft (möglichst für Maschinendiktat) zur Verfügung zu
stellen.

Die Zeugen habe ich zum dortigen Dienstgebäude, Zimmer R 233,
geladen.

Für Ihre Hilfe danke ich im voraus.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

71

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Dr. Heinrich Meyer-Eckhardt

52 S i e g b u r g
Dammstraße 16

Sehr geehrter Herr Dr. Meyer-Eckhardt!

Zu zwei hier anhängigen Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts des Mordes sollen Sie als Zeuge vernommen werden. Ihre Vernehmung ist für

Montag, den 12. Dezember 1966, 8.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Bonn vorgesehen.

Ich lade Sie hiermit zu diesem Termin und bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Bonn 1, Wilhelmstraße 21, einzufinden und das Vernehmungszimmer in der Verwaltung (Zimmer 204) zu erfragen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

72

1 Js 4/64 (RSA)
1 Js 13/65 (RSA)

Herrn
Rolf-Heinz Höppner

532 Bad Godesberg
St.-Cloud-Str. 9

Ich führe zwei Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord.

In diesen Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Montag, den 12. Dezember 1966, 8.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Bonn durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Bonn 1, Wilhelmstraße 21, einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Verwaltung (Zimmer 204) zu erfragen.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit in der Gruppe III A des Reichssicherheitshauptamtes machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, daß Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes

eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

74

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

An den
Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Bonn
- Verwaltung -

53 B o n n 1
Wilhelmstraße 21

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
wegen Mordes;
hier: Vernehmungen in Bonn

Wie ich bereits fernmündlich mitgeteilt habe, werde ich in
Bonn am

12. und 13. Dezember 1966, ab 8.00 Uhr,

drei Vernehmungen durchführen.

Ich bitte Sie, mir dazu ein Vernehmungszimmer und eine Schreib-
maschine, für den 12. Dezember auch eine geeignete Kanzlei-
kraft (möglichst für Maschinendiktat) zur Verfügung zu stellen.

Die Zeugen und Beschuldigten habe ich zum dortigen Dienst-
gebäude, Zimmer 204, geladen.

Für Ihre Hilfe danke ich im voraus.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- 1 Js 13/65 - (RSHA)

75
z.Zt. Hannover, den 22.11.1966

Gegenwärtig:
Staatsanwältin Bilstein
Justizangestellte Herbst

Vorgeladen zum Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft bei dem
Landgericht Hannover erscheint um 11.30 Uhr

die Stenotypistin Christel Neumayer
geb. Tieseler
geb. am 23.12.1923 in Schneidemühl,
wohnhaft in Hannover, Hindenburg 34.

Ihr wurde eröffnet, daß sie in dem Ermittlungsverfahren gegen
verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheits-
hauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord -
Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrations-
lager zur "Vernichtung durch Arbeit" - als Zeugin vernommen werden
soll.

Nach Belehrung gem. §§ 52, 55 StPO erklärte sie:

Im Jahre 1939 kurz vor Kriegsbeginn wurde mein Vater, Kriminalober-
sekretär Artur T i e s e l e r, von seiner Dienststelle bei der
Kriminalpolizei in Schneidemühl zum Reichskriminalpolizeiamt in
Berlin versetzt. Etwa Ende März 1940 folgten meine Mutter, mein
Bruder und ich nach, nachdem wir eine Wohnung in Berlin gefunden
hatten. Noch in Schneidemühl hatte ich eine Ausbildung als
Stenotypistin beendet. Auf Grund dieser Ausbildung und ^{durch} Vermittlung
meines Vaters wurde ich am 1. April 1940 ebenfalls beim
RKPA eingestellt. Ich kam zunächst zur allgemeinen Kanzlei des
Amtes. Vorsteher der Kanzlei war damals Kriminalsekretär
N e u b a u e r. Seine Vertreterin und spätere Nachfolgerin
war Frl. R i c h t e r.

In der allgemeinen Kanzlei hatte ich Reinschriften nach Konzepten,
~~und~~ Formulare und ähnliches zu schreiben. An den Inhalt dieser
Schreiben kann ich mich im Einzelnen nicht mehr erinnern, ich
meine aber, daß dabei auch Vorgänge des Vorbeugungsreferates
waren. Die einzelnen Abteilungen des RKPA hatten auch eigene
Schreibkräfte, die nach Diktat der leitenden Herren schrieben.

24.

Die Formularangelegenheiten und Konzepte wurden dagegen überwiegend in der allgemeinen Kanzlei geschrieben.

Etwa im Herbst 1941 wurde ich plötzlich und für mich überraschend als persönliche Sekretärin in das Vorzimmer des Amtschefs N e b e versetzt. Den genauen Zeitpunkt meiner Versetzung kann ich nicht mehr angeben. Ich weiß aber, daß es nach der Rückkehr N e b e s von seinem ~~O~~einsatz war. Meine Vorgängerin war Frl. R a n n e b e r g , die meiner Erinnerung nach zur Gruppe B kam. Das kann ich allerdings nicht mit Sicherheit sagen. Sie war aber jedenfalls noch einige Zeit im Hause, ehe sie nach ihrer Verheiratung ausschied.

Schon vor meiner Zeit und gleichzeitig mit mir war Frau W i n k e l m a n n als weitere persönliche Sekretärin für den Amtschef tätig. Normalerweise arbeiteten wir im Wechsel. Bei starkem Arbeitsanfall bzw. auf besonderen Wunsch N e b e s waren wird aber auch gleichzeitig anwesend. Wir hatten im wesentlichen die persönlichen Schreivarbeiten - teils auch privater Natur - zu erledigen, zum Beispiel hatten wir die Reden des Amtschefs zu schreiben. Ich erinnere mich ferner, daß wir an die im auswärtigen Einsatz befindlichen Beamten Briefe absandten. Die eigentliche fachliche Arbeit wurde im allgemeinen von den einzelnen Gruppen des RKPA geleistet und lief weniger bei uns durch. Allerdings kam es auch vor, daß wir Berichte N e b e s zu schreiben hatten oder das Berichte der Gruppen bei uns noch einmal umgeschrieben wurden. Ich erinnere mich zum Beispiel an die Flucht des französischen Generals G i r a u d und an Berichte im Zusammenhang mit Bestrebungen einzelne Zigeunersippen sesshaft zu machen. Verschiedene Zigeunerkönige waren damals bei uns im Amt.

Von einer Sonderaktion gegen Justizgefangene, die - wie mir heute mitgeteilt worden ist - Gegenstand dieses Ermittlungsverfahrens ist, ist mir nichts bekannt. Ich kann mich nicht erinnern, daß ich während meiner Tätigkeit im Vorzimmer N e b e s davon etwas gehört habe oder daß ich Schriftstücke, die damit im Zusammenhang stehen könnten, geschrieben habe. Die Formulierung " Vernichtung durch Arbeit " ist mir ganz fremd. Ich habe sie heute zum ersten Male gehört.

M.

77

Mir ist zwar bekannt, daß Verbrecher im Rahmen der Vorbeugenden Verbrechensbekämpfung in Konzentrationslager eingewiesen werden konnten, wenn sie eine bestimmte Anzahl von Vorstrafen ^{inhalten} (Die Unterlagen solcher Verbrecher ~~wurden~~ wurden dann wohl von den örtlichen Kripo(leit)stellen zum RKPA gesandt. Im Vorbeugungsreferat wurde dann geprüft welche Maßnahmen zu treffen waren. Mir ist weiterhin bekannt, daß Straftäter nach Verbüßung der von der Justiz gegen sie verhängten Strafen bzw. nach Begnadigung von der Kriminalpolizei überwacht oder auch in ein Konzentrationslager eingewiesen wurden.

Diese Kenntnis habe ich zum Teil aus meiner Arbeit ^{bei der} ~~als meiner~~ ^{allgemeinen} ~~eigenen~~ Kanzlei, zum Teil aber auch von meinem Vater. Ich erinnere mich zum Beispiel, daß mein Vater schon in Schneidemühl einen Einbrecher zu Überwachen hatte. In Berlin war mein Vater dann im Vorbeugungsreferat tätig. Einzelheiten seiner Tätigkeit sind mir aber nicht bekannt. Ich weiß insbesondere nicht mit Sicherheit welcher Dienststelle ~~er~~ angehört hat und ob er Vorbeugungsmaßnahmen gegen Berufs - und Gewohnheitsverbrecher oder solcher gegen Asoziale bearbeitet hat. Seine Vorgesetzten waren Kriminalrat O t t o und Kriminaldirektor B ö h l h o f f. Ich erinnere mich, daß ~~vor~~ beim Vorbeugungsreferat auch der Kriminalrat R i c h r a t h tätig war. Meiner Erinnerung nach war mein Vater ihm aber nicht unterstellt.

Ich weiß nicht, ob mein Vater die von den örtlichen Dienststellen eingehenden Anordnungen der Vorbeugungshaft zu prüfen und zu bearbeiten hatte oder ob er evtl. nur mit Entlassungsgesuchen für Vorbeugungshäftlinge beschäftigt war. Auch ob er mit der hier in Frage stehenden Sonderaktion zu tun hatte, ist mir nicht bekannt. Er hat jedenfalls über eine solche Angelegenheit nicht mit mir gesprochen.

Mir sind heute ~~21~~ 3 Schreiben des RKPA an die KPSt Kiel vom 13. August, 6. Okt. und 24. Nov. 1944 vorgelegt worden (Dokumentenband VH V Bl. 162, 165, 169). Diese Schreiben tragen die Unterschrift des schon erwähnten Kriminalrates Richrath. Das Namenszeichen in der rechten unteren Ecke dieser Schreiben ist mir nicht bekannt. Es ist jedenfalls auf keinen Fall das Zeichen meines Vaters. Er schrieb ganz anderes. Das Diktatzeichen " Ry " wurde wohl von Fr. Rygol geführt. Das Diktatzeichen

82.

" erx " dürfte von FrL. E r x l e b e n stammen. Über ihren Verbleib kann ich keine Angaben machen. FrL. E r x l e b e n war meiner Erinnerung nach auch bei der Gruppe B tätig. Sie soll nach dem Kriege von den Russen verhaftet worden sein, Mein Vater ist noch in den letzten Kriegstagen, am 23. oder 24. April 1945, gefallen. Er war mit einer Alarmeinheit auf einem Grundstück in Pankow eingesetzt. Wie uns von dem Grundstückseigentümer mitgeteilt worden ist, ist mein Vater beim Verlassen des Kellers in eine Maschiengewehr~~gabe~~ geraten und verblutet. Er ist dann zunächst auf dem fraglichen Grundstück bestattet und später - im Juni 1945 - auf den Heldenfriedhof in Pankow umgebettet worden. Ich bin im Besitz einer Sterbeurkunde, die wohl vom Standesamt Pankow ausgestellt worden ist. Falls es erforderlich ist, bin ich bereit, diese Sterbeurkunde zur Fertigstellung einer Ablichtung zur Verfügung zu stellen.

Die genaue Bezeichnung des Vorbeugungsreferates ist mir nicht erinnerlich. Es gehörte aber zur Gruppe A. Leiter dieser Gruppe und Vertreter des Amtschefs war Ministerialrat Paul W e r n e r. Zu einem mir nicht mehr erinnerlichen Zeitpunkt wurde Ministerialrat W e r n e r von seinem Posten Abgelöst. Wir nahmen damals an, daß ^{es}irgendwelche Differenzen gegeben hätte. Als sein Nachfolger wurde der damalige Regierungsrat Dr. S c h e f e ~~r~~ eingesetzt. Ich möchte meinen, daß Dr. S c h e f e ~~r~~ erst nach dem Tode Hei~~dr~~ichs zu uns kam. Ich schließe das daraus, daß Dr. S c h e f e ~~e~~ in dem früher für H e i ~~d~~ r i c h reservierten Zimmer da~~s~~. Ich mußte ihm noch das Telefon dort erklären und es gab dabei etwas Aufregung, weil wir versehentlich den persönlichen Referenten N e b e ~~r~~ s - Dr. T e i c h m a n n angerufen hatten. Ich will aber nicht ausschließen, daß Dr. S c h e f e ~~e~~ vorher schon in einem anderen Zimmer gesessen hat. Ebenso ist es möglich daß auch Ministerialrat Werner zeitweilig in diesem Zimmer gesessen hat. Mir ist nicht erinnerlich, ob Herr Werner weiterhin in Berlin blieb oder ob er nach auswärts versetzt wurde. Auch der Zeitpunkt, in dem er nach der Versetzung Dr. S c h e f e ~~r~~ s zur KPESt Berlin wieder seine alte Stellung einnahm, ist mir nicht im Gedächtnis.

29.

Auf besondere Frage:

An die Krankheit N e b e ~~r~~ s erinnere ich mich. Schon Weihnachten 1942 war er sehr krank. Kurze Zeit darauf mußte er sich in Wien einer Operation unterziehen. Anschließend war er zu einem Kuraufenthalt am Semering. Ostern 1943 hat er Frau W i n k e l m a n n und mir einen Kartengruß geschickt. Wir hatten ihm vorher Blumen geschickt. Wann N e b e nach Berlin zurückgekommen ist, kann ich nicht mehr sagen. Er war aber längere Zeit abwesend.

Weitere Angaben kann ich nicht machen. Insbesondere über die personelle ~~xxx~~ Besetzung des Vorbeugungsreferates und über den Verbleib der einzelnen Beamten ist mir nichts bekannt.

Die Vernehmungsniederschrift ist in meiner Gegenwart laut diktiert worden. Ich verzichte darauf, sie noch einmal durchzulesen.

genehmigt u. unterschrieben

Ljupko Krivomirski

geschlossen (13.40 Uhr)

#

Wilskeir

H. G. 1.

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

80
z.Zt. Braunschweig, den
23.11.1966

- 1 Js 4/64 (RSHA) -
- 1 Js 13/65 (RSHA) -

Gegenwärtig: Staatsanwältin Bilstein als Vernehmend
Justizangestellte Bieberstein, als
Protokollführerin

Vernehmungsniederschrift

- - - - -

Vorgeladen zum Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft
Braunschweig erscheint um 10,20 Uhr

Rechtsanwalt und Notar Heinrich Rothmann
geboren am 15.2.1908 in Mainz,
wohnhaft in Oker/Harz, Höhlenweg 18.

Ihm wurde eröffnet, daß er in zwei Ermittlungsverfahren
gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts
der Teilnahme am Mord -

- a) Sonderbehandlung ausländischer Zivilarbeiter und
Kriegsgefangener (1 Js 4/64 RSHA) und
- b) Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen
in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch
Arbeit" - (1 Js 13/65 RSHA)

als Beschuldigter vernommen werden soll.

Er wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem
Gesetz freistehe, sich zu den Beschuldigungen zu
äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit,
auch schon vor seiner Vernehmung, einen von ihm
zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Er erklärte: Ich will mich jetzt zu den Beschuldigungen
äußern.

81

Zu meiner Person und zu meinem Lebenslauf beziehe ich mich auf die schriftliche Äußerung vom heutigen Tage, die ich hiermit zu den Akten reiche.

In dieser schriftlichen Äußerung habe ich auch schon Angaben über meine Tätigkeit im Referat III A 5 des RSHA gemacht.

Als ich diesem Referat etwa im Mai 1943 zugeteilt wurde, war Oberregierungsrat N e i f e i n d dessen Leiter. Ich war zunächst Hilfsreferent und wurde später Sachbearbeiter. Als ORR Neifeind etwa Mitte 1944 versetzt wurde, übernahm ich als sein Nachfolger die Leitung des Referats. In dieser Stellung blieb ich bis zur Auflösung der Dienststelle etwa Anfang 1945.

Das Referat war nur klein. Neben mir waren nur zwei oder drei Sachbearbeiter tätig. Ich erinnere mich an den damaligen ORR G r o t e., der von der Ordnungspolizei kam und im wesentlichen - soweit ich mich erinnere - auch alle Angelegenheiten bearbeitete, die die Ordnungspolizei betrafen. Weiterhin war als Sachbearbeiter der damalige RR J e d a m z i k im Referat tätig. Als dritter Sachbearbeiter war ein SS-Hauptsturmführer zugeteilt, an dessen Namen ich mich im Moment nicht erinnern kann. Möglicherweise handelt es sich um den mir heute hier genannten SS-Hauptsturmführer M a y r. Daneben waren im Referat auch Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes untergeteilt. An ihre Namen kann ich mich aber ebenfalls nicht erinnern. Die in diesem Zusammenhang mir genannten Namen H a a s e und K e e s e sagen mir nichts. Ich will nicht ausschließen, daß sie dem Referat angehört haben. Eine Erinnerung habe ich aber an sie nicht. Für das Referat waren ferner feste Schreibkräfte eingesetzt. Das war schon deshalb erforderlich, weil die Dienststelle in einem besonderen Gebäude in der Hermann-Göring-Str. untergebracht war.

Wie-viele Schreibkräfte es waren, und wie sie hießen, ist mir nicht in Erinnerung.

Mir ist heute ein Geschäftsverteilungsplan des Amtes III des RSHA nach dem Stand vom 15. September 1944 vorgelegt worden. Darin bin ich als Leiter der Abteilung III A 4 verzeichnet. Mir ist zwar noch erinnerlich, daß eine Neuorganisation erfolgt ist. Mir war aber nicht mehr bewußt, daß das frühere Referat III A 5 im Jahre 1944 zur Abteilung unter der Bezeichnung III A 4 geworden ist.

Auch der in diesem Geschäftsverteilungsplan als Leiter der Gruppe III A aufgeführte SS-Obersturmbannführer H ö p p n e r ist mir in dieser Stellung nicht erinnerlich. Ich war bisher der Meinung, daß er irgendwo Leiter einer Stapo-Leit-Stelle war, möglicherweise in Posten. Obwohl ich in dem Geschäftsverteilungsplan als sein Vertreter bei der Gruppe III A ~~ausgewiesen~~ bin, bin ich in dieser Stellung ~~nicht~~ *sicher* nicht tätig geworden. Ich möchte annehmen, daß der erst im Spätherbst 1944 herausgekommene Geschäftsverteilungsplan infolge der kriegsbedingten Verhältnisse nicht mehr verwirklicht worden ist.

Wie ich bereits in der schriftlichen Äußerung ausgeführt habe, gehörte es zu den Aufgaben des Referats, die Grundlagen der Schaffung eines neuen Polizeibegriffes zu erarbeiten.

Für die polizeiliche Tätigkeit auch im Dritten Reich waren bis zuletzt an sich keine Grundlagengesetze vorhanden, als der bekannte 10 II 17 des ALR und § 14 SPVG. Diese Grundlagen reichten nach Auffassung der damaligen Staatsführung für die polizeiliche Tätigkeit nicht mehr aus. Neue gesetzliche Grundlagen für die gesamtpolizeiliche Tätigkeit sollten geschaffen werden. Praktisch gäbe damals die Polizei

in ihrer Tätigkeit schon von einem sogenannten Führerbefehl aus, der etwa besagte, daß die Polizei alles tun könne und auch müsse, was der Sicherheit des Nationalsozialistischen Staates und seiner Erhaltung diene. Dieser sogenannte Führerauftrag wurde die "Institutionelle Ermächtigung der Polizei" genannt. Diese Ermächtigung einmal in einem Gesetz ~~wider~~ niederzulegen, war an sich Aufgabe dieses allgemeinen Polizeireferates. Die Vorbereitungen dazu gingen über Jahre hinaus. Es waren Gutachten von Staatsrechtslehrern erfordert worden, und es wurden alle Dinge gesammelt, die einmal bei dieser Materie verwertet werden konnten. In dem letzten Kriegsjahr kam diese Arbeit ^{sie} naturgemäß zum Erliegen. ^{gebracht} Zu einem ~~Am~~ Abschluß ist/nicht ~~gedacht~~ worden.

Daneben hatte das Referat, wie ich auch schon in meiner schriftlichen Äußerung ausgeführt habe, die polizeilichen Belange bei der Gesetzgebung anderer Ministerien zu vertreten. Ich bin der Meinung, daß das Referat nur bei förmlichen Gesetzen und Rechtsverordnungen mitzuwirken hatte, dagegen nicht bei sonstigen Erlassen, die interne Sachgebietsangelegenheiten des RSHA betrafen. Mir ist jedenfalls nicht erinnerlich, daß zu meiner Zeit das Referat in die Bearbeitung von Erlassen auf speziell sicherheitspolizeilichen Gebiet (z.B. Behandlung ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener, Schutzhaftbestimmungen, Einweisung von Häftlingen in die Konzentrationslager) eingeschaltet war.

Mit sind heute verschiedene Erlasse vorgehalten worden, die unter dem Akt.Z. II A 2 bzw. III A 5 b ergangen sind und folgende Sachgebiete betreffen:

Verfolgung der Kriminalität unter den polnischen und sowjetrussischen Zivilarbeitern,

Polizeiliche Strafverfügungen gegen Polen,

Polizeiliche Strafverfügungen gegen sowjetrussische Zivilarbeiter im Reich,

Benachrichtigung der Staatsanwaltschaft über Hinrichtungen durch die Geheime Staatspolizei,
Nummerierung der Sterbeurkunden durch die lagereigenen Standesämter der Konzentrationslager,
Beurkundung von Todesfällen von Ostarbeitern und nichteindeutschungsfähigen polnischen Zivilarbeitern in den Konzentrationslagern mit lagereigenen Standesämtern,
Unterbrechung der Schutz- und Vorbeugungshaft zum Zwecke des Straffolkguges,
Polen und Juden, die aus Vollzugsanstalten der Justiz entlassen werden.

An den Inhalt dieser Erlasse habe ich keine Erinnerung. Ich weiß auch nicht, ob ich sie in irgendeiner Form mitbearbeitet habe. ~~Ich will aber nicht sagen, daß ich auch zu meiner Zeit~~ Ich will aber nicht die Richtigkeit der mir vorgelegten Fotokopien bestreiten, zumal ein Teil der Erlasse schon in der Zeit vor meiner Versetzung zum RSHA ergangen sind ist. Es ist auch durchaus möglich, daß der Erlass des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 28. Mai 1943 176 - O-VuRR III 3945/43 u S III A 5 b Nr. 3 VIII/43-165-3- am 17. Juni 1943 von mir den Stapo (leit) Stellen und nachrichtlich den Referaten IV D 2 und IV D 5 zugeleitet worden ist. Auch an diesen Erlass habe ich keine Erinnerung. Aus dem Akt.Z. und aus der Unterschrift "B r a n d t" möchte ich mit Sicherheit schließen, daß dieser Erlass - jedenfalls federführend - nicht ~~von mir war~~ im Referat III A 5, sondern beim Hauptamt Ordnungspolizei bearbeitet worden ist. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß ich erst kurze Zeit dem Referat angehörte. In der ersten Zeit meiner Tätigkeit im RSHA habe ich naturgemäß derartige Angelegenheiten noch nicht selbständig bearbeitet. Ich mußte mich erst in die schwierige Materie und die

gesamte Arbeitsweise des Referats einarbeiten.

Die mir vorgehaltenen Erlasse berühren auf der einen Seite sicherheitspolizeiliche Fragen. Darüberhinaus werden aber auch die Belange anderer Dienststellen bzw. Ministerien z.B. Justiz und Reichsministerium des Innern betroffen. Ich möchte deshalb annehmen, daß die Berührungspunkte mit anderen Ministerien der Grund dafür waren, daß diese Erlasse nicht in den einzelnen Sachreferaten allein bearbeitet wurden, sondern vom Referat III A 5x herausgegeben wurden. Aus dem Akt.Z. allein kann jedenfalls nicht der Schluß gezogen werden, daß Initiative und Sachbearbeitung in diesen Fragen beim Referat III A 5 lagen.

Ich möchte noch einmal betonen, daß mir zwar die seinerzeit ergangenen Verhaltensvorschriften für ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene bekannt waren und daß ich auch wußte, daß es das Institut der "Sonderbehandlung" gab. Alle diese Vorschriften sind aber - jedenfalls zu meiner Zeit - nicht im Gesetzgebungsreferat, sondern in den zuständigen Sachreferaten bearbeitet worden. Wer im einzelnen für diese Vorschriften verantwortlich zeichnete, ist mir nicht bekannt.

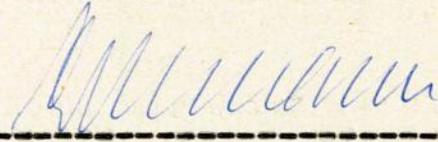
Von einer Sonderaktion, in deren Rahmen mehrere Tausend Sicherungsverwahrte und Zuchthausgefangene aus den Vollzugsanstalten der Justiz an die Polizei abgegeben und in Konzentrationslager eingewiesen worden sind, ist mir nichts bekannt. Mein Referat ist in irgendwelchen Verhandlungen zu dieser Frage nicht eingeschaltet worden. Der Begriff "Vernichtung durch Arbeit" war mir bis heute völlig unbekannt.

86

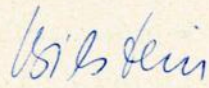
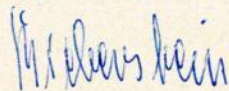
Abschließend möchte ich betonen, daß ich meine Aufgabe nach dem von mir gewählten Beruf auch bei dem Referat III A 5 nur so gesehen habe, daß ich bei allgemeinen gültigen Gesetzen und Rechtsverordnungen, die auch publiziert wurden, mitgewirkt habe. Mit Tötungsdelikten im einzelnen oder Tötungsmaßnahmen gegen Personengruppen oder auch Einzelmenschen habe ich nichts zu tun gehabt.

Ende der Vernehmung 13,40 Uhr.

selbst gelesen, genehmigt und
unterschrieben



Geschlossen:

Okw, den 23. 11. 66.

L e b e n s l a u f

des Rechtsanwalts Heinrich Rothmann
in Oker/Harz. - 1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

Am 15.2.08 in Mainz geboren kam ich sogleich zu meinen Großeltern nach Framersheim, weil meine Mutter bei der Geburt gestorben war.

Nachdem mein Vater, der Lehrer Heinrich Rothmann, 1913 wieder geheiratet hatte, nahm er mich zu sich nach Bechtolsheim. Dort besuchte ich die Grundschule und anschließend bis zur Reifeprüfung 1926 die Oberrealschule in Alzey.

An den Universitäten in Kiel, Frankfurt/M. und Gießen studierte ich Rechtswissenschaft. In Gießen bestand ich 1930 das Referendarexamen.

Nach der üblichen Vorbereitungszeit unterzog ich mich Juli 1934 mit Erfolg der Zweiten großen juristischen Staatsprüfung beim Oberlandesgericht in Darmstadt.

Erster richterliche Verwendung fand ich ab 30. Okt. 1934 beim Amtsgericht in Osthofen. Nachdem ich mir wegen einer der SA nachteiligen Entscheidung in einem Streit zwischen SA und Andersdenkenden vom damaligen Oberlandesgerichtsvizepräsidenten in Darmstadt eine Rüge zugezogen hatte, wurde mein richterlicher Auftrag zum 31.7. 35 für beendet erklärt.

Ich bin dann jeweils für Vertretungen von Richtern und Staatsanwälten, die ihre Übung bei der Wehrmacht ableisteten, einberufen worden.

In den Jahren 1936 und 1937 leistete ich selbst je eine Achtwochenübung bei der Wehrmacht ab und war danach Gefreiter der Reserve in der Wehrmacht. Dies blieb ich bis zum Kriegsende. In der SS hatte ich nur den meinem Beamtenrang entsprechenden Angleichungsdienstgrad. (zuletzt Oberregierungsrat und Obersturmbannführer).

Als ich einem Freund meinen Ärger mit dem Oberlandesgericht und meine ständige Verschiebung einmal klagte, schlug er mir vor, nach Berlin zu gehen, wo er selbst damals schon war und wo die Polizei Assessoren einstelle.

Tatsächlich wurde ich nach gut einem Jahr zum 1. November 1937 nach Berlin einberufen und der Stapoleitstelle Berlin als Justitiar und Disziplinarreferent zugeteilt. Damals hatte ich noch nie Berührung mit der Geheimen Staatspolizei gehabt.

Als Gerichtsassessor, der ich ^{war}, arbeitete ich zunächst ein Jahr zur

Probe

88

Probe, danach wurde ich zum Regierungs-Assessor ernannt und nach etwa einem weiteren Jahr kurz vor Kriegsbeginn 1939 zum Regierungsrat.

Meine Familie konnte ich schon 1938 nach Berlin nachholen.

Bei der Leitstelle Berlin blieb ich bis etwa Mitte 1942. Danach wurde ich vorübergehend nach Magdeburg abgeordnet, weil mein damaliges Referat (Wirtschaftsvergehen und Korruption) wieder an die Kriminalpolizei abgegeben worden war.

Etwa Mai 1943 bin ich zurückgeholt worden und kam als Hilfsreferent zur Dienststelle: Allgemeines Polizeirecht und Gesetzgebungstechnik. Diese Dienststelle war neu und hatte ihre Aufgaben zugewiesen bekommen durch einen Erlass des damaligen Reichsministers des Innern, der damit einen Streit zwischen den Hauptämtern Ordnungspolizei (Schutzpolizei, Gendarmerie, Verwaltungspolizei, Feuerschutzpolizei und Luftschutzpolizei) und Sicherheitspolizei (Geheime Staatspolizei und Kriminalpolizei), der über die Grundlagen allgemeiner polizeilicher Tätigkeit, die Schaffung eines neuen Polizeibegriffes; Fragen des materiellen und allgemeinen (institutionellen) Polizeirechts ausgebrochen war, beenden wollte. Zur Wahrung der ordnungspolizeilichen Belange war auch ein Beamter der Ordnungspolizei dieser Dienststelle zugeteilt.

Die Dienststelle hatte somit gesamtpolizeilichen Aufgaben zu erfüllen, an den Grundlagen der Schaffung eines neuen Polizeibegriffes zu arbeiten, mit dem 10 II 17 des Allgem. Preussischen Landrechts und § 14 des Preuß. P.V.G. praktisch durch die sog. "Institutionelle Ermächtigung der Polizei" abgelöst werden sollten.

Ferner hatte sie die polizeilichen Belange bei der Gesetzgebung anderer Ministerien insbesondere bei der auch damals laufenden Strafrechtsreform zu vertreten. In einigen Gesetzesmaterien wie Feiertagsrecht und Waffenrecht war sie m.W.federführend. Diese Gebiete waren vom Innenministerium bzw. seiner Abt. I übernommen worden.

Trotz ihrer an sich nicht verständlichen Eingliederung in das Amt III (Nachrichtenamt) als 3- III A 5 blieb die Dienststelle bis zuletzt eine reine Ministerialinstanz mit Gesetzgebungsaufgaben, die auch mit Reichsminister des Innern firmierte. Die Eingliederung bei III A läßt sich vielleicht so erklären, daß man im Amt III eine neutrale Stelle zwischen Ordnungspolizei und Sicherheitspolizei gefunden zu haben glaubte.

Rein äußerlich drückte sich der Ministerialcharakter auch so aus, daß die Referenten und Sachbearbeiter dieser Dienststelle Beamte mit Ministerialzulage waren, während alle anderen Angehörige des Amtes III Parteiangestellte waren.

Der Sitz

Der Sitz der Dienststelle hatte auch räumlich nichts mit dem Amt III zu tun. Sie hatte ihren Sitz in der damaligen Hermann Göringstraße, in einem Gebäude in dem m.W. andere Dienststellen insbesondere des Amtes III nicht untergebracht waren.

Die Einarbeitung in die Probleme dieser Dienststelle, die zahlreich waren, war für mich recht schwierig. Es bedurfte dazu einer sehr langen Zeit. Erschwert wurde sie noch durch viele kriegsbedingte Behinderungen. (Bombenangriffe).

Etwa Mitte 1944 oder auch schon etwas früher ging der bisherige Referent zum Einsatz und ich mußte die Dienststelle übernehmen. Es standen mir damals 2 oder 3 Sachbearbeiter zur Verfügung. Es war in der Sache leichter geworden für mich, weil mit zunehmender Verschlechterter Kriegslage diese Dienststelle immer mehr an Bedeutung verlor. Schon bald wurde davon gesprochen, sie ganz aufzulösen. Für die Arbeit der Dienststelle hatte man immer weniger Interesse und Zeit. Trotzdem kam es erst Anfang 1945 zur Auflösung.

Mit einem Mitarbeiter und einer Sekretärin wurde ich nach Süden in Marsch gesetzt. Ich sollte mich dort bei Dienststellen in Tirol melden. Inzwischen war aber die Italienfront zusammengebrochen und Truppen fluteten über den Brenner zurück. Zur Arbeit kam ich daher nicht mehr. Die Kapitulation beendete alles.

Am 14. Juni 1945 bin ich für 28 Monate in Sandbostel interniert worden. Nach einer Entscheidung im Spruchgerichtsverfahren, durch die ich wegen Zugehörigkeit zu einer Geldstrafe verurteilt worden bin, wurde ich am 14. Oktober 1947 zu meiner Familie nach Bad Grund entlassen.

Bei der Entnazifizierung bin ich in Kategorie IV (Mitläufer) eingestuft worden.

Seit 15. Oktober 1951 bin ich Rechtsanwalt in Oker und seit 13. Mai 58 zum Notar in Oker ernannt.

Ich habe aus meiner Ehe mit Aenne geb. Schmitt ^{keine} am 4. Mai 1937 geb. und inzwischen verheiratete Tochter, sowie einen am 1.4.40 geborenen Sohn.


Rechtsanwalt

- 90
- 1 Js 4/64 (RSA)
- 1 Js 13/65 (RSA)

V.

1) Vermerk:

Der Beschuldigte R o t h m a n n erwähnte bei seiner gestrigen Vernehmung beiläufig, dass der früher im Referat III A 5 tätig gewesene ORR G r o t e noch vor einigen Jahren "hier" im Ministerium gewesen sei und dass er in einer Verwaltungsstreitsache des Zeugen J e d a m z i k eine Erklärung abgegeben habe. Da Rothmann im übrigen mit personellen Angaben sehr zurückhaltend war, bin ich auf diese Äusserung nicht eingegangen und habe nicht zu erkennen gegeben, dass der Aufenthalt des Beschuldigten G r o t e bisher nicht bekannt war.

Durch Vermittlung des LKA Hannover konnte heute die Anschrift des Beschuldigten G r o t e ermittelt werden.

Willy G r o t e, geb. am 31.8.1907 in Wülfrath, wohnt in Hannover, Gneisenastr. 70. Er ist als Regierungsdirektor in der Polizeiabteilung des Niedersächsischen Innenministeriums tätig.

2) z.d.A.

Hannover, d. 24.11.1966

bi.

Generalstaatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

91
z.Zt. Hannover, den 24.11.1966

1 Js 4/64 (RSA)
1 Js 13/65 (RSA)

Gegenwärtig

Staatsanwältin Bilstein
Justizangestellte Herbst

Vernehmungsniederschrift

Nach Vereinbarung wurde in seiner Wohnung aufgesucht

der Regierungszamtmann a.D. Kurt B o r t h
geb.am 2.10.1906 in Stettin,
wohnhaft in Hannover, Wiesenstr. 27.

Ihm wurde eröffnet, daß er zu 2 Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord - Sonderbehandlung ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener - und - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur " Vernichtung durch Arbeit" - als Zege vernommen werden soll.

Er erklärte nach Belehrung xxx gem. §§ 52,55 StPO:

Etwa im Mai oder Anfang Juni 1936 wurde ich von der Stapostelle Stettin nach Berlin versetzt, und zwar zum Reichs - und Preußischer Ministerium des Innern. Seiner Zeit wurden gerade im Zuge der Einsetzung Himmlers als ~~Reichs~~ Chef der deutschen Polizei die beiden Hauptämter Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei gegründet. ~~Nach~~ Mit der Einrichtung dieser Hauptämter wurde ich dem Referat V 1 des Hauptamtes Sicherheitspolizei als Sachbearbeiter zugeteilt. Leiter dieses Referats war der spätere Ministerialrat Dr. Z i n d e l . Als Hilfsreferenten waren unter anderem Regierungs- u. Kriminalrat B o n a t z und Regierungsrat Dr. T a n z m a n n in dem Referat tätig. Zu den Aufgaben des Referats gehörten Organisations - und Rechtsfragen. Ich war in erster Linie nur für Organisationsangelegenheiten zuständig.

Der bereits erwähnte Hilfsreferent RuKR B o n a t z war gleichzeitig in Personalunion Leiter des Referats I D des Geheimen Staatspolizeiamtes (Organisation und Geschäftsbetrieb der Staatspolizei- , Außen- und Grenzpolizei - Dienststellen). Diesem Referat war ich ebenfalls gleichzeitig zugeteilt.

Dem Organisationsreferat habe ich bis Kriegsende angehört. Mein Arbeitsgebiet blieb im wesentlichen unverändert. Die Bezeichnung des Referats hat allerdings wiederholt gewechselt. Im September 1939 wurde das Hauptamt Sicherheitspolizei mit dem Gestapo, dem RKPA und dem SD-Hauptamt im Reichssicherheitsamt organisatorisch zusammengefaßt. Meiner Erinnerung nach, gehörte das Organisationsreferat in der ersten Zeit zum Amt I des RSHA. Die genaue Bezeichnung ist mir aber nicht erinnerlich. Nach Vorlage des Geschäftsverteilungsplanes des RSHA vom 1.2.1940 halte ich es für möglich, daß es die Bezeichnung I B 1 trug.

Im Kriege gehörte das Referat zeitweilig zum Amt II . Es trug damals die Bezeichnung II A 1. Später kam das Referat dann zum Amt I zurück unter der Bezeichnung I Org .

Ich habe keine Erinnerung daran, wann dieser Wechsel stattgefunden hat. Mir ist auch nicht erinnerlich, daß das Referat - wie mir heute vorgehalten worden ist - in der Zeit von April bis August 1943 die Bezeichnung I A 7 getragen hat.

Meiner Ansicht nach müßten sich die genauen Referatsbezeichnungen unter der jeweilige Wechsel der Bezeichnungen aus den Befehlsblättern der Sicherheitspolizei und des SD feststellen lassen.

Auch die Leiter des Referats haben gewechselt. Ich kann nicht mehr angeben wann der schon genannte Leiter B o n a t z ~~xxxx~~ ~~Rxxxxx~~ andere Aufgaben übernommen hat. Nach ihm waren der damalige Regierungsassessor Dr. S c h w e d e r und der damalige Regierungsrat W a n n i n g e r Leiter des Organisationsreferats. Ich kann aber insoweit keine ^{genauen zeitlichen} Angaben machen. Ich weiß nur, daß Dr. S c h w e d e r während des Krieges nach Elsaß-Lothringen abgeordnet worden ist. ~~Derxxxxxxkxxxxxx~~

Das Organisationsreferat unterstand meiner Erinnerung nach bis Kriegsende dem Gruppenleiter Ministerialrat Dr. Z i n d e l . Mir ist nicht erinnerlich, daß Dr. Z i n d e l später zu einer anderen Dienststelle versetzt worden ist.

Stellvertretender Gruppenleiter war - mindestens zeitweilig-
Dr. B i l l f i n g e r , der später nach Krakau ^{abgeordnet} ~~versetzt~~ wurde.

Ich war , wie schon erwähnt, als Sachbearbeiter im Organisations-
referat tätig. In der gesamten Zeit meiner Tätigkeit war weiterer
Sachbearbeiter der damalige Regierungsoberinspektor Fritz
K a n i t z . Er wohnte nach dem Kriege zuletzt ebenfalls in
Hannover, und ist vor 2 oder 3 Jahren verstorben.

Ich erinnere mich ferner an den damaligen Kriminalrat Dr.
S c h ä f e r . Er bearbeitete Kriminalpolizeiliche Organi-sati-
onsangelegenheiten. Zeitweilig gehörte auch der damalige
Regierungsassessor F r i e d r i c h s zum Referat. Er kam
vom SD und bearbeitete SD-Organisationangelegenheiten.

Organisatorische Fragen der Geheimen Staatspolizei und/Orga-
nisationsangelegenheiten ~~der Sicherheitspolizei~~ ^{allgemeine} habe ich bearbeitet.

Ich erinnere mich ferner an den Tagebuchführer M o s e r
und den Ministerialregistrator K e e s e sowie seinen Mit-
arbeiter H a a s e .

Wie ~~xxxx~~ schon aus dem Geschäftsverteilungsplan zu ersehen ist,
und wie ich bereits erwähnt habe, wurden im Organisations-
referat überwiegend ~~Angelegenheiten~~ reine Organisationsange-
legenheiten bearbeitet. Dazu gehörte unter anderem: die Zusammen-
stellung der Erlaßsammlungen, die Redaktion des Befehlsblatts,
die Herausgabe der Geschäftsverteilungspläne des RSHA, Fragen
im Zusammenhang mit der Einrichtung oder Auflösung örtlicher
Sipostellen im Reich, innerbehördliche Organisationsangelegen-
heiten und ähnliches.

Daneben wurden zu einem geringen Teil materiell-rechtliche
Fragen ~~xxxxxxx~~ polizeirechtlicher Art behandelt. Ich erinnere
mich zum Beispiel an Vorgänge, die mit der Sicherheit ~~an~~ Schieß-
ständen, beim Filmvorführungen usw zutun hatten.

Andere Aufgaben hatte das Organisationsreferat nicht. Insbesondere
hat es nicht beim Entwurf und der Durchführung von Erlassen der
einzelnen Sachreferate des RSHA mitgewirkt. Die zur Behandlung
ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener erlassenen
Vorschriften ~~xxxxxxx~~ waren mir seiner Zeit unbekannt. Ich habe
erst nach dem Kriege davon erfahren. Das Organisationsreferat

war an diesen Dingen nicht beteiligt.

Auch von einer Sonderaktion, in deren Rahmen mehrere tausend Sicherungsverwahrte und Zuchthausgefangene aus den Vollzugsanstalten der Justiz an die Polizei abgegeben und in Konzentrationslager eingewiesen wurden, habe ich bis heute nichts gehört. Die Formulierung "Vernichtung durch Arbeit" ist mir völlig unbekannt.

Weitere Angaben zu den hier interessierenden Fragen kann ich nicht machen.

Ende der Vernehmung: 13.25 Uhr

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Kurt Grottel

geschlossen:

Bisstein

K. Grottel

Der Polizeipräsident in Berlin

95

I - A - KI 3
523/66 - 524/66

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42 , den 18.11.11. 1966
Tempelhofer Damm 1-7

Fernruf: 66 00 17

Im Innenbetrieb:

} App. 3015

Dem

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
z.Hd.v. StA'in FrI. BILSTEIN
o.V.i.A.

1 B e r l i n 21
Turmstr. 91

Betr.: Mitwirkung des RSHA an der Sonderbe-
handlung von Justizhäftlingen und
Fremdarbeitern - Az.: 1 Js 13/65 und
1 Js 4/64 (RSHA)

Als Anlage übersende ich Ihnen 6 Vernehmungs-
niederschriften in 4facher bzw. 5facher Aus-
führung von ehemaligen Angehörigen der Kri-
postelle Regensburg bzw. der Stapo Neu-
stadt/Weinstr.

Desweiteren ein Vermerk mit den Personalien
des Kurt B e c k e r und der Anschrift
der ehemaligen Stenotypistin im Ref. V A 2
Ilse K ö n i g geb. Spanka.

Im Auftrage

(Paul) KK

1 Js 13/65

V e r h a n d e l t

Auf Vorladung erscheint der PAtm i.R.

Josef S c h ö d e r m e i e r ,
11.4.1905 Malching am Inn geb.,
Landshut, Grasgasse 320 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn meiner zeugenschaftlichen Vernehmung, bin ich darauf hingewiesen worden, daß ich hinsichtlich eines Verfahrens gehört werden soll, in deren Verlauf ca. 16 000 Justizhäftlinge, deren Strafhafte noch nicht beendet war, der Polizei überstellt und in die verschiedensten Konzentrationslager verschubt wurden, ~~gehört werden soll.~~

Die Bedeutung der §§ 55 u. 52 StPO ist mir bekannt.

Bevor ich meinen polizeilichen Lebenslauf schildere, möchte ich sagen, daß ich von einer derartigen Aktion, wie sie hier zur Rede steht, nie etwas gehört habe. Die Gründe hierfür ergeben sich aus meiner Verwendung bei der Polizei vor 1945

Ich bin am 1.4.1923 in die Bayerische Landespolizei Passau eingetreten, wo ich bis zum 1.9.1927 verbleibe. Im Anschluß daran kam ich bis 1930 zur Bayerischen Gendarmerie in Oberbayern. Danach war ich bis zum 15.2.1941 Angehöriger der Polizei in Bad Reichenhall. Mit diesem Datum wurde ich von der Kriminalpolizei ^{Landshut} als KOA übernommen. Hier war ich bis 1943 in allen kriminalpolizeilichen Sachgebieten tätig. Von 1943 ~~bis~~, es war der 18. Oder 19. September, bis etwa 20. April 1945 beim BdS Italien und zwar in Venedig. Mein Sachgebiet dort war überwiegend Fahndung und Korruptionsfälle. Hierbei möchte ich gleich erwähnen, daß ich während meiner Tätigkeit beim BdS Italien meine Versetzung zur Kripo Regensburg erfahren habe, und zwar mit Wirkung vom 1.1.1945. Ich war jedoch bei der Kripo Regensburg niemals tätig.

Nachdem ich mich etwa um den 20.4.1945 von Venedig ~~xxxxxLandshut~~
mit Genehmigung meines damaligen 'Dienststellenleiters KR B a c h
nach Landshut in Marsch gesetzt hatte, traf ich hier am 25.4.1945
ein. Bereits am 12.5.1945 nahm ich meinen Dienst bei der Kripo
Landshut wieder auf und wurde, nachdem ich erst Leiter der Kripo
Landshut und 1960 Leiter der Stadtpolizei Landshut geworden war,
1965, am 1.Mai, wegen Erreichung der Altersgrenze pensioniert.

Wie ich schon eingangs erwähnte, kann ich sachdienlich Angaben
beim besten Willen nicht machen.

Geschlossen:

Lup

Weiss, KM

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

Jo. Weiser
.....

Ki

1 Js 13/65 (RSHA)
1 Js 4/64 (RSHA)

V e r h a n d e l t

Auf Vorladung erscheint der Kriminalkommissar^{rat} ~~Kommissar~~ i.R.

Anton L i c k l e d e r ,
18.11.1898 Kehlheim geb.,
Regensburg, Kreuzergasse 21 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn meiner zeugenschaftlichen Vernehmung bin ich darauf hingewiesen worden, daß ich hinsichtlich eines Verfahrens, das sich gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen der Tötung von Fremdarbeitern richtet, vernommen werden soll. Desweiteren soll ich befragt werden, was ich über eine Aktion weiß, in deren Verlauf ca. 16 000 Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, der Polizei rücküberstellt und von dieser in die verschiedensten KL verschubt worden sind. Die Bedeutung der §§ 52 u. 55 StPO wurde mir erläutert.

Eingangs möchte ich erwähnen, daß ich von Juni 1930 bis zum 1.1.1942 Angehöriger der Kripo Regensburg war. Im Anschluß daran kam ich zum BdS, ich berichtige, vom 11. Juli 1940 gehörte ich im Kriegseinsatz dem BdS Lothringen/Saarpfalz an. Schon aus diesem Grunde kann ich über die Aktion, die Abgabe der Justizhäftlinge betreffend, keine Angaben machen, da diese, wie mir hier gesagt wurde, vom November 1942 bis Mitte 1944 lief.

Zu dem Verfahren gegen ehemalige Angehörige des RSHA wegen der Tötung von Fremdarbeitern, verweise ich auf meine Aussage vom 18. Oktober 1966. An diesem Tage wurde ich zu einem gleichartigen Ermittlungsverfahren, das unter dem Az. 9 Js 7/65 bei der Staatsanwaltschaft Frankenthal anhängig ist, von dem STA Dr. W e t t s t e i n und einem Kriminalbeamten aus Ludwigshafen vernommen. Ich bitte die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin, sich Abschriften bzw. Fotokopien dieser, meiner damaligen Aussage von der Sta Frankenthal zu beschaffen, da ich zu dem beim KG Berlin anhängigen Ermittlungsverfahren keine anderen Aussagen machen

könnte.

In der Vernehmung der StA Frankenthal ist auch mein polizeilicher Werdegang protokolliert, so daß ich auch hierüber keine Angaben zu machen brauche.

Geschlossen:

Heß
Weiß, KM

Heß gelesen, genehmigt u. unterschrieben:
Anton Weß
.....

Ki

V e r h a n d e l t

Auf Vorladung erscheint der Kriminalobermeister i.R.

Franz R o l l ,
21.3.1898 München geb.,
Regensburg, Admiral-Scheer-Str. 4 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn meiner zeugenschaftlichen Vernehmung bin ich darauf hingewiesen worden, daß ich hinsichtlich einer Aktion befragt werden soll, in deren Verlauf ca. 16 000 Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, der Polizei rücküberstellt und von dieser in die verschiedensten KL verschubt wurden.

Die Bedeutung der §§ 52 u. 55 StPO ist mir bekannt.

Ich bin im Jahre 1923 in die Schutzpolizei Regensburg eingetreten.

1937 wurde ich von der Kripo Regensburg als KA übernommen. Bis zum Kriegsende wurde ich bis zum KOS befördert, an die einzelnen Daten meiner Beförderung kann ich mich jedoch nicht mehr erinnern.

Meine Fachgebiete waren in der Hauptsache Fahndung, Einbruch und Diebstahl. Letzteres bearbeitete ich bis zum Kriegsende.

Nachdem ich nach Kriegsende etwa 1 1/2 Jahre als Ortsamtsleiter der NSV in ~~Nattenberg~~ Natternberg interniert war, nahm ich etwa 1948 meinen Dienst bei der Kripo Regensburg wieder auf und wurde 1960 als KOM mit Erreichung der Altersgrenze pensioniert.

Über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung aus damaliger Zeit kann ich keine Angaben machen. Ich kann mich nur noch erinnern, daß ein Führerbefehl bestand, demzufolge abgeschossene Flieger nicht gefangen genommen werden sollten, sondern an Ort und Stelle liquidiert. Das hat zwar mit der hier zur Rede stehenden Aktion nichts zu tun, ich möchte es aber trotzdem nicht unerwähnt lassen.

Von einer Aktion, in deren Verlauf Justizhäftlinge der Polizei rücküberstellt und von dieser in KL verschubt werden sollten, weiß ich

nur insofern etwas, als daß ich selbst ein-oder zweimal einen Transport von Straubing nach Mauthausen begleiten mußte. An die genaue Zeit kann ich mich nicht mehr erinnern.

Der Ablauf war etwa folgender: Ich bekam den mündlichen Befehl, mich an einem der nächsten Tage mit zwei oder drei anderen Kollegen, glaublich K l i e g e l und H a m m e r, an einen weiteren Namen kann ich mich im Augenblick nicht erinnern, nach Straubing zu begeben, um dort kriminelle Justizhäftlinge zu übernehmen. Meines Wissens waren es jeweils 50 bis 60 Häftlinge, die auf dem Hof des Zuchthauses schon bereitstanden, und die vor der Übernahme durch uns anhand einer Liste noch einmal namentlich aufgerufen wurden. Wer der jeweilige Transportführer gewesen ist, kann ich nicht mehr sagen. Zu Fuß brachten wir die Häftlinge zum Bhf. Straubing, wo sie in einen bereitstehenden Personenzug verladen wurden. Eine besondere Sicherung der Zugtüren fand meines Wissens nicht statt. Wir saßen zwischen den Gefangenen. Als wir auf dem Bhf. Mauthausen ankamen, stand bereits SS da, um den Transport bzw. die Gefangenen zu übernehmen. Sie wurden dann zu Fuß bis zum KL Mauthausen geleitet, wobei ich bemerken möchte, daß sich die SS-Leute den Gefangenen gegenüber ausgesprochen brutal zeigten. Selbst einer meiner Kollegen wurde von einem SS-Mann derart geschlagen, daß ihm die Brille entzwei ging, und er Verletzungen im Gesicht davontrug. Auch ich bekam bei einem solchen Transport von einem SS-Mann eine derartige Ohrfeige, daß ich noch 14 Tage danach starke Ohrenschmerzen hatte. Im Lager angekommen, wurden die Gefangenen noch einmal namentlich aufgerufen, und wir selbst begaben uns unmittelbar danach wieder zum Bhf. Mauthausen, um von dort nach Regensburg zurückzufahren. Mir fällt ein, daß zumindestens einer dieser Transporte im Winter stattgefunden haben muß, da ich selbst noch von draußen Schnee in den Zug holte, weil die Gefangenen unter großem Durst litten.

Wie ich schon eingangs erwähnte, habe ich etwa ein- bis zweimal einen solchen Transport begleiten müssen, wobei im großen und ganzen immer der gleiche Ablauf war. Ich kann mich genau erinnern, daß bei einem der von mir durchgeführten Transporte der damalige Leiter der Kripostelle, Dr. T e i c h m a n n, zugegen war, d.h. er ist mit und Kriminalbeamten bis nach Straubing gekommen, war bei der Übernahme der Gefangenen anwesend und begleitete den Transport im Anschluß daran bis nach Mauthausen. Ob er noch bis zum KL mitgekommen ist,

vermag ich nicht mehr zu sagen, glaube jedoch, daß das nicht der Fall gewesen ist. Wenn ich mich recht erinnere, ist er seinerzeit gleich nach Wien weitergefahren.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß ich seinerzeit nicht wußte, welchem Zweck die Verschubung der Justizhäftlinge nach Mauthausen diente. Ob auch aus Amberg gleichartige Transporte nach Mauthausen oder in andere KL gingen, kann ich nicht sagen, habe auch seinerzeit darüber nichts erfahren. Ebenso wenig kann ich Angaben darüber machen, ob von der Gestapo ähnliche Transporte durchgeführt wurden. Auch habe ich nie etwas darüber gehört, daß Justizhäftlinge aus Zuchthäusern, die nicht im Bereich der Kripostelle Regensburg lagen, durch die Kripo Regensburg oder Angehörige anderer Kripostellen in KL verbracht worden sind.

Über das Verfahren der Übergabe in büromäßiger Hinsicht kann ich ~~eben~~ nur sagen, daß wir die Liste der zu übernehmenden Personen mit den Gefangenen in Straubing übergeben bekommen hatten. Ob diese namentlich vom RSHA, dem RJM oder gar von der Anstaltsleitung ^mzusammengestellt wurden, vermag ich nicht zu sagen.

Auf die Frage, ob bei den zu übernehmenden Häftlingsgruppen außer den Kriminellen auch Juden, Zigeuner, Polen oder sog. Fremdarbeiter waren, muß ich sagen, daß es ausschließlich kriminelle Häftlinge waren.

Mir ist auch nie etwas darüber bekannt geworden, ob Personen außerhalb der hier zur Rede stehenden Vereinbarung zwischen dem ehemaligen RJM Thierack und dem damaligen RFSS Himmler in KL verbracht worden sind.

Auch kann ich keine Angaben darüber machen, ob Insassen von Heil- und Pflegeanstalten auf ähnliche Art und Weise KL zugeführt worden sind.

Meines Wissens bestand bei der Kripostelle Regensburg keine Dienststelle, die sich ausschließlich mit der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung befassen mußte. Infolgedessen kann ich auch keine Angaben über eine evtl. personelle Zusammensetzung machen.

Mir sind soeben in Fotokopie Todesmeldungen aus KL vorgelegt worden; ich kann mich jedoch nicht erinnern während meiner Dienstzeit vor 1945, derartige Meldungen vor Gesicht bekommen zu haben.

Auch ist mir nicht bekannt, daß jemals von der Kripo Regensburg Angehörige von verstorbenen KL-Insassen benachrichtigt worden sind. Auch ich selbst^{habe} eine derartige Benachrichtigung nie durchzuführen brauchen.

Weitere Angaben zum dem hier in Rede stehenden Komplex kann ich nicht machen.

Geschlossen:

W. p.
Weiß, KM

Selbst gelesen, genehmigt u. unterschrieben:

Fr. W.
.....

1 Js 13/65 (RSHA)

V e r h a n d e l t

Auf Vorladung erscheint der Kriminalobermeister i.R.

Heinrich G ö t z ,
25.12.1896 Rastbüchl geb.,
Regensburg, Graf-Spee-Str. 10 a whft.,

und erklärt:

Vor Beginn meiner zeugenschaftlichen Vernehmung bin ich darauf hingewiesen worden, daß ich hinsichtlich einer Aktion vernommen werden soll, in deren Verlauf mehrere tausend Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, der Polizei rücküberstellt und von dieser in die verschiedenen KL verschubt wurden. Die Bedeutung der §§ 55 u. 52 StPO ist mir bekannt.

Ich bin 1921 in die Bayerische Landespolizei Regensburg eingetreten. Nach geraumer Zeit kam ich nach Straubing und wurde im Jahre 1927 nach Kaiserslautern versetzt, zur Schutzpolizei. Nach der Verstaatlichung im Jahre 1931 meldete ich mich nach Regensburg zur Schutzpolizei zurück und wurde 1936 als KHW von der Kripo Regensburg übernommen.

Nach der Umstellung der Dienstgrade wurde ich KA und etwa 1938 KOA, im gleichen Jahr kam ich zur Kriminalfachschule nach Berlin, und wurde nach erfolgreichem Abschluß des Lehrgangs 1939 KS. Diesen Dienstgrad behielt ich bis zum Kriegsende bei.

Im Juni 1945 wurde ich wegen meiner Zugehörigkeit zur NSDAP im Auftrag der Militärregierung entlassen. Glaublich im Jahre 1948, am 1. Mai 1948, nahm ich meinen Dienst bei der Kripo Regensburg wieder auf und wurde im Jahre 1959 wegen Erreichung der Altersgrenze pensioniert.

Der Begriff der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung ist mir nur noch insofern in Erinnerung, als daß ich weiß, daß Straftäter, deren Strafhaft beendet war, in Vorbeugungshaft genommen werden konnten. Da ich während meiner gesamten Tätigkeit bei der Kripo Regensburg ausschließlich Sachbearbeiter für Sittlichkeitsdelikte war, und infolgedessen im gesamten damaligen Regierungsbezirk Regensburg

auf Dienstreise war, kann ich nähere Angaben über die Arbeitsweise in Vorbeugungsangelegenheiten nicht machen.

Von einer Aktion, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizhäftlingen der Polizei überstellt und in KL verschubt wurden, weiß ich nur insofern etwas, als daß ich selbst ca. dreimal einen derartigen Transport vom Zuchthaus Straubing nach Mauthausen begleiten mußte, obwohl ich selbst, wie schon erwähnt, nie etwas mit Vorbeugungsangelegenheiten zu tun hatte.

Der Ablauf der Transporte war etwa folgender:

Einige Tage vor dem Abgang des Transportes von Straubing nach Mauthausen wurden vom Dienststellenleiter Dr. Teichmann - ich weiß nicht mehr genau, ob es Dr. Teichmann war, - anlässlich einer Dienstbesprechung jeweils drei bis vier Kriminalbeamte bestimmt, die den Transport von Straubing nach Mauthausen begleiten sollten. Die Zeit, zu der die Transporte zu begleiten waren, kann ich beim besten Willen nicht mehr bestimmen. Von den Kollegen, die mit mir diese Transporte zu begleiten hatten, sind mir nur noch Kliegel und Roll in Erinnerung. Es handelte sich bei den Transporten, die ich zu begleiten hatte, jeweils um etwa einen Personenwaggon voll.

Meiner Erinnerung nach sind die Häftlinge von Justizbeamten bis zum Bhf. Straubing in einem gemieteten, geschlossenen Wagen gebracht worden und dort in den bereitstehenden Waggon verladen worden. Die Verladung der Häftlinge ging ganz reibungslos von staten. Eine Verlesung der Namen fand nicht mehr statt. Ich weiß noch, daß der Älteste von uns, glaublich Kliegel, ein verschlossenes Couvert mit den Namen der zu begleitenden Häftlinge von einem Justizbeamten übergeben bekam, das er an der Wache des KL Mauthausen dem verantwortlichen Offizier übergeben hatte. Wenn ich mich recht erinnere, sind wir einmal bereits am Bhf. Mauthausen von Wachmannschaften der SS empfangen worden, mit denen wir dann gemeinsam die Justizhäftlinge zum Tor des Lagers gebracht haben. Mir fällt soeben ein, daß bei einem der Transporte am Bhf. Mauthausen ein Sanitätskraftwagen bereit stand, der einige Gehbehinderte Häftlinge zum Lager transportierte, ansonsten fanden die Transporte zwischen dem Bahnhof und dem Lager immer zu Fuß statt.

Wie ich schon erwähnte, kann ich mich an das Datum der Transporte nicht mehr erinnern, ich weiß aber, daß zumindestens bei einem der Transporte Winter war, da wir den Gefangenen auf deren Bitten hin

Schnee in den Wagen holten, damit sie ihren Durst löschen konnten.

In der Regel fanden diese Transporte, die ich zu begleiten hatte, am Tage statt. In einem Fall kann ich mich erinnern, daß wir in der Dunkelheit in Mauthausen ankamen.

Nach Übergabe der Häftlinge gingen wir zum Bhf. Mauthausen zurück, um mit dem nächsten fahrplanmäßigen Zug nach Regensburg zurückzufahren. Ich erinnere mich nicht, daß wir jemals in Mauthausen übernachtet hätten. Mir fällt aber soeben noch ein, daß bei einem Transport ein Kollege namens H a m m e r anwesend war, der jedoch bereits verstorben ist.

Meiner Erinnerung nach setzten sich die Transporte ausschließlich aus Deutschen Kriminellen zusammen. Ich kann jedoch nicht mehr mit hundertprozentiger Sicherheit sagen, ob evtl. auch Personen anderer Volksgruppen unter den Häftlingen waren. Ich glaube aber, daß mir das seinerzeit aufgefallen wäre, und ich mich auch jetzt noch daran erinnern würde.

Über die büromäßige Bearbeitung der zu verschubenden Häftlinge kann ich keine Angaben machen. Ich weiß lediglich, wie ich schon oben erwähnte, daß die Namenslisten in einem verschlossenen Umschlag übernommen und in Mauthausen übergeben wurden. Von wem die Häftlinge zusammengestellt wurden, vermag ich nicht zu sagen.

Ich kann auch keine Angaben darüber machen, ob Insassen von Heil- und Pflegeanstalten in ähnlicher Weise in irgendwelche Lager abtransportiert worden sind.

Ob es bei der Kripo Regensburg eine Dienststelle gab, die sich ausschließlich mit Vorbeugungsangelegenheiten befaßte, kann ich nicht sagen. Mir ist nur in Erinnerung, daß der KK L i c k l e - d e r seinerzeit mit derartigen Sachen beschäftigt war.

Mir sind in Fotokopie Todesmeldungen über KL-Häftlinge vorgelegt worden. Ich kann mich jedoch nicht erinnern, diese schon während des Krieges bzw. nach Anlauf der hier zur Rede stehenden Aktion, zu Gesicht bekommen zu haben. Ebenso-wenig ist mir bekannt, daß die Todesmeldungen nach dem Anlaufen der Übergabeaktion sprunghaft angestiegen sein sollen.

Ich möchte noch einmal hervorheben, daß ~~xxxxxx~~ sich die drei von mir begleiteten Transporte in der von mir geschilderten Weise abgespielt haben, und daß ich alle Angaben nach bestem Wissen gemacht habe.

Ich kann jedoch nicht in Abrede stellen, daß mich meine Erinnerung unter Umständen nach derart langer Zeit verzerrt haben mag.

Weitere sachdienliche Angaben kann ich nicht machen.

Geschlossen:

Wap
Weiß, KM

laut diktiert, genehmigt u. unterschrieben:

Heinrich Götz
.....

Ki

1 Js 13/65 (RSA)

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Kriminalobermeister i.R.

Emil Z i e b e l l ,
14.9.1902 Körllin geb.,
Regensburg, Ostpreußenstr. 14 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn meiner zeugenschaftlichen Vernehmung ist mir eröffnet worden, daß ich hinsichtlich einer Aktion befragt werden soll, in deren Rahmen mehrere tausend Justizhäftlinge, deren Strafhafte noch nicht beendet war, der Polizei rücküberstellt und in die verschiedensten KL verschubt wurden.

Die Bedeutung der §§ 52 u. 55 StPO ist mir bekannt.

Ich trat am 8.1.1924 in die Polizeischule Brandenburg-Havel ein und kam Anfang 1925 nach Berlin-Charlottenburg zur Polizeiinspektion z.B.V. Im Sommer 1926 kam ich zur Polizeiinspektion Schöneberg und im Herbst 1930 zum Reviereinzeldienst zum Polizeirevier 202 in Berlin-Mariendorf. Dort verblieb ich bis 1936. Im gleichen Jahre meldete ich mich zur Kriminalpolizei und kam nach Absolvierung des Kriminalfachlehrganges in Berlin-Charlottenburg zur Kripostelle Schneidemühl.

Mit Wirkung vom 15.5.1938 wurde ich zur Kripostelle Regensburg versetzt und bearbeitete als Sachgebiete bis 1941 Diebstahl und Fahndung. 1941 kam ich zur sog. Kriegsfahndung und mußte in diesem Sachgebiet mit der Wehrmacht zusammen Zugfahndungen durchführen. Aus diesem Grunde war ich selten auf meiner Dienststelle, die außerdem nicht in der Direktion, sondern am Arnulfplatz untergebracht war. 1944, im Sommer, meldete ich mich von der Kriegsfahndung weg und bearbeitete bis zum Zusammenbruch Betrugsdelikte. Vom 1. Juli 1945 bis zum 1. Oktober 1949 wa-r ich meines Dienstes enthoben und wurde am 1.2.1958 als KOM krankheitshalber pensioniert.

Ich kann weder über die Arbeitsweise in Vorbeugungsangelegenheiten noch über die hier zur Rede stehende Übergabeaktion ~~xxxx~~ irgendwelche

sachdienlichen Angaben machen. Die Gründe hierfür sind in meiner Verwendung bei der Kripo Regensburg vor 1945 zu suchen. Ich weiß zwar, daß es so etwas wie Vorbeugungshaft gegeben hat, kann aber beim besten Willen nicht sagen, was für Voraussetzungen notwendig waren, um diese zu verhängen.

Von der hier insbesondere zur Rede stehenden Aktion habe ich erst vor einigen Tagen von einem Kollegen erfahren. Vor 1945 habe ich nie gehört, daß Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, in KL verschuht wurden.

Auch die mir hier in Fotokopie vorgelegten Todesmeldungen über KL-Häftlinge sind mir während meines Dienstes vor 1945 nicht zu Gesicht gekommen.

Es tut mir leid, daß ich keine sachdienlichen Angaben zu dem Ermittlungsverfahren machen konnte.

Geschlossen:

Wap
Weiß, KM

selbst gelesen, genehmigt u. unterschrieben:
Paul Schubert
.....

Ki

1 Js 13/65 (RSA)V e r h a n d e l t

Auf Vorladung erscheint der Kommissär i.R.

Fritz P r e l l ,
3.7.1893 Wunsiedel geb.,
Regenstauf, Hauptstr. 16 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn meiner zeugenschaftlichen Vernehmung ist mir eröffnet worden, daß ich hinsichtlich einer Aktion befragt werden soll, in deren Verlauf mehrere tausend Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, der Polizei rücküberstellt und in KL verschubt wurden. Die Bedeutung der §§ 52 u. 55 StPO ist mir bekannt.

Ich bin im Juni 1919 in die Schutzpolizei Selb/Oberfranken eingestellt worden und versah dort bis 1927 meinen Dienst. Im März 1927 kam ich im Austauschwege zur Schutzpolizei Regensburg und wurde 1937 als KOA von der Kripo Regensburg übernommen. Mein Fachgebiet war in der ersten Zeit Sittlichkeitsdelikte, später dann übernahm ich die Fahndungskartei. Etwa 1938 wurde ich zum KS befördert. Diesen Dienstgrad behielt ich bis zum Kriegsende bei.

Etwa mit Beginn des Krieges übernahm ich mit Z i e b e l l und B i r k n e r den Zugstreifeneinst. Unsere Dienststelle war nicht die Polizeidirektion, sondern sie war am Arnulfplatz. Aufgrund dieses Zugstreifendienstes, den ich bis Ende 1943 versah, war ich notwendigerweise viel unterwegs.

Ende 1943 Anfang 1944 übernahm ich wieder die Fahndungskartei, deren Leitung ich bis zum November 1945 inne hatte. Zu diesem Zeitpunkt wurde ich wegen meiner Parteizugehörigkeit entlassen und 1946, das genaue Datum kann ich nicht angeben, glaublich im Juni, wurde ich wieder bei der Kripo Regensburg eingestellt.

Am 1.8.1951 wurde ich wegen Krankheit als Kommissär pensioniert.

Aus meiner Tätigkeit bei der Kripo Regensburg vor 1945 ist mir zwar der Begriff der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung noch dunkel in Erinnerung, jedoch verbinden sich mit diesem Begriff bei mir keine genauen Vorstellungen mehr.

111

Von einer Aktion, in deren Verlauf Justizhäftlinge der Polizei überstellt wurden, und in KL verbracht, habe ich während meiner gesamten Dienstzeit nichts gehört. Ich weiß lediglich, daß der Kollege R o l l einmal einen Transport von Straubing nach Mauthausen zu begleiten hatte, in dessen Verlauf er von einem SS-Mann derart geschlagen wurde, daß er lange Zeit hindurch Ohrenschmerzen hatte. Ich habe seinerzeit jedoch nicht erfahren um was für einen Transport es sich gehandelt hatte, und ich wußte auch nicht, welchem Kreis die zu begleitenden Personen angehört hatten.

Mir fällt noch ein, daß als Vorbeugungssachbearbeiter ein gewisser Rupert S c h m i d bei der Kripo Regensburg tätig war. Dieser S c h m i d ^{ist} bereits 1953 verstorben. Ich bin der Meinung, daß er mehr über die hier zur Rede stehenden Aktion hätte aussagen können.

Die mir hier in Fotokopie vorgelegten Meldungen über den Tod von KL-Häftlingen habe ich auch in meiner Eigenschaft als Fahndungskarteiführer nie gesehen. Auch ist mir und meinen Kollegen in dem betreffenden Zeitraum von November 1942 bis Mitte 1944 nie aufgefallen, daß sich die einlaufenden Meldungen über KL- oder SV-Häftlinge gesteigert hätten.

Weitere Angaben kann ich nicht machen.

Geschlossen: ~~Freudling~~ gelesen, genehmigt u. unterschrieben:

Wap
Weiß, KM

Freudling
.....

Ki

V e r m e r k

Wie beim Einwohnermeldeamt Berlin ermittelt werden konnte, ist der ehemalige Kriminalsekretär

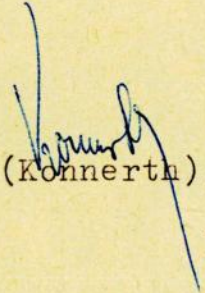
Kurt B e c k e r ,
20.3.1892 Potsdam geb.,

in Berlin 27, Stillachzeile 1, polizeilich gemeldet. B. wird im Verfahren 1 Js 13/65 als Beschuldigter geführt.

Bei Hausermittlungen in Berlin 36, Zeughofstr. 16, konnte festgestellt werden, daß die ehemalige Stenotypistin im RKPA, Referat V A 2, Ilse S p a n k a nunmehr infolge Eheschließung als

Ilse K ö n i g geb. S p a n k a ,
4.8.1923 Torgelow geb.,

dort-selbst wohnhaft ist. Sie ist unter der Telefonnummer 61 44 96 zu erreichen. Frau K. wurde in ihrer Wohnung angetroffen und erklärte, etwa bis Aug. 1943 dem Referat V A 2 angehört zu haben.


(Konnerth), KOM

1. J. 13/65 (RSHA)

113

V.

1) Vermutl.

Da am 24. 11. 66. am Flughafen Hannover per Luftpost
aufgegebenen Akten und Karten sind bisher noch nicht
eingegangen. Ohne diese Unterlagen kann die für morgen
vorgesehene Veränderung des Karten Roser nicht durchgeführt
werden. Der Leuge wurde über das für seine Wohnung
zuständige Polizeirevier abbestellt. Neue Ladung soll später
eintreffen.

2) z. d. A.

Berlin, d. 28. 11. 66

lg.

V.

✓ 1) zu schreiben (1 Leseschr.):

An die

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
-Abteilung III -

714 Ludwigsburg

Schorndorfer Str.58

Betr.: Dokumente aus dem Verzeichnis "Polen III"

Zu meinem Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h
u.A. bitte ich mir je eine Ablichtung der folgenden im
Verzeichnis "Polen III" aufgeführten Dokumente zu übersenden:

Film 41 Bild 517, 603 - 608, 659, 689,

Film 44 Bild 2 - 88, 95 - 159,

Film 45 Bild 191 - 541,

Film 46 Bild 81 - 113.

✓ 2) mir zur Unterschrift

3) z.d.A.

Berlin, d. 29.11.1966

bi.

*2-7) Stüb + Dsch
H 30.11.66
ab 1/12.66*

115

1 Js 13/65 (RSHA)

An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
- Abteilung III -
714 Ludwigsburg
Schorndorfer Str. 58

Betrifft: Dokumente aus dem Verzeichnis "Polen III"

Zu meinem Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h
u.A. bitte ich mir je eine Ablichtung der folgenden im Ver-
zeichnis "Polen III" aufgeführten Dokumente zu übersenden:

Film 41 Bild 517, 603 - 608, 659, 689
Film 44 Bild 2 - 88, 95 - 159
Film 45 Bild 191 - 541
Film 46 Bild 81 - 103.

Im Auftrage

Bilstein
(Bilstein)
Staatsanwältin

116

V.

1) Vermerk:

Die am 24.11.1966 in Hannover per Luftpost aufgegebenen Reise- tasche mit den Akten und der Kartei konnte nach umfangreichen und zeitraubenden Nachforschungen erst heute Mittag auf dem Flugplatz Tegel aufgefunden werden. Sie war dort als nicht abgeholtes Passagiergepäck behandelt worden, obwohl sie mit 2 Adressen-Anhängern versehen und durch die Paketnummer eindeutig als Luftpostsendung erkennbar war.

Da erst nach Eingang der Tasche mit der Vorbereitung der ab 7.12.1966 vorgesehenen Dienstreise begonnen werden konnte und morgen eine Besprechung mit KOM Konnerth, der die Reise schon am 4.12.66 antritt, erforderlich ist, habe ich heute den für den 1.12.1966 zur Vernehmung geladenen Beschuldigten

Dr. M e n k e

abbestellt. Neuer Vernehmungstermin wurde mit ihm für

Mittwoch, d. 4. Januar 1967, 9,30 Uhr

vereinbart. Dr. Menke verzichtete auf nochmalige schriftliche Ladung.

3) z.d.A.

Berlin, d. 30.11.1966

ls.

1 Js 13 / 65 (RSHA) - (Stapoleit. Bln.)

Vfg.

✓ 1) Zu schreiben (Formular benutzen): - unter Beifügung folgender Vernehmungsdurchschriften:

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen
714 Ludwigsburg
Schorndorfer Str. 28

- a) Neumann h) Bickell
- b) Rothmann i) Jorell
- c) Borkh
- d) Licklicker
- e) Schröckmeier
- f) Roll
- g) Jöhr

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes

hier: Übersendung von Vernehmungsniederschriften pp. gemäß Nr. 8 Satz 4 der von den Justizministern und -senatoren am 28. April 1965 beschlossenen Richtlinien

Bezug: Dortiges Az. 415 AR 1310/63

Anlage(n): ⁹ Vernehmungsniederschrift (en)

Als Anlage (n) übersende ich ...⁹... Vernehmungsniederschrift(en) mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum dortigen Verbleib.

2) Z.d.A.

Berlin, den 30. 11. 66

hst.

Zu Vab + 9. Jul.
1.12.66 f

Der Polizeipräsident in Berlin

118

I-A - KI 3 - 523/66
(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42 , den 1.12. 1966
Tempelhofer Damm 1-7

Fernruf: 66 00 17

Im Innenbetrieb:

} App. 3015

┌ An den ┐

Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht Berlin
z.H.v. StA'in Frh. BILSTEIN

1 B e r l i n 21
Turmstr. 91

└

┐


Betr.: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des RSHA wegen Mordes - Az.: 13/65 (RSHA)

Bezug: Bisherige Rücksprachen

Anlagen: 57 Blatt

Als Anlage übersende ich Ihnen einen Bericht des LKA Baden-Württemberg mit dem Ergebnis der bei den Haftanstalten Heidelberg und Stammheim durchgeführten Ermittlungen in Hinblick auf o.a. Verfahren.

Im Auftrage


(Paul), KK

**Landeskriminalamt
Baden-Württemberg**

Tgb. Nr.: I 7 (NSG)
III/12-194/65

Betr.: Beteiligung des RSHA an der
Sonderbehandlung von Justiz-
häftlingen insbesondere von
asozialen Personen
-Verfahren GStA b.d.KG Berlin
1 Js 13/65-

Ludwigsburg, den 25.11.1966

Bezug: Ihr Ersuchen hierzu - I -KI 2-
2419/65- zuletzt v.23.11.65

I.

In Ergänzung unseres Berichtes vom
24.8.1966 übersenden wir nunmehr die
Ermittlungsergebnisse des Polizei-
präsidiums Stuttgart und Kriminal-
kommissariats Heidelberg.

Sollten aufgrund des Berichtes des PP
Stuttgart -der in der Anlage mit über-
sandt wird- Ermittlungen aufgenommen
werden, so wird um besondere Weisung
gebeten.

Das KK Heidelberg teilte unter dem
22.11.1966 mit, daß die Gefangenen-
bücher keine Abgangseintragungen mit
dem besonderen Vermerk "überstellt an KL"
oder "Vernichtung durch Arbeit" ent-
hielten.

Bei den jeweils eingeschriebenen Personen
-vorwiegend Russen und Polen- die
einzelnen Konzentrationslagern, wie
Dachau, Flossenbürg usw., oder einer
Heil- und Pflegeanstalt überstellt wurden,
oder aber Selbstmord begingen, handelt
es sich möglicherweise um solche, die
in anderen Gefängnisanstalten den Vermerk
"zur Vernichtung durch Arbeit" erhielten.

Dem
Polizeipräsidium
Kriminalinspektion 3
z.Hd.v.Herrn KHK Starke o.V.i.A.



1 B e r l i n 42

Tempelhofer Damm 1-7

übersandt.

Ludwigsburg, den 25.11. 19 66

**Landeskriminalamt
Baden-Württemberg**

I 7 (NSG)
I. A.

Anlagen:

s.Rückseite

Brennan
(Opferkuch)
Kriminalhauptkommissar

Beilagen:

- 2 Berichtsmehrfertigungen,
- 1 Bericht des PP Stuttgart,
- 1 Liste (55 Blatt) und
- 2 Mehrfertigungen.

- 2 -

Alle diese Personen wurden listenmäßig erfaßt; das Ermittlungsergebnis wird in dreifacher Ausfertigung übersandt.



(Gehrman)
Kriminalmeister

STADT STUTTGART
Polizeipräsidium
Kriminalpolizei

121
7 Stuttgart, den 17. August 1966
Mörikestr. 20
Fernsprecher 299141, Nbst. 772

GZ: 10-K -L-14/2809/66-5

Bezug: Ersuchen / Zuschrift vom 13.6.1966

Betreff: Beteiligung des RSHA an
der Sonderbehandlung von
Justizhäftlingen, insbe-
sondere von asozialen Per-
sonen - Verfahren GStA beim
Kammergericht Berlin, Az.:
1 Js 13/65 (RSHA) -

Anl.: 3 Mehrfertigungen

An das
Landeskriminalamt Baden-Württ.
- I 7 (NSG)

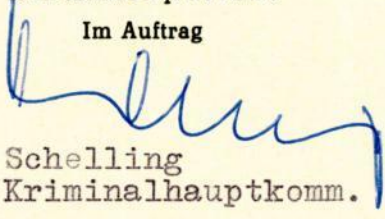
714 Ludwigsburg
Wilhelmstr. 1

Zu Az: Tgb.Nr. III/8 194/65

Stuttgart, den 22. August 1966

STADT STUTTGART
Polizeipräsidium
Kriminalpolizei

Im Auftrag


Schelling
Kriminalhauptkomm.


Bei der Verwaltung der Untersuchungs- und Strafanstalt, Stgt.-Stammheim, sind nur noch zwei Gefangenenbücher aus der Zeit vom 24.4.1943 bis 16.4.1945 vorhanden. Aus ihnen ist nicht zu ersehen, von welcher Stelle die damaligen Gefangenen eingewiesen wurden oder wohin sie verlegt bzw. entlassen worden sind. Es ist lediglich das Strafmaß der einzelnen Gefangenen oder ausgesprochene Todesurteile und deren Vollstreckung in den Büchern vermerkt. Auch ist daraus nicht zu ersehen, daß zur damaligen Zeit sogenannte Asoziale eingeliefert und später als Vorbeugungshäftlinge in ein KL eingewiesen worden sind.

Zugangs-, Abgangs- oder weitere Gefangenenbücher sind nicht mehr vorhanden. Diese sollen bei Kriegsende vom früheren Vorstand des Untersuchungsgefängnisses Stuttgart Verwaltungsamtman August Gundel, vernichtet worden sein. Gundel war in Stuttgart-Gablenberg, Bussenstr. 55, wohnhaft und ist am 24.6.1965 verstorben.

Eine Befragung älterer und früherer in der Haftanstalt Stuttgart tätigen Beamten war ohne Erfolg. Es wurde aber auf den in Ehningen Krs. Böblingen wohnenden, pensionierten PM Karl Elsässer hingewiesen. Dieser sei bereits in den 20iger Jahren in der Haftanstalt Stuttgart tätig gewesen und wurde im Jahre 1949 oder 1950 pensioniert. Es könne der Fall sein, daß Elsässer eine genauere Auskunft geben könne.

Die frühere Haftanstalt Stuttgart war keine Strafanstalt, sondern Untersuchungsgefängnis. Dieses ging im Jahre 1963 in der Untersuchungs- und Strafanstalt Stuttgart-Stammheim auf. Nach Rücksprache mit dem dortigen stellvertretenden Vorstand, Herrn Huber, wurde bekannt, daß die damaligen Asozialen vermutlich nicht in das Untersuchungsgefängnis Stuttgart, sondern direkt in das Arbeitslager Buttenhausen, oder in das Landesstrafgefängnis Ludwigsburg eingewiesen wurden. Von Letzterem seien sie evtl. in das KL Vaihingen/Enz, überstellt worden.

Beim Landesstrafgefängnis Ludwigsburg sollen angeblich noch Zugangs-, Gefangenen- und Abgangsbücher aus der damaligen Zeit vorhanden sein.


Harthan
Kriminalobermeister

Betr.: Beteiligung des RSHA an der Sonderbehandlung von Justizhäftlingen, insbesondere von asozialen Personen, die vom Reichsjustizministerium ab November 1942 aus der Strafhaft als Vorbeug.-Häftlinge an KL überstellt wurden

- Auszug aus den Gefängnisbüchern der Haftanstalt Heidelberg, November 1942 bis Kriegsende -

Lfd.Nr.	Annahmetag u.Tageszeit	Angaben zur Person	Straftat	Austrittstag u.Tageszeit	Grund des Austritts
13/602	4.11.42 17.00	Mangold, Hanns Hilfsarbeiter, 22.12.1918 in Heidelberg	Diebst.	24. 3.43 13.07	Heil-u.Pflegean- stalt Wiesloch
15/613	7.11.42 17.15	Warych, Stefan poln.Landarbeiter, 16.3.1918 in Treschklingen	Schutz- haft	1. 4.43 13.07	Dachau
38/810	3. 2.42 12.15	Burdelik, Josef poln.Landarbeiter, 7.3.1907 in Mislovice	"	7. 4.42 12.15	Flossenbürg
58/890	5. 3.42 20.00	Motyka, Franz poln.Landarbeiter, 12.8.1916 in Kameszniva	"	10. 6.42 13.15	Dachau
59/891	6. 3.42 16.00	Wilgurzenski, Richard Landarbeiter, 4.5.1922 in Demko	unerl.Verk. mit Kriegs- gefang.	8. 4.42 13.07	Kislau
61/901	10. 3.42 13.00	Lucyk, Nikolay led.Arbeiter, 14.12.1907 in Berczhycia	Schutz- haft	6. 5.42 13.15	Mauthausen

123

87/951	26. 3.42 19.00	Szuseklik, Wladislaw Landarbeiter, 29.5.1923 Czarny-Dunagocz	Schutz- haft	9. 4.42 17.30	abgeholt von der Gestapo
109	7. 4.42 13.00	Schuhmann, Christine Näherin, 1.9.1912 in Linsbach	Durchgangs- haft	8. 4.42 13.07	Heil-u.Pflegean- stalt Wiesloch
110	7. 4.42 13.00	Franzel, Herbert Kurt Arbeiter, 20.7.1923 Döberlug	"	"	"
111	7. 4.42 13.00	Gieslachowski, Josef poln.Landarbeiter, 10.1.1911 in Wysokie	"	8. 4.42 13.15	Flossenbürg
122	9. 4.42 18.50	Piechora, Broneslaw Landarbeiter, 5.11.1923 in Prcebjedymarsky	"	15. 4.42 13.07	Kislau
123	10. 4.42	Öhlschläger, Josef 4.1.1898 in Rauenberg	Schutz- haft	22. 4.42 13.07	Oberndorf
135	14. 4.42 13.00	Geibel, Erwin Elektro-Monteur, 5.4.1916 in Mannheim	Durchgangs- haft	15. 4.42 13.15	Flossenbürg
136	14. 4.42 13.00	Peterk, Erich Arbeiter, 19.1.1903 in Heidelberg	"	"	"
140	14. 4.42 13.00	Becker, Otto Landarbeiter, 11.4.1895 Eyendorf	"	"	"

124

142	16. 4.42 14.00	Szacki, Ludwig poln.Landarbeiter, 23 J., Heidelberg	Schutz- haft	6. 5.42 13.00	Oberndorf
160	21. 4.42 12.15	Moll, Heinrich Hilfsarbeiter, 30.12.1899 in Diedendorf	Durchgangs- haft	22. 4.42 13.15	Dachau
161	21. 4.42 12.15	Czerwinski, Johann Arbeiter, 11.6.1915 in Luczingen	"	"	"
165	23. 4.42 11.00	Seegmüller, Walter Kraftfahrer, 6.10.1906 in Mundenheim	Schutz- haft	29. 4.42 13.07	Oberndorf
167	23. 4.42 12.30	Schwab, Rebeka o.B., 1.1.1878 in Ehreshofen	"	24. 4.42 06.30	abgeholt von der Gestapo
168	23. 4.42 16.30	Sattler, Anny Hausangest., 29.7.1922 in Mannheim	"	"	"
169	23. 4.42 08.20	Eckstein, Eugen Hilfsarbeiter, 14.6.1923 in Richen	Betteln - Landstreichere	24. 4.42 13.15	Dachau
170	23. 4.42 18.00	Meyer, Harry Kaufmann, 25.12.1879	Schutz- haft	24. 4.42 06.30	abgeholt von der Gestapo
172	23. 4.42 19.30	Tryfuss, Saly Kaufmann, 21.9.1887 in Heppenheim	"	"	"

125

180	26. 4.42 21.15	Henn, Eugenie o.B., 4.6.1914 in Mhm.-Waldhof	unerl.Umgang mit Kriegsge- fang.	16. 7.42	Hagenau
181	27. 4.42 20.00	Joxefara, Josef poln.Landarbeiter, 1897 in Caracina	Schutz- haft	8. 7.42 13.15	Flossenbürg
185	28. 4.42 13.00	Schumacher, Lorenz Schlosser, 28.3.1908 in Mannheim	Durchgangs- haft	29. 4.42 13.15	Flossenbürg
186	28. 4.42 13.00	Hornung, Friedrich Gipser, 4.6.1884 in Heidelberg	"	"	"
187	"	Bucher, Karl Hilfsarbeiter, 11.3.1898	"	"	"
188	"	Justheim, Karl Musiker, 15.9.1916 in Freiburg/Br.	"	"	"
212	5. 5.42 13.00	Steucel, Wilhelm Eisenbahnarbeiter, 17.7.1906 in Marianow	"	6. 5.42 15.00	"
214	6. 5.42 09.00	Medwesek, Josef Maurer, 8.3.1883 in Kliciewiece	Schutz- haft	12. 8.42 13.15	Dachau
226	12. 5.42 12.15	Kanorowski, Viencens, Arbeiter, 12.3.1900 in Tschechanow	Durchgangs- haft	13. 5.42 13.15	Mauthausen

245	19. 5.42 13.00	Wiese, Alois Maschinist, 10.1.1907 in Halbendorf	Durchgangs- haft	20. 5.42 13.15	Flossenbürg
246	"	Marschal, Robert Fräser, 31.7.1922 in Leberau	"	"	"
247	"	Glaser, Alois 21.7.1909 in Haidesheim	"	"	"
248	"	Holzscheiter, Traugott Maler, 16.10.1896 in Zürich	"	"	"
276	1. 6.42 16.00	Gebhard, Karl Schneider, 3.8.1917 in Riechen	Urkunden- fälschung	16. 2.43 13.10	Dachau
281	2. 6.42 17.15	Soswin, Nikolai russ.Zivilarbeiter, 24.4.1925 in Koschlowa	Schutz- haft	24. 6.42 13.15	Dachau
322	16. 6.42 13.00	Godel, Josef Transportarbeiter, 21.1.1921 Rybua/polen	Durchg.H.	24. 6.42 13.15	Flossenbürg
323	"	Moskalenko, Pierre Hilfsarbeiter, 12.5.1901 in Kiew	Durchgangs- haft	"	"
324	"	Trzcbiatowski, Paul Schmied, 10.11.1911 in Peerseburg	"	"	"

340	22. 6.42 11.15	Sitschkar, Alexey russ.Zivilarbeiter, 17.3.1923 in Tounkie	Schutz- haft	15. 7.42 13.15	Dachau
341	22. 6.42 11.15	Beskorowaij, Andrej russ.Zivilarbeiter, 23.8.1924 in Tounkie	"	23. 7.42 13.00	KL Karlsruhe
344	23. 6.42 13.00	Renz, Christian Blechner, 29.7.1906 in Pforzheim	Durchgangs- haft	29. 6.42 13.15	Flössenbürg
345	23. 6.42 13.00	Kurz, Johann Arbeiter, 11.11.1909	"	"	"
346	"	Wolf, Wilhelm Arbeiter, 10.4.1902	"	"	"
347	"	Falk, Adolf Schreiner, 16.1.1894 in Freiburg	"	"	"
355	25. 6.42 09.30	Gardun, Wolichia geb.in Czwasenizl	Schutz- haft	15. 7.42 13.15	Dachau
357	25. 6.42 16.45	Partuschenko, Wasyl 8.4.1919	"	15.7. 42 13.15	"
358	"	Rabenko, Semon 25.5.1926	"	"	"
359	"	Politschuk, Iwan 25.2.1925	"	"	"

363	29. 6.42 18.45	Kostin, Iwan russ.Zivilarbeiter 28.9.1916 in Barowowitschi	Schutz- haft	15. 7.42 13.15	Dachau
365	30. 6.42 09.45	Urbanowitsch, Alexander russ.Landarbeiter, 1923 in Lyski	"	"	"
366	30. 6.42 10.00	Kurhan, Wassily russ.Landarbeiter, 1923 in Panawanka	"	23. 7.42 13.00	KL Karlsruhe
378	1. 7.42	Horkawy, Nikolaus	"	15. 7.42 13.15	Dachau
383	2. 7.42	Hatzel, Karl Invalide, 20.2.1871 in Bietigheim	Vorb.Haft	16.12.42 13.10	Dachau
385	3. 7.42 12.00	Krin, Johann Anzeichner, 4.2.1911 in Sinolin	Betrug	3. 2.43 13.07	Natzweiler
396	5. 7.42 10.30	Cyganic, Bromilaw poln.Arbeiter,	Schutz- haft	23. 7.42 13.00	KL Karlsruhe
397	"	Syolo, Wiktor poln.Landarbeiter,	"	"	"
399	6. 7.42 15.45	Pismani, Johann 1.2.1923	"	"	"
400	6. 7.42 15.45	Tschedowski, Nikolai russ.Zivilarbeiter, 15.12.1925	"	"	"

401	6. 7.42 15.45	Andrun, Konstantin russ.Zivilarbeiter, 18.3.1926	Schutz- haft	23. 7.42 13.00	KL Karlsruhe
402	"	Rogopa, Tiona russ.Zivilarbeiter, 10.7.1924	"	"	"
403	"	Konontschuk, Wladimir 25.2.1924	"	"	"
404	"	Morozow, Alexander 30.8.1923	"	"	"
426	11. 7.42 11.30	Omilanko, Nikolai	"	"	"
427	"	Eluck, Doris	"	"	"
436	14. 7.42 12.00	Fuhr, Jakob Arbeiter, 2.6.1903 in Mannheim	Durchgangs- haft	15. 7.42	Flossenbürg
437	"	Fischer, Anton Schuhmacher, 18.11.1925 in Mühlingen	"	"	"
443	16.7. 42 11.10	Bazalk, Felix poln.Landarbeiter, 24.9.1911	Milchfäl- schung	23. 9.42 13.07	Kislau
447	17. 7.42	Schwedtschuk, Nikolaus russ.Arbeiter, 1923 Alowa	Schutz- haft	6. 8.42 13.00	Dachau

130

448	17. 7.42 14.00	Masaikui, Stefan russ.Arbeiter, 1923 Alowo	Schutz- haft	6. 8.42 13.00	Dachau
449	18. 7.42 09.25	Timopew, Georg 7.4.23 in Waldai	"	"	"
450	"	Rudenko, Iwan 12.11.1921 in Mogilenzi	"	"	"
451	"	Fedorow, Viktor 5.4.1918 in Moskau	"	"	"
452	21. 7.42 12.00	Tereschko, Wasil	"	"	"
453	"	Stefanuk, Boris	"	"	"
460	23. 7.42 16.30	Karothow, Alexej Schuhmacher, 2.3.1921 in Leningrad	"	"	"
461	"	Krylow, Waldimir Arbeiter, 1919 in Ichuchaja	"	"	"
464	23.7. 42 19.00	Walas, Josef poln.Landarbeiter, 19.3.1924 in Bakau	Durchgangs- haft	29. 7.42 13.07	Kislau
465	24.7. 42 12.30	Gorbunow, Alexander russ.Zivilarbeiter, 28.1.1919 in Biczloch	Schutz- haft	6. 8.42 13.00	Dachau

134

466	24. 7.42 12.30	Plechnewitsch, Iwan russ.Zivilarbeiter, 27.1.1921 in Kaniki-Bickloch	Schutz- haft	6. 8.42 13.00	Dachau
471	25. 7.42 11.00	Gontschar, Alexai russ.Zivilarbeiter, 30.3.1921 in Liutowka	"	"	"
473	25. 7.42 12.15	Komisar, Iwan russ.Zivilarbeiter, 11.2.1922 in Liwinsk4	"	"	"
475	25. 7.42 11.00	Ponedelkow, Anatoli Tischler, 18.2.1925	"	"	"
476	"	Gluschkow, Nikolai Tischler, 2.7.1924	"	"	"
477	28. 7.42 12.00	Schwetschuk, Wladimir 16.5.1923 in Korowitsch	"	"	"
488	28. 7.42 13.00	Wagner, Hermann Bäcker, 23.3.1905 in Freiburg/Br.	Durchgangs- haft	29. 7.42 13.15	Flossenbürg
495	28. 7.42 09.00	Staryk, Wassely russ.Zivilarbeiter,	Schutz- haft	6. 8.42 13.00	Dachau
498	29. 7.42	Usik, Sergei russ.Zivilarbeiter, 8.10.1903 in Poltawa	"	"	"

499	29. 7.42	Metra, Pumiko russ.Zivilarbeiter, 1925 in Poltawa	Schutz- haft	6. 8.42 13.00	Dachau
500	27. 7.42	Teleschow, Viktor russ.Zivilarbeiter, 29.1.1923 in Nezin	"	"	"
501	"	Kafka, Pawel russ.Zivilarbeiter, 15.10.1921 in Kurtschitsky	"	"	"
502	29. 7.42 20.00	Jertschinow, Wassly russ.Zivlarbeiter, 18.8.1925 in Schenowka	"	"	"
505	31. 7.42 10.00	Fiodnowitsch, Wassil ukrain.Arbeiter	"	13. 8.42 13.00	"
506	"	Solomka, Gregori ukrain.Arbeiter	"	"	"
509	31. 7.42 17.00	Lysum, Maxina 1920 in Daridow	"	"	"
510	"	Pedjassel, Alexai Arbeiter, 3.10.1918 in Bowidowka	"	"	"
511	"	Podjasch, Tischo Arbeiter, 15.8.? in Bowidowka	"	"	"
515	1. 8.42 11.50	Subak, Gregory russ.Zivilarbeiter, 17.5.1923	"	"	"

516	1. 8.42 11.30	Hawrilenko, Gregory Arbeiter, 17.5.1923	Schutz- haft	13. 8.42 13.00	Dachau
517	"	Watiprofisch, Sergei russ.Zivilarbeiter, 26.5.1924 in Powskan	"	"	"
518	"	Gopejw, Iwan russ.Zivilarbeiter, 17.2.1922	"	"	"
519	"	Schtepa, Petro russ.Zivilarbeiter, 12.5.1926	"	"	"
520	1. 8.42 15.00	Harbatschow, Nikolai russ.Zivilarbeiter, 1.8.1924 in Tischaja	"	"	"
521	"	Samochwalow, Karp russ.Zivilarbeiter, 25.5.1920 in Ponvai	"	"	"
522	"	Lamakin, Viktor russ.Zivlarbeiter, 5.8.1917 Ponovai	"	"	"
525	3. 8.42 12.00	Schewcko, Michael russ.Zivilarbeiter	"	20. 8.42 13.00	"
526	"	Lenow, Nikolai russ.Zivilarbeiter	"	"	"
527	3. 8.42 12.25	Nikolaijef, Ilaga russ.Zivilarbeiter	"	13.8.42 13.00	"

134

529	3. 8.42 14.00	Saitkowski, Paul russ.Zivilarbeiter, 1926	Schutz- haft	13. 8.42 13.00	Dachau
530	"	Pjadok, Peter russ.Zivilarbeiter, 1926	"	"	"
531	"	Kusmischenko, Nikolay russ.Zivilarbeiter, 1922 in Kisotschin	"	"	"
532	"	Stabe, Michael russ.Zivilarbeiter, 1925 in Kisotschin	"	"	"
533	"	Spuwahl, Florian russ.Zivilarbeiter, 1922	"	"	"
534	"	Pawlow, Wasili Arbeiter, 15.1.1923 in Almino	"	"	"
536	"	Belakow, Alexander Landarbeiter, 18.3.1924 in Schixeler	"	"	"
537	3. 8.42 18.00	Isotow, Nikolai russ.Zivilarbeiter, 30.8.1901	"	"	"
538	"	Tschuban, Nikolai russ.Zivilarbeiter, 28.2.1921	"	"	"

539	3. 8.42 18.00	Sugejew, Wasili russ.Zivilarbeiter, 7.11.1915	Schutz- haft	13. 8.42 13.00	Dachau
540	"	Fruktow, Alexai russ.Zivilarbeiter, 30.3.1922	"	"	"
541	"	Mituschkin, Alexander russ.Zivilarbeiter, 2.10.1922	"	"	"
542	4. 8.42 08.00	Grizenko, Praskonja russ.Zivilarbeiter, 1920	"4	"	"
544	5. 8.42 12.15	Mirosenirtschenko, Anna 1925 in Hrigosoew	"	25. 8.42 12.15	Ravensbrück
545	"	Grigenko, Pelagija 1920	"	"	"
546	"	Sluiko, Teljina 1916 in Wasilewna	"	"	"
547	"	Filomenko, Natolij 1926 in Andreiwna	"	"	"
549	5. 8.42 18.30	Müller, Lydia Hausangest., 5.4.1921 in Spechbach	"	"	"
550	5. 8.42 19.45	Popow, Egor russ.Landarbeiter, 11.9.1914 in Tomsk-Gurska	"	20. 8.42 13.00	Dachau

136

551	5. 8.42 19.45	Dimitriew, Lergei russ.Landarbeiter, 15.2.1923 in Gurska	Schutz- haft	20. 8.42 13.00	Dachau
555	7. 8.42 12.00	Smolijakott, Konstantin 1909 in Tschernikow	"	"	"
556	7. 8.42 12.00	Jakowlow, Wassili russ.Zivilarbeiter, 9.12.1911 in Decken-Witebsk	"	"	"
560	8. 8.42 18.15	Mawleiw, Avanasj russ.Arbeiter, 26.5.1923	"	"	"
561	"	Suckow, Nikolaj russ.Arbeiter, 24.1.1922	"	"	"
562	9. 8.42 10.15	Petrow, Nikolai russ.Zivilarbeiter, 26.5.1926 in Apotschka	"	27. 8.42 13.00	Dachau
564	"	Senoljak, Iwan russ.Zivilarbeiter, 15.5.1924 in Tschernikow4	"	"	"
565	9 .8.42 10.15	Michailow, Viktor russ.Zivilarbeiter, 3.6.1918 in Tschernikow	"	"	"
566	9. 8.42 11.45	Muschilow, Michael russ.Zivilarbeiter, 1.3.1921	"	"	"
567	10. 8.42 11.45	Hail, Michael russ.Landarbeiter, 1923 in Konischon	"	20. 8.42 13.00	"

137

568	10. 8.42 18.00	Naumowitsch, Iwan russ.Arbeiter, 23.8.1909 in Horonitzga	Schutz- haft	20. 8.42 13.00	Dachau
569	10. 8.42 18.00	Pawlo, Alexej russ.Arbeiter, 1926 in Rassgesinka	"	"	"
570	"	Mischko, Nikolai russ.Arbeiter, 1917 in Tula	"	"	"
571	"	Gorbotschuk, Peter russ.Eisenbahnarbeiter, 1.5.1920	"	"	"
572	"	Potopow, Wassja russ.Arbeiter, 22.2.1926 in Damerog	"	"	"
573	11. 8.42 16.00	Gerasimenko, Feodor russ.Zivilarbeiter, 1.10.1923 in Charkow	"	27. 8.42 13.00	"
574	11. 8.42 08.00	Bandorenko, Nikolaj russ.Zivilarbeiter, 7.5.1911 in Staprija	"	"	"
575	11. 8.42 13.30	Maier, Eugen Wäscher, 21.9.1913 in Stuttgart	Durchgangs- haft	13. 8.42 13.15	Flossenbürg
577	"	Hanart, Maria Arbeiterin, 22.10.1920 in Rubaiw	"	27. 8.42 13.00	Dachau

581	13. 8.42	Prinjak, Maxim Landarbeiter, 27.9.1917 in Solotoniska	Schutz- haft	27. 8.42 13.00	Dachau
585	14. 8.42 09.30	Klimanko, Iwan russ.Zivilarbeiter,	"	"	"
586	14. 8.42 09.30	Schuwalow, Iwan poln.Landarbeiter, 5.5.1922 in Rotschowitz	"	"	"
587	14. 8.42 10.00	Botkin, Michael russ.Zivilarbeiter, 7.4.1913 in Rotskawitsch	"	"	"
589	14. 8.42 13.30	Odrowaz, Albert Bergmann, 3.4.1905 in Stryszow	Durchgangs- haft	26. 8.42 13.15	Flossenbürg
590	"	Zanger, Otto Gipser, 15.1.1910 in Boll	"	"	"
591	"	Glaser, Heinrich Matrose, 17.2.1911 in Haßmersheim	"	"	"
592	"	Hagelstein, Philipp Gärtner, 27.9.1892 in Heidelberg	"	"	"
593	"	Gutheil, Erwin Schlosser, 1.5.1912 in Mannheim	"	"	"
596	17. 8.42 11.15	Korinsky, Denjan russ.Zivilarbeiter, 23.2.1918 in Domniak	Schutz- haft	27. 8.42 13.00	Dachau

139

597	17. 8.42 11.15	Schartalov, Wassli russ.Zivilarbeiter, 23.8.1925 in Lutschesan	Schutz- haft	27. 8.42 13.00	Dachau
598	"	Dimjantschak, Nikolej ukr.Zivilarbeiter, 30.12.1921 in Lutschisza	"	"	"
600	17. 8.42 21.00	Skakum, Michael ukr.Arbeiter, 29.12.1925 in Podosbur	"	29.8.42 13.00	"
604	18. 8.42 15.00	Soboljew, Michael russ.Zivilarbeiter, 15.12.1921 in Selitscha	"	27. 8.42 13.00	"
606	19. 8.42 17.00	Wereschjaka, Andre russ.Zivilarbeiter, 25.2.1924 in Ukraine	"	"	"
607	20. 8.42 10.30	Grigoriew, Andrej russ.Zivilarbeiter, 1919 in Mitzkowo	"	"	"
612	21. 8.42 11.45	Wirba, Iwan poln.Zivilarbeiter, 23.5.1915 in Nikoreitzi	"	10. 9.42 13.00	"
613	"	Cholodunik, Mark 8.5.1913	"	"	"
617	21. 8.42 19.45	Simowjiew, Leon 1909 in Smolensk	"	3. 9.42 13.00	"
623	23. 8.42 14.40	Pankow, Simon Fleischer, 2.2.1911	"	"	"

140

624	23. 8.42 14.40	Somssowz, Joseph russ.Zivilarbeiter, 15.3.1918	Schutz- haft	3. 9.42 13.00	Dachau
625	"	Ochotsky, Alexander russ.Zivilarbeiter, 7.3.1922 in Otnernj	"	"	"
626	23. 8.42 16.05	Uchanow, Alexei russ.Zivilarbeiter, 25.3.1925 in Moskau4	"	"	"
627	23. 8.42 11.00	Kolesnikow, Uikita russ.Zivilarbeiter, 31.3.1906 in Witebsk	"	"	"
628	23. 8.42 14.40	Borisow, Piotes russ.Zivilarbeiter, 8.7.1924	"	"	"
634	24. 8.42 11.30	Dibowa, Iwan landw.Arbeiter, 25.9.1923 in Karkiwai	"	"	"
635	"	Tschaiker, Michael landw.Arbeiter, 17.2.1923 in Jackniki	"	"	"
638	24. 8.42 17.15	Inarkerwitzel, Walentina russ.Zivilarbeiterin, 25.12.1923 in Imolark	"	29. 9.42 12.15	Ravensbrück
639	"	Pastuschenko, Nadeschda russ.Arbeiterin, 24.7.1923 in Minsk	"	"	"

141

640	24. 8.42 17.15	Maimur, Maria russ.Arbeiterin, 15.2.1924	Schutz- haft	29. 9.42 12.15	Ravensbrück
648	20. 8.42 09.30	Fedoron, Wasily Bauer, 9.5.1924 in Nemeyewo	"	3. 9.42 13.00	Dachau
655	27.8. 42 12.30	Nudritzky, Wassilly poln.Arbeiter, 3.1.1921	"	10. 9.42 13.00	Dachau
656	27. 8.42 12.30	Sereda, Stepan poln.Arbeiter, 1903 in Lemberg	"	17. 9.42 13.00	"
657	"	Antipow, Iwan russ.Zivilarbeiter,	"	10. 9.42 13.00	"
658	"	Molokow, Wassilie	"	"	"
659	"	Jogorow, Wassilie	"	"	"
661	28. 8.42 9.00	Organitschuk, Wassily landw.Arbeiter, 1.3.1909 in Kurobowski	"	"	"
666	29. 8.42 12.00	Bontschenko, Iwan russ.Zivilarbeiter, 20.10.1919 in Kaluschka	"	17. 9.42 13.00	"
668	"	Odnopatowa, Walli russ.Landarbeiterin, 24.9.1925 in Plschinkeidschi	"	22. 9.42 12.15	Ravensbrück
670	29. 8.42 13.00	Umlauf, Hans Autoschlosser, 22.1.1914 in Erfurt	Durchgangs- haft	2. 9.42 13.15	Flossenbürg

671	29. 8.42 13.00	Zoladkowski, Josef Arbeiter, 19.6.1918 in Tula	Durchgangs- haft	2. 9.42 13.15	Flossenbürg
672	"	Nowakowski, Josef	"	"	"
673	"	Schüler, Heinrich Hilfsarbeiter, 27.9.1901 in St. Georgen	"	"	Kisläu
674	"	Reinmuth, Arthur Hilfsarbeiter, 15.10.1905 in Rastatt	"	"	Kislau
676	30. 8.42 20.00	Titschino, Nikolaus russ.Zivilarbeiter, 1917	Schutz- haft	17. 9.42 13.00	Dachau
678	31. 8.42 05.40	Prokobenkow, Wassili russ.Zivilarbeiter, 1928	"	"	"
679	"	Ovsjomnikow, Alexei russ.Zivilarbeiter, 1925	"	"	"
684	1. 9.42 11.00	Nerentin, Iwan russ.Zivilarbeiter, 10.10.1908 in Kuska	"	"	"
685	"	Ciszek, Julius Arbeiter, 2.4.1925 in Zeyuva	"	13.10.42 13.00	"
690	"	Efimenko, Georgi russ.Zivilarbeiter, 23.4.1921 in Kiew	"	17. 9.42 13.00	"

143

691	2. 9.42 08.45	Baglaj, Leonid russ.Zivlarbeiter, 5.12.1919 in Radisnowska	Schutz- haft	17. 9.42 13.00	Dachau
692	"	Sockjov, Nikolai 15.12.1925 in Kamenskipoh	"	"	"
695	3. 9.42 12.30	Wroziewiez, Wejeiech Arbeiter, 17.11.1906 in Wronin	Durchgangs- haft	9. 9.42 13.15	Flossenbürg
696	3. 9.42 08.45	Gerainow, Alexej russ.Zivlarbeiter, 27.6.1923 in Wjasowoje	Schutz- haft5	17. 9.42 13.00	Dachau
703	5. 9.42 11.15	Schewenjewitsch, Alexander russ.Zivlarbeiter, 10.5.1925 in Brest-Litowsk	"	"	"
704	7. 9.42 11.00	Scharij, Wassily russ.Zivlarbeiter, 1908 in Kaliminow	"	"	"
715	9. 9.42 14.00	Basko, Anchey poln.Arbeiter, 28.11.1929 in Kosno-Kolodin	"	1.10.42 13.00	Dachau
716	9. 9.42 20.30	Kiritschick, Anton ukr.Arbeiter, 1922 in Blatschinik	"	17. 9.42 13.00	"
727	13. 9.42 08.30	Schleglow, Leonid russ.Arbeiter, 18.8.1910 in Kiew	"	1.10.42 13.00	"

144

728	13. 9.42 08.30	Kalischnikow, Wladimir russ.Arbeiter, 25.11.1923	Schutz- haft	1.10.42 13.00	Dachau
730	14. 9.42 08.45	Bewedewa, Valentina landw.Arbeiterin, 8.6.1918 in Ublogda	"	6.10.42 12.15	Ravensbrück
736	15. 9.42 09.30	Bublick, Iwan russ.Zivilarbeiter	"	1.10.42 13.00	Dachau
737	"	Moisejew, Wassil russ.Zivilarbeiter, 26.5.1922 in Kursk	"	"	"
738	"	Kramskoi, Pawel russ.Zivilarbeiter, 21.7.1922 in Kursk ⁴	"	"	"
742	16. 9.42 10.00	Immenoi, Wladimir russ.Zivilarbeiter, 21.6.1922 in Schiknin	"	"	"
743	16. 9.42 11.00	Teretschenko, Termich russ.Zivilarbeiter,	"	"	"
744	"	Turnanewitsch, Feodor russ.Zivilarbeiter, 28.12.1911	"	"	"
745	16. 9.42 12.15	Wagner, Blanka Hausangestellte, 11.9.1918 in Heidelberg	"	"	"
754	18. 9.42 15.40	Kynpreamenka, Iwan russ.Arbeiter,	"	"	"

145

755	18. 9.42 15.40	Petrenko, Michael russ.Arbeiter,	Schutz- haft	2.10.42 13.00	Dachau
756	"	Iweschenko, Andreas russ.Arbeiter	"	"	"
759	20. 9.42 10.35	Zekow, Alexander landw.Arbeiter, 23.6.1923 in Tschernotrowkin	"	"	"
762	22. 9.42 08.45	Jochim, Emil Hilfsarbeiter, 19.2.1919 in Mannheim	Vorbeug.Haft Diebstahl	13. 1.43 13.00	Natzweiler
763	"	Schurandar, Josef landw.Arbeiter, 10.2.1916 in Basel	"	4.11.42 13.00	Dachau
775	26. ⁹ 42.42 09.00	Dajarbin, Alexander Arbeiter, 26.5.1919 in Jaraschach	Schutz- haft	7.10.42 13.00	Dachau
777	26. 9.42 17.30	Titow, Wassily russ.Zivilarbeiter, 28.3.1921 in Barnane	"	"	"
778	28. 9.42 11.15	Gobenzick, Iwan russ.Zivilarbeiter, 25.12.1925	"	"	"
781	29. 9.42 13.00	Lamek, Silvesta poln.Zivilarbeiter, 15.5.1908 in Zbiersk	Durchgangs- haft	30. 9.42 13.15	Flossenbürg
794	2.10.42 11.30	Salina, Ewdokia russ.Landarbeiter, 10.5.1923 in Roslowski	Schutz- haft	27. 10.42 12.55	Ravensbrück

146

795	2.10.42 11.30	Sondermann, Konstantin Schiffsführer, 29.11.1894 in Gertrutenberg	Schutz- haft	7.10.42 13.07	Dachau
796	3.10.42 12.00	Melnik, Wasili russ.Arbeiter, 25.11.1922	"	"	"
797	"	Romantschuck, Arkasy russ.Arbeiter, 22.5.1923	"	"	"
798	"	Barbenschuck, Michael russ.Arbeiter, 25.12.1924	"	"	"
799	3.10.42 17.45	Perchigin, Iwan russ.Arbeiter, 25.5.1912	"	"	"
802	5.10.42 18.00	Orosaniko, Grigori russ.Arbeiter, 17.11.1911 in Arivl	"	"	"
804	7.10.42 11.30	Plaschkowa, Markwa russ.Arbeiterin, 1907 in Bojary	"	15.10.42 07.00	Selbstmord
809	8.10.42 14.15	Tokvarew, Nikolai russ.Arbeiter, 14.3.1911 in Osnowa	"	21.10.42 13.00	Dachau
817	12.10.42 15.00	Bosenko, Iwan 25.7.1921 in Tschernjanoka	"	"	"
818	12.10.42 15.00	Martschuk, Iwan russ.Zivilarbeiter, 21.2.1921 in Tschernjanoka	"	"	"

147

819	13.10.42 12.30	Wenz, Ludwig Ingenieur, 3.10.1909 in Dillenburg	Durchgangs- haft	14.10.42 13.15	Mauthausen
822	14.10.42 10.30	Raduk, Leonti russ.Zivilarbeiter, 22.3.1897	Schutz- haft	21.10.42 13.00	Dachau
823	"	Tuschinsky, Iwan russ.Zivilarbeiter, 2.4.1924 in Ridlisho	"	"	"
824	"	Tuschinsky, Iwan russ.Zivilarbeiter, 10.12.1905 in Pidlisno	"	"	"
835	18.10.42 09.15	Golowkow, Feodor russ.Arbeiter, 2.4.1924	"	"	"
836	"	Budenko, Feodor russ.Arbeiter, 29.4.1923 in Slywrod	"	"	"
837	"	Krewanko, Hans russ.Arbeiter, 22.8.1925	"	"	"
838	"	Waloschjn, Dinitor russ.Arbeiter, 22.2.1925	"	"	"
869	28.10.42 11.50	Krjutschkow, Alexander russ.Arbeiter, 5.7.1903 in Adamowo	"	11.11.42 13.07	"
870	28.10.42 13.00	Canesse, Lonis Arbeiter, 18.4.1923 in Bruaz	Entfällt	--	--

118

897	5.11.42 18.30	Gardon, Sigmund poln.Arbeiter, 27.1.1922 in Fewniezna	Durchgangs- haft	11.11.42 13.00	KL Karlsruhe
908	11.11.42 11.30	Brinkes, Nikolai russ.Zivilarbeiter, ? in Kiew	Schutz- haft	18.11.42 13.07	Dachau
909	12.11.42 08.05	Kowalik, Johann landw.Arbeiter, 14.7.1917 in Scharkowice	"	20.1.43 13.10	Buchenwald
911	12.11.42 11.45	Lizizkin, Serej russ.Zivilarbeiter, 16.5.1924 in Wietebesk	"	18.11.42 13.15	Dachau
914	12.11.42 19.00	Mroezek, Stanislaw Landarbeiter, 24.3.1922 in Paris	"	"	KL Karlsruhe
915	"	Prkacin, Duro Landarbeiter, 11.6.1922	Durchgangs- haft	"	"
916	"	Raguz, Boso Landarbeiter, 20.1.1924	"	"	"
917	"	Prkaconi, Cetko Landarbeiter, 30.1.1922	"	"	"
918	"	Balaeno, Boris russ.Arbeiter, 4.2.1924 in Moskau	"	"	"

149

957	26.11.42 18.30	Bohgacz, Adam, Landarbeiter, 25.7.1922 in Czerkufeca	Durchgangs- haft	2.12.42 13.07	Kislau
975	3.12.42 18.30	Rutyna, Jahn landw.Arbeiter, 18.7.1907 in Mintera	"	9.12.42 13.07	"
976	3.12.42 18.30	Weiß, Josef landw.Arbeiter, 31.3.1899 in Tauberbischofsheim	"	"	"
977	"	Cisak, Stanislaus poln.Landarbeiter, 24.6.1924 in Meynyska	"	"	"
981	7.11.42 11.30	Malontschew, Alexander russ.Arbeiter	Schutz- haft	16.12.42 13.10	Dachau
994	8.12.42 10.00	Dowjanuk, Anna Arbeiter, 10.5.1923 in Schostridianka	"	"	"
1003	12.12.42 12.00	Getmanski, Alexki ukr.Arbeiter, 21.5.1925	"	30.12.42 13.10	"
1004	"	Pischepa, Gregori	"	"	"
1038	17.12.42 19.30	Rzeznie, Stanislaw ukr.Arbeiter, 1.1.1903 in Baronow	Betrug	23.12.42 13.00	Kislau
1039	"	Petuck-Wadelzki, Michael poln.Landarbeiter, 28.11.1919 in Piatrowa	"	"	"

115

1044	20.12.42 12.10	Tschionow, Andreas russ.Arbeiter, 11.6.1919 in Stari-Kruppietz	Schutz- haft	30.12.1942 13.10	Dachau
1064	24.12.42 20.00	Chmielowski, Miachel Landarbeiter, 28.8.1916 in Prun	Durchgangs- haft	"	KL Karlsruhe
● 1068	29.12.42 12.00	Seligejewa, Agripina Arbeiterin, 15.6.1915 in Rubotschein	"	"	Ravensbrück
1069	29.12.42 12.00	Oswald, Emma Hausfrau, 5.12.1887 in Müllen	"	"	"
1097	5. 1.43 13.00	Bopp, Jakob Friseur, 4.5.1880 in Mannheim	"	6. 1.43 13.10	Buchenwald
1108	7. 1.43 19.00	Späth, Albin Schneider, 6.2.1906 in Passau	"	13. 1.43 13.07	Natzweiler
1171	26. 1.43 13.00	Jargebowski, Wladislaus Arbeiter, 25.6.1916 in Orsoko	"	3. 2.43 13.10	Flossenbürg
1184	28. 1.43 18.30	Horn, Fritz Buchhalter, 14.8.1890 in Eschenstrath	"	3. 2.43 13.00	Natzweiler
1185	"	Meyer, Johann Schlosser, 31.1.1900 in Nürnberg	"	"	"

151

1186	28. 1.43 18.30	Donnerbauer, Franz Hilfsarbeiter, 9.6.1898 in Brugham	Durchgangs- haft	3. 2.43 13.00	Natzweiler
1229	11. 2.43 19.00	Streicher, Friedrich Konditor, 19.6.1908 in Murnau	"	16. 2.43 13.00	"
12.30	"	Schmeißer, Georg Schreiner, 29.2.1896 in Steinbach	"	"	"
1231	12.2.43 10.15	Bürgin, Wilhelm 2.4.1918 in Freiburg	Vorbeug.Haft	24. 3.43 13.10	Dachau
1232	"	Stolz, Reinhard Hilfsarbeiter, 10.4.1909 in Waldkirch	"	17. 3.43 13.07	Natzweiler
1291	2. 3.43 16.30	Melnik, Maria russ.Landarbeiterin, 1916 in Karanena	Schutz- haft	31. 3.43 13.07	Ravensbrück
1335	16. 3.43 12.15	Wolf, Luise, Lieselotte Hausgehilfin, 7.11.1921 in Karlsruhe	"	17. 3.43 13.10	Auschwitz
1337	16. 3.43 12.15	Hamburger, Egon, Jakob Isoliermonteur, 27.2.1923 in Wien	Durchgangs- haft	17. 3.43 13.10	"

152

382/4	2. 7.43 12.00	Kunert, Karl Hilfsarbeiter, 31.8.1880 in Hausen	Betrugs	5. 5.43 13.07	Heil-u.Pflege- anstalt Wiesloch
1309/71	6. 3.43 13.30	Klose, Richard, Kraftfahrer, 15.11.1912 in Heidelberg	schw.Dieb- stahl	12. 5.43 13.07	Kislau
1331/78	15. 3.43 17.00	Romhangi, Rudolf Kaufmann, 5.6.1911 in Heidelberg	Schutz- haft	28. 4.43 13.10	Dachau
1346/80	19. 3.43 15.00	Schatz, Ludwig Installteur, 20.3.1899 in Neckargemünd	Arbeits- verweigerung ⁴	14. 4.43 13.07	Kislau
1353/81	23. 3.43 11.30	Sobzeyk, Wassyl Arbeiter, 31.3.1924 in Nowawic	Diebstahl	5. 5.43 13.07	"
1371/89	30. 3.43 11.20	Hönig, Julius Arbeiter, 16.6.1920 in Speilberg ⁵	Sachbeschä- digung	26. 5.43 13.07	Heil-u.Pflege- anstalt Wiesloch
1380/93	31. 3.43 13.00	Dr. Schumann, Hans Arzt und Schriftsteller, 31.12.1888 in Berlin	Betrug	20. 4.43 13.00	"
94	1. 4.43 09.00	Quaty, Friedrich Metzger, 29.10.1919 in Heidelberg	Vorbeug.- Haft	12. 5.43 13.00	Dachau
103	5. 4.43 10.15	Schipowalow, Isot russ.Arbeiter, 14.1.1906 in Malaja	Diebstahl u.Hehlerei	19. 5.43 13.07	Kislau

157	14. 4.43 11.00	Mattner, Erich Hilfsarbeiter, 17.7.1912 in Witten	Sachbeschä- digung und Brandstiftung	7. 7.43 13.07	Kislau
160	15. 4.43 16.00	Roth, Anton Hilfsarbeiter, 19.4.1917 in Heidelberg	Diebstahl	14. 7.43 13.00	Kislau
225	4. 5.43 13.00	Reinhard, Gottlieb Hilfsarbeiter, 30.11.1920 in Schapfloch	Durchgangs- haft	12. 5.43 13.10	Auschwitz
229	4. 5.43 13.00	Pryager, Kurt Kaufmann, 31.1.1905 in Hannover	"	"	"
245	10. 5.43 11.00	Reber, Lisa Hausgehilfin, 18.9.1921 in Lahr	Schutz- haft	20. 7.43 12.18	Ravensbrück
246	10. 5.43 11.00	Gurecki, Kasinger landw.Arbeiter, 22.11.1922 in Felicz	"	11.11.43 18.52	Natzweiler
285	20. 5.43 19.00	Weiden, Ludwig Melker, 24.2.1924 in Regensburg	Durchgangs- haft	26. 5.43 13.00	"
286	"	Triendl, Josef, Schmied, 17.3.1909 Höllmannried	"	"	"
287	"	Helbig, Willi Schlosser, 30.8.1909 in Weitramsdorf	"	"	"
320	3.6.43 19.50	Withopf, Alfons Rangierarbeiter, 31.3.1897 in Tauberbischofsheim	"	9. 6.43 13.07	Kislau

134

322	3. 6.43 19.50	Barth, August Wachmann, 4.8.1888 in Heidelberg	Sittlichkeits- verbrecher	7. 7.43 13.07	Kislau
360	17. 6.43 19.00	Stachapanska, Lucien Arbeiter, 21.10.1918 in Arant	Durchgangs- haft	23. 6.43 13.07	KL Karlsruhe
361	17. 6.43 19.00	Ihor, Alexander Arbeiter, 25.10.1923 in Laminsko	"	23. 6.43 13.07	Kislau
362	"	Matter, Johanna Hilfsarbeiter, 12.4.1913 in Würzburg	"	23. 6.43 13.00	Natzweiler
369	22. 6.43 08.00	Werkowski, Jean Landarbeiter, 11.10.1902 in Litzmannstadt	Schutz- haft	21. 7.43 13.00	Kislau
427	10. 7.43 10.00	Kanarisis, Dimitrios Hilfsarbeiter, 27.8.1916 in Momos-Kozanis	Verg.gg.d. Heilprakti- kergesetz	1. 9.43 13.00	Kislau
449	14. 7.43 17.00	Dümmel, Friedrich Hilfsarbeiter, 18.7.1922 in Winterbach	Durchgangs- haft	4. 8.43 13.00	"
452	16. 7.43 10.00	Rimmler, Karl kfm.Angestellter, 2.10.1912 in Heidelberg	"	2. 7.43 13.07	"
464	22. 7.43 19.00	Weckesser, Artur landw.Arbeiter, 16.1.1904 in Königshofen	"	28. 7.43 13.07	"
481	29. 7.43 19.00	Sozewski, Alexander landw.Arbeiter, 30.3.1923 in Woysotzko	"	4. 8.43 13.00	"

155

485	31. 7.43 10.15	Przybrowski, Czeslar poln.Zivilarbeiter, 9.2.1925 in Mikloschowski	Schutz- haft	11.11.43 18.00	Natzweiler
510	7. 8.43 10.30	Drozd, Stanislaus landw.Arbeiter, 5.1.1924 in Bzowicia	"	8. 9.43 13.07	"
563	12. 8.43 15.15	Riegler, Heinrich Hilfsarbeiter, 22.9.1918 in Eppelheim	Diebstahl	15. 9.43 13.07	Kislau
573	23. 8.43 16.45	Tautowa, Warwara Ostarbeiter, 23.11.25 in Asow	Schutz- haft	21. 9.43 12.18	Ravensbrück
594	26. 8.43 19.00	Zdziarski, Josef Zivilarbeiter, 19.11.1911 in Siedliska	"	29. 9.43 13.00	Natzweiler
628	6. 9.43 11.00	Ewgeniewa, Walentine landw.Arbeiterin, 5.1.1924 in Charkow	"	5.10.43 12.18	Ravensbrück
629	"	Krupskaja, Litwonowa landw.Arbeiterin, 2.8.1925 in Warwariwka	"	"	"
643	8.9.43 13.00	Hey, August Bergmann, 10.5.1897 in Dudweiler	Durchgangs- haft	9. 9.43 10.00	Dachau
644	"	Peric, Jacgues franz.Zivilarbeiter, 1.11.1912 in Paris	"	"	"

156

645	8. 9.43 13.00	Wichelet, Edmond franz.Zivilarbeiter, 8.10.1899 in Paris	Durchgangs- haft	9. 9.43 10.00	Dachau
646	"	Delpnech, Viktor Schlosser, 6.9.1908 in Paris	"	"	"
649	"	Gaston, Fernand 25.8.1924	"	"	Mauthausen
650	"	Gollado, Emilio 31.12.1919	"	"	"
651	"	Gommes, Julius 24.11.1901	"	"	"
652	"	Dubois, Franc 12.9.1922	"	"	"
653	"	Ducros, Josef 7.3.1902	"	"	"
654	"	Gallego, Manuel 6.4.1906	"	"	"
655	"	Chaude, Paul 26.4.1892	"	"	"
656	"	Glinaur, Edmund 1.6.1890	"	"	"
657	"	Julien, Jean 11.9.1917	"	"	"
658	"	Lavwy, Jean 18.9.1894	"	"	"
659	"	Lusindi, Jeyn 12.2.1922	"	"	"

157

660	8. 9.43 13.00	Wagabrand, Edmond 1.1.1901	Durchgangs- haft	9. 9.43 10.00	Mauthausen
661	"	Pascal, 25.10.1901	"	"	"
662	"	Ronsoin, Jaques 8.10.1905	"	"	"
663	"	Schwartzenberg, Jaques 10.3.1926	"	"	"
664	"	Schwartzenberg, Raomond 25.2.1925	"	"	"
665	"	Soulia, Jean 25.10.1902	"	"	"
666	"	Souque, Henri 9.8.1925	"	"	"
667	"	Tasset, Yves 29.10.1908	"	"	"
668	"	Tomasek, Georg 11.9.1915	"	"	"
669	"	Ancros, Francois 12.9.22	"	"	"
670	"	Förch, Josef Schrannenwärter,	"	15. 9.43 13.07	Kislau
671	"	Jentzen, Heinz Kellner,	"	"	"

672	9. 9.43 10.30	Brück. Friedrich Bergmann, 16.11.1900 in Walpertshofen	Durchgangs- haft	15. 9.43 13.00	Kislau
673	"	Metzger, Josef Hüttenarbeiter, 17.12.1914 in Werden	"	"	"
674	"	Kiefer, Emil Kranenführer, 12.12.1888 in Bischweiler	"	"	"
675	"	Kessler, Helmut Schlosser, 7.3.1920 in Koblenz	"	"	"
685	10. 9.43 18.00	Leonhard, Jakob Rentern, 20.6.1906 in Waldhilsbach	"	16.12.43 13.00	Heil- u. Pflege- anstalt Wiesloch
703	14. 9.43 12.45	Nickolaus, Johann Arbeiter, 24.8.1919 in Dormersmarkt	"	6.10.43 14.00	Kislau
760	23. 9.43 19.00	Braun, Hermann Vulkaniseur, 8.4.1914 in Würzburg	"	29. 9.43 13.00	Natzweiler
821	6.10.43 13.00	Achard, Maurice Arbeiter, 14.4.1908 in Grenohle	"	8.10.43 13.00	Buchenwald
822	"	Baillon, Marcel 23.5.1909	"	"	"
823	"	Girard, Louis 30.1.1881	"	"	"

159

824	6.10.43 13.00	Stey, Vicktor 31.3.1899	Durchgangs- haft	8.10.43 13.00	Buchenwald
825	"	Ozere, Georges 21.7.1882	"	"	"
828	"	Hezemaus, Antonius 24.3.1923	"	"	"
829	"	Hallegraeff, 12.6.1923	"	"	"
838	8.10.43 18.15	Blaszak, Wasil russ.Arbeiter, 19.4.1916 in Kryzowk ⁴	Schutz- haft	4.11.43 13.10	Mauthausen
929	1.11.43 18.00	Sedelmeier, Josef 25.7.1869 in Neustift	Sittlich- keitsverbr.	11. 2.44 15.00	Heil-u.Pflege- anstalt Wiesloch
953	2.11.43 13.00	Rebstock, Jakob 25.10.1878	Durchgangs- haft	4.11.43 13.00	Auschwitz
954	"	Lemberger, Jean 7.6.1924	"	"	"
955	2.11.43 13.00	Lereroft, Josef 18.12.1919	"	"	"
956	"	Zeidler, Hildegard Hausangestellter, 30.7.1913 in Dresden-Laubgart	"	"	"
1005	5.11.43 19.00	Härtl, Karoline 11.12.1903 in Aufhausen	"	8.11.43 14.00	Hagenau

160

1005	5.11.43 19.00	Brunner, Michael Dreher, 1.1.1915 in Schwansdorf	Durchgangs- haft	11.11.43 18.52	Natzweiler
1006	"	Müller, Ludwig Arbeiter, 4.4.1921 in Marktredwitz	"	"	"
1007	"	Meier, Johann 22.12.1904 in Diepersdorf	"	"	"
1008	"	Rehmann, Karl Werkmeister, 12.1.1904 in Schramberg	"	"	"
1009	"	Kasecker, Johann Stanzer, 27.6.1902 in Amberg	"	"	"
1010	"	Müller, Geoerg Hilfsarbeiter, 20.5.1891 in Zeitlau	"	"	"
1026	9.11.43 13.00	Jäger, Max Kaufmann, 18.1.1885 in Karlsruhe	"	17.11.43 16.19	Auschwitz
1030	"	Liebsohn, Karl Arbeiter, 6.8.1919 in Warschau	"	"	"
1062	16.11.43 13.00	Kaufmann, Ludwig Kaufmann, 7.3.1878 in Karlsruhe	"	"	"
1066	"	Magrisso, Jaguss Arbeiter, 24.12.1914 in Konstantinopel	"	"	"

191

1087	19.11.43 10.15	Ottmann, Albert Landwirt, 6.11.1895	Verg.gg.d.Heim- tücke-gesetz	1.12.43 10.00	Kislau
1102	24.11.43 09.30	Fohner, Anton Arbeiter, 3.5.1884 in Spechbach	Vorbeugungs- haft	8. 3.44 13.00	Natzweiler
1116	1.12.43 12.00	Kirvzuk, Roman Landarbeiter, 1.5.1921 in Tarnopol	Schutz- haft	9. 2.44 13.00	"
1126	1.12.43 13.00	Fisch, Elisabeth 15.8.1921 in Walhap	Durchgangs- haft	2.12.43 13.00	Heil-u.Pflege- anstalt Wiesloch
1150	7.12.43 13.00	Brenner, Heinrich Bergmann, 18.6.1908 in Hühnerfeld	"	15.12.43 13.07	Kislau
1157	"	Wagner, Julius Arbeiter, 2.1.1887 in Meckesheim	"	8.12.43 13.00	Auschwitz
1158	"	Wintersein, Karl Hilfsarbeiter, 1.8.1904 in Welschneureut	"	"	"
1174	8.12.43 13.00	Nowak, Artur Melker, 19.12.1892 in Makranstätt	"	5. 1.44 13.00	Kislau
1226	16.12.43 22.00	Meklavic, Franz Mechaniker, 29.8.1912 in Duisburg	"	23.12.43 13.07	"

162

1228	16.12.43 22.00	Valet, Karl Ratsdiener, 3.5.1905 in Dallau	Durchgangs- haft	22.12.43 13.07	Kislau
1237	17.12.43 09.00	Kosorewa, Maria Ostarbeiterin, 8.10.1921 in Stufanugundar	Schutz- haft	5. 1.44 14.00	Ravensbrück
1259	23.12.43 22.00	Schneider, Louis Arbeiter, 27.9.1889 in Dortmund	Durchgangs- haft	29.12.43 13.07	Heil-u.Pflege- anstalt Wiesloch
1287	4.1.44 13.00	Gerson, Manfred Bügler, 15.9.1904 in Berlin	"	5.1. 44 13.00	Auschwitz
1288	"	Rüthling, Paula Solistin und Tänzerin, 14.12.1910 in Przedborse	"	"	"
1336/30	13. 1.44 11.30	Weigel, Maria Hausangestellte, 19.6.1922 in Heidelberg	Schutz- haft	12. 4.44 14.00	Ravensbrück
1358/36	18.1.44 14.30	Gabel, Franziska Hausangestellte, 18.11.1924 in Obergimperm	"	"	"
1380/40	26.1. 44 15.20	Klinger, Elisabeth Hausangestellte, 25.2.1923 in Steinsfurt	"	9. 5.44 12.00	"
1421/44	5. 2.44 14.20	Bazanetzka, Stefanie poln.Landarbeiterin, 13.10.1922 in Ostzowiz	"	12. 4.44 14.00	"
1454/47	10. 2.44 17.40	Malina, Michel landw.Arbeiter, 18.9.1909 in Bienkowka	"	3. 5.44 14.00	Mauthausen

163

1648/98	26. 3.44 09.00	Kardaszynski, Josef Landarbeiter, 7.3.1913 in Zolynia	Schutz- haft	27. 9.44 13.00	Dachau
135	6. 4.44 16.00	Rothermel, Friedrich Wächter, 4.8.1895 in Heidelberg	"	27.12.44 16.00	Heil-u.Pflege- anstalt Wiesloch
148	8. 4.44 11.20	Huber, Christian Arbeiter, 26.2.1906 in Steinsfurt	Verd.d. Wilderei	5. 7.44 13.00	Kislau
149	8. 4.44 08.10	Przygoda, Franz poln.Landarbeiter, 5.2.1919 in Imdrzyewowice	Schutz- haft	12. 7.44 13.00	Mauthausen
157	11. 4.44 13.00	Wöhrstein, Emma Buffetdame, 17.8.1905 in Konstanz	Durchgangs- haft	12. 4.44 14.00	Auschwitz
158	11. 4.44 13.00	Kienzle, Emilie 23.2.1880 in Reidlingen	"	"	"
159	"	Knüppel, Emma Krankenpflegerin, 28.4.1903 in Köln	"	"	"
160	"	Schweitzer, Maria Arbeiterin, 21.4.1906 in Straßburg	"	"	"
161	"	Schmitt, Lisa Hausangestellte, 2.9.1912 in Mannheim	"	"	"
162	"	Ladewig, Senta Hausmädchen, 4.7.1920 in Konstanz	"	"	"

161

163	11. 4.44 13.00	Jegel, Anna Luise 31.7.1917 in Freuburg	Durchgangs- haft	12. 4.44 14.00	Auschwitz
164	"	Wurst, Amalie Pflegerin, 17.3.1896 in Welfingen	"	"	"
165	"	Wussenhorner, Anna 15.10.1900 in Winzen	"	"	"
166	"	Stieber, Rosa Hausangestellte, 13.7.1922 in Gerlachsheim	"	"	"
167	"	Moser, Maria Büglerin, 10.8.1915 in Sandhausen ⁵	"	"	"
168	"	Beck, Berta, Vertreterin, 6.3.1907 in Neu-Ulm	"	"	"
169	"	Schwab, Anna 1.7.1917 in Mannheim	"	"	"
172	"	Collas, Lucion Ingenieur, 9.4.1918 in Conillas	"	30. 8.44 13.00	Dachau
183	13. 4.44 08.45	Rucharzyk, Marie Ostarbeiterin, 21.12.1922 in Lerz	Schutz- haft	5. 7.44 13.00	Ravensbrück
258	26. 6.44 14.20	Filzwieser, Josef Fremdenlegionär, 4.9.1903 in Mirzuschlag	"	3. 5.44 13.00	KL Karlsruhe
319	4. 5.44 21.00	Hohloch, Walter Techniker, 14.7.1919 in Mannheim	Erreg.öff. Ärgernisses	15.12.44 14.00	Heil-u.Pflege- anstalt Wiesloch

165

323	6. 5.44 16.30	Hotz, Eugen Kaufmann, 23.2.1895 in Mühlhausen bei Wiesloch	Erreg.öff. Ärgernisses	21.12.44 14.00	Heil-u.Pflege- anstalt Wiesloch
341	10. 5.44 10.30	Salfinger, Rosa Hausgehilfin, 9.10.1921 in Schriesheim	Schutz- haft	16. 8.44 13.00	Ravensbrück
351	11. 5.44 20.00	Glogowscheck, Rudolf Hilfsarbeiter, 8.12.1912 in Marburg	Durchgangs- haft	17. 5.44 13.00	Natzweiler
380	17. 5.44 12.00	Pusinja, Lubowa Ostarbeiterin, 17.8.1921 in Wischnakowa	Schutz- haft	20. 6.44 12.00	Ravensbrück
384	17. 5.44 14.00	Burda, Iwan Ostarbeiter, 2.4.1922 in Olschani	Durchgangs- haft	24. 5.44 13.00	Natzweiler
385	"	Bartnikow, Iwan Ostarbeiter, 15.4.1923 in Bamsch	"	"	"
386	"	Bulatow, Alex Ostarbeiter, 17.10.1922 in Krosna	"	"	"
387	"	Skomorschin, Georg Ostarbeiter, 22.4.1923 in Zalamau	"	"	"
388	"	Zelesnikow, Andreas Ostarbeiterm, 24.10.1923 in Charkow	"	"	"

166

389	17. 5.44 14.00	Stasanko, Wassil Ostarbeiter, 10.7.1925 in Dotschapuza	Durchgangs- haft	24. 5.44 13.00	Natzweiler
390	"	Ussaty, Semen Ostarbeiter, 7.9.1927 in Gusakow	"	"	"
391	"	Woloschnikow, Nikolai Ostarbeiter, 22.4.1923 in Swinihodka	"	"	"
392	"	Wimzki, Iwan Ostarbeiter, 25.5.1915 in Koskotzi	"	"	"
393	"	Liwinow, Ilja Ostarbeiter, 1.8.1924 in Kursk	"	"	"
394	"	Ssuworow, Nikola Ostarbeiter, 7.7.1919 in Kamensk	"	"	"
395	"	Fornin, Peter 25.1.1921 in Lesonja	"	"	"
399	18. 5.44 20.00	Reuther, Geoerg Hilfsarbeiter, 27.4.1904 in Kleinrindfeld	"	"	Kislau
449	27.5.44	Bolschakow, Alex Ostarbeiter, August 1923 in Borajow	Schutz- haft	3. 8.44 16.00	"
514	6. 6.44 13.00	Schlauer, Auguste Wirtschafterin, 16.8.1908 in Mönchengladbach	"	14. 6.44 13.00	Auschwitz

107

533	8. 6.44 20.40	Kowahlo, Iwan Ostarbeiter, 10.10.1924 in Schulenka	Durchgangs- haft	18.10.144 12.30	Mauthausen
547	10. 6.44 20.30	Tochikanowski, Iwan Ostarbeiter, 5.5.1918 in Odessa	"	"	"
579	14. 6.44 15.00	Popoff, Feodor Ostarbeiter, 10.9.1922	Schutz- haft	3. 8.44 16.00	Kislau
586	15. 6.44 13.40	Kotowicz, Wladimir Landarbeiter, 1.9.1923 in Lubannia	"	22. 8.44 12.00	Mauthausen
597	16.6. 44 08.15	Skiba, Franz landw.Arbeiter, 22.3.1927 in Huta	"	27. 9.44 13.00	Dachau
598	16. 6.44 08.15	Wositschuck, Nikolay landw.Arbeiter, 31.4.1924 in Huta	"	"	"
600	17. 6.44 10.00	Sowazka, Jan Ostarbeiter, 9.1.1898 in Stetschek	"	9.11.44 06.30	"
602	19. 6.44 08.25	Wischnakowa, Tatania Hausgehilfin, 20.3.44 in Woronesch	"	4.10.44 12.00	Ravensbrück
612	20. 6.44 13.00	Waschilina, Maria Ostarbeiterin, 30.3.1922 in Olschekowitsch	Durchgangs- haft	21. 6.44 13.00	"
613	"	Gorowa, Natja Ostarbeiterin, 8.2.1922 in Tschuschalka	"	"	"

158

614	20. 6.44 13.00	Kaschennjekina, Taleosma Arbeiterin, 23.8.1923 in Jalta	Durchgangs- haft	21. 6.44 13.00	Ravensbrück
615	"	Schwschkina, Doria Ostarbeiterin, 7.4.1922 in Waliko	"	"	"
616	"	Kozubinskaja, Lubow Ostarbeiterin, 27.4.1920 in Nedria	"	"	"
648	22. 6.44 19.00	Dietz, Johanna Hilfsarbeiterin, 22.5.1892 in Würzburg	"	28. 6.44 13.00	Natzweiler
666	25. 6.44 13.00	Peschow, Sergey Ostarbeiter, 20.12.1908 in Smolensk	Schutz- haft	18.10.44 12.03	Mauthausen
670	26. 6.44 09.15	Bilowitsch, Helene Ostarbeiterin, 9.11.1918 in Rypedz	"	6. 9.44 12.00	Ravensbrück
697	29. 6.44 10.00	Petrenko, Balma Ostarbeiterin, 19 Jahre, Schitomir	"	4.10.44 12.00	"
698	"	Dimitrowa, Anna Ostarbeiterin, 22.6.1922 in Rshew	"	4.10.44 12.00	"
715	1. 7.44 09.45	Godek, Helena Verkäuferin, 14.8.1924 in Fresztak	"	18. 7.44 12.00	"
783	13. 7.44 19.00	Peterko, Maria poln.Arbeiterin, 5.8.1919 in Konstaninoka ⁴	Durchgangs- haft	"	"

784	13. 7.44 19.00	Kafezak, Anna poln.Arbeiterin, 3.1.1909 in Mdjanova	Durchgangs- haft	18. 7.44 12.00	Ravensbrück
802	20. 7.44 08.00	Burkhardt, Karl Hilfsarbeiter, 15.3.1899 in Walldorf	Unzucht	30. 8.44 13.00	Kislau
858	28. 7.44 17.40	Eujubina, Hua Ostarbeiterin, 27.5.1923 in Jugowko	Schutz- haft	27. 9.44 13.00	Ravensbrück
859	"	Saizora, Maria Ostarbeiterin, 19.10.1926 in Kuschowka	"	"	"
941	7. 8.44 08.00	Sydow, Stefan Ostarbeiter, 21.12.1902 in Mechimso	Hehlerei	19.10.44 06.30	Kislau
993	15. 8.44 16.30	Maslak, Stanislaw poln.Hausgehilfin, 4.5.1927 in Horobrowo	Schutz- haft	27. 9.44 13.00	Ravensbrück
1075	24. 8.44 14.00	Löhner, Paul Flaschner, 26.5.1892 in Nürnberg	Durchgangs- haft	22.11.44 12.30	Dachau
1076	24. 8.44 14.00	Goßfeld, Paul Bauschlosser, 25.5.1904 in Coburg	"	"	"
1077	"	Widmer, Daniel 26.6.1908 in Mühlhausen	"	"	Flossenbürg
1078	"	Habermeyer, Ludwig Dienstknecht, 9.7.1909 in Dergersheim	"	15.11.44 12.30	Natzweiler

170

1096	29. 8.44 14.00	Schirinsky, Michael Ostarbeiter, 1.11.1926 in Ekaterinowka	Schutz- haft	23. 9.44 13.00	Dachau
1119	31. 8.33 16.00	Valencon, Desire frz.Arbeiter, 16.11.1910 in Paris	"	9.11.44 06.30	Dachau
1132	3. 9.44 12.45	Schmidt, Alfred Schriftsetzer, 6.7.1910 in Hamburg	Arbeits- vertrags- bruch	7. 3.45 05.30	Kislau
1200	15. 9.44 23.00	Pointüd, Antoni Mechaniker, 11.5.1920 in Saiset Martin	Schutz- haft	9.11.44 06.30	Dachau
1215	20. 9.44 15.00	Dischkann, Juliane Ostarbeiter, 11.5.1920 in Nerkowisch	Diebst.	25.10.44 13.30	Ravensbrück
1227	23. 9.44 13.30	Pentja, Juan Hilfsarbeiter, 5.1.1910 in Barcelona	Schutz- haft	12. 3.45 18.00	Dachau
1295	4. 1.44 11.15	Brynkiewicz, Josef poln.Landarbeiter,	"	20. 2.44 13.00	Natzweiler
1424	7. 2.44 09.30	Schönet, Karl Maschinenarbeiter, 26.12.1894	Vorb.Haft	29. 3.44 13.00	"
1428	7. 2.44 12.00	Nicalajewa, Kascha poln.Landarbeiterin, 1920 in Schmiky	Schutz- haft	21. 3.44 12.00	Ravensbrück

171

1480	17. 2.44 19.00	Komyenkowa, Sonia russ.Landarbeiterin, 1913 in Kutrimikow	Durchgangs- haft	29. 2.44 12.00	Ravensbrück
1487	22. 2.44 10.30	Mokra, Anna Hausangestellte, 17.3.1915 in Trudowacz	Schutz- haft	28. 3.44 12.00	"
1657	28. 3.44 13.00	Heddenhansen, Karl-Heinz Kaufmann, 19.3.1915 in Büchten	Durchgangs- haft	29. 3.44 13.00	Sachsenhausen
1658	"	Fuhrmann, Adolf Reichsbahnarbeiter, 14.12.1910 in Pirmasens	"	"	Buchenwald
1665	"	Wajda, Maria Landarbeiterin, 19.1.1911 in Gorlice	"	"	Auschwitz
1666	"	Bössl, Ursula Hausmädchen, 20.5.1899 in Waiblingen	"	"	"
1404	24.10.44 11.00	Heters, Alfons Koch, 17.10.1907 in Maastrich		22.11.44 12.30	Kislau
1417	26.10.44 14.45	Schipowalo, Isot Ostarbeiter, 14.1.1906 in Malajya	Schutz- haft	22.12.44 12.30	Dachau
1504	9.11.44 14.05	Nesterenko, Nikolaus russ.Kriegsgefangener, 21.12.1922 in Kiew	"	23. 1.45 03.00	"
1505	"	Glissinow, Fritz russ.Kriegsgef., 18.8.1924 in Stalingrad	"	"	"

172

1506	9.11.44 14.05	Petrow, Wasily russ. Kriegsgef., 11.3.1900 in Tambow	Schutz- haft	26. 1.45 03.00	Dachau
1533	13.11.44 15.00	Bisson, Arthur Hilfsarbeiter, 14.4.1920 in Bellheim	Arbeits- vertrags- bruch	7. 3.45 05.30	Kislau
1623	22.11.44 10.00	Eberle, Georg Arbeiter, 16.10.1902 in Karlsruhe	Durchgangs- haft	22.11.44 12.30	Flossenbürg
1674	29.11.44 18.00	Pompon, Andre Elektriker, 15.4.1905 in Vellenauf	"	30.11.44 06.30	Kislau
1691	1.12.44 11.00	Riverain, Jan Arbeiter, 18.11.1925 in Paris	"	7.12.44 10.00	Kislau
1717	8.12.44 14.10	Casgrande, Mario Arbeiter, 14.12.1905 in Feldeso	Wilderei	5. 2.45 05.00	"
1731	11.12.44 08.00	Figurin, Alexander Arbeiter, 23.2.1919 in Patgowsk	Durchgangs- haft	19.12.44 13.00	Mauthausen
1742	14.12.44 09.00	Dyrkacz, Eduard Arbeiter, 14.10.1925 in Wolica	Schutz- haft	26. 1.45 03.00	Dachau
1764	19.12.44 12.00	Hanewald, Otto Steinhauer, 4.1.1890 in Leistadt	Durchgangs- haft	5. 2.45 05.00	Kislau

173

1784	26.12.44 17.00	Tido, Alexander Arbeiter, 17.10.1919 in Schelkowska	Schutz- haft	26. 1.45 03.00	Buchenwald
1857	11. 1.45 16.50	Jegvrow, Michael Student, 15.10.1918 in Borowiezi	"	10. 2.45 04.00	Kislau
1867	13. 1.45 08.30	Mehnitzchenko, Petro landw.Arbeiter, 1.9.1926 in Kaschanka	Durchgangs- haft	12. 3.45 18.00	Dachau
1885	16. 1.45 14.30	Benkler, Adam Arbeiter, 23.2.1899 in Aue b.Durlach	"	18. 1.45 12.00	Mauthausen
1901	17. 1.45 18.30	Klarrodza, Bonda Hausangestellte, 12.6.1925 in Worochilograd	Schutz- haft	26. 1.45 03.00	Ravensbrück
1924	21. 1.45 20.00	Kornimschin, Sergej Bürogehilfe, 5.5.1924 in Arkino	"	10. 2.45 04.00	Kislau
1937	23. 1.45 18.00	Damilow, Iwan Autoschlosser, 22.3.1913 in Kischenow	"	10. 2.45 04.00	Kislau
2014	1. 2.45 18.30	Babinzeu, Nikolai Ostarbeiter, 19.12.1926 in Trka	"	"	"
2017	2. 2.45 08.30	Burijkin, Dimitrow Schlosser, 18.8.1924 in Arginev	"	21. 3.45 18.00	Dachau
2024	5. 2.45 08.10	Kolzow, Alex Ostarbeiter, 25.3.1923 in Sawetsche	"	"	"

174

A u s l a s s c h e i n

für die nachstehenden Gefangenen, welche am 25.1.1945
in Richtung Würzburg verschubt werden:

Zelle 126: Fenoglic, Marius	nach Dachau
" 128: Uteschow, Leonid ⁴	" "
" 143: Grizun, Wassilij	" "
" 157: Fomin, Peter	" "
" 199: Bulawin, Wasil	" "
" 240: Broel-Plater, Richard	" "
" 481: Semenow, Nikolai	" "
" 517: Endytschenko, Alexander	" "
" 520: Bessalow, Jakob	" "
" 558: Polunic, Simon	" "
" 556: Fedoriw, Stefan	" Buchenwald
" 514: Sywak, Peter	" "

Gefangenen - Sondertransport am 26.1.1945

1. Bondar, Klawide, geb. 12.6.1925	nach	Ravensbrück
2. Roratow, Irene, geb. 17.8.1925	"	"
3. Oprzadok, Sofia, geb. 21.4.1923	"	"
4. Worobjowa, Katja, geb. 26.12.1918	"	"
5. Kartytkina, Nina, geb. 25.2.1923	"	"
6. Tschaplina, Dusja, geb. 16.11.1924	"	"
7. Kalinia, Darja, geb. 20.5.1920	"	"
8. Trozkaja, Lydia, geb. 10.2.1924	"	"
9. Frudnikowa, Olga, geb. 14.5.1925	"	"
10. Maljorawa, Julja, geb. 17.6.1919	"	"
11. Sywak, Peter, geb. 11.7.1923	"	Buchenwald
12. Feariw, Stefan, geb. 1905	"	"
13. Schnipow, Dimitri, geb. 27.9.1920	"	"
14. Tido, Alexander, geb. 17.10.1919	"	"
15. Dzivon, Franczicek, geb. 20.11.1915	"	Dachau
16. Gliminow, Fedor, geb. 18.8.1924	"	"
17. Moltschanow, Michael, geb. 14.10.1921	"	"
18. Nesterenko, Nikolai, geb. 21.11.1921	"	"
19. Ostrouchow, Wassili, geb. 11.3.1900	"	"
20. Grizun, Wassili, geb. 15.1.1925	"	"
21. Semenow, Nikolai, geb. 25.9.1900	"	"
22. Bessalow, Jakob, geb. 2.11.1921	"	"
23. Endytschen, geb. 16.6.22	"4	"
24. Utenko, Leonid, geb. 28.1914	"	"
25. Fomir, Peter, geb. 28.2.1914	"	"
26. Broel-Plater, Richard, geb. 9.9.1924	"	"
27. Polunic, Simon, geb. 1.9.1922	"	"
28. Bulawin, Wasil, geb. 28.2.1923	"	"
29. Dyrkacz, Eduard, geb. 14.10.1925	5	"
30. Bukin, Dimitri, geb. 20.11.1921	"	"
31. Kohut, Wassili, geb. 18.8.1918	"	Mauthausen
32. Kozelko, Alex, geb. 7.3.1921	"	"

Abschrift einer Beilage des Gefangenenbuches
1945 der Haftanstalt Heidelberg

Kommandeur der Sicherheitspolizei
für Baden und Elsaß
K a r l s r u h e

Heidelberg, den 23.1.1945

- IV 1 c 2 - 174/44 -

An den

Herrn Polizeipräsident
Abt. Transportbehörde

M a n n h e i m

Betr.: Transport von Schutzhäftlingen in das KL. Dachau
bzw. Ravensbrück

Vorgang: Rücksprache vom 23. Januar 1945

Anlg.: 13 Transportzettel

Anliegend übersende ich je einen Transportzettel für die folgenden Schutzhäftlingen, die sich z.Zt. im Schloß- bzw. Landesgefängnis Mannheim befinden:

1. Darja Kalinina,	geb. 20. 5.1920	in Sloboda
2. Nina Kayytkina,	" 25. 2.1923	" Schumetschki
3. Julja Maljorowa,	" 17. 6.1919	" Altkostari
4. Olga Prudnikowa,	" 15. 5.1925	" Timoschki
5. Lydia Trozjkaja,	" 10. 2.1924	" Wasseja
6. Dusja Tschaplina,	" 16.11.1924	" Kapanje
7. Katja Worobjowa geb. Gapejew,	" 26.12.1918	" Bogdanow
8. Jakob Bessalow,	" 2.11.1921	" Sudscha
9. Alexander Endytschenko,	" 16. 6.1922	" Smoleninowo
10. Peter Fomin,	" 28. 2.1914	" Putilja
11. Wassili Grizun,	" 15. 1.1925	" Worgol
12. Nikolai Semelow,	" 25. 9.1909	" Murinka
13. Leonid Utenko,	" 8. 8.1914	" Myschkin

Die Schutzhäftlingen werden mittels Sondertransport am 26.1.1945 von Heidelberg nach Würzburg mit dem fahrplanmäßigen Zug Heidelberg ab 3 Uhr überstellt. Ich bitte, dafür Sorge zu tragen, daß die Häftlinge im Laufe des 25.1.1945 in das Gerichtsgefängnis Heidelberg zugeliefert werden. Zu gleicher Zeit können nach Rücksprache mit der Transportbehörde Heidelberg noch weitere in den beiden Gefängnissen in Mannheim einsitzenden Häftlingen, deren Einweisung in das KL. Dachau bzw. Ravensbrück bereits verfügt ist, diesem Transport angeschlossen werden.

V.

1) Vermerk:

Auf tel. Anfrage bestätigte die Verwaltungsgeschäftsstelle der StA Köln, dass am 7. Dezember 1966 bei der StA Köln ein Vernehmungszimmer und eine Schreibkraft zur Verfügung steht. Nochmalige schriftliche Anmeldung ist nicht erforderlich. Ladung soll zum Zimmer 218 (Verwaltungsgeschäftsstelle) erfolgen.

✓ 2) zu schreiben (1 Leseschr.) - mit E-Rück.:

Herrn

Dr. Hans M a l y

5 K ö l n -Rodenkirchen

Gneisenaustr. 25

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit").

In diesem Ermittlungsverfahre ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung als Beschuldigter erforderlich, die am

Mittwoch, dem 7. Dezember 1966, 9,30 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Köln durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt ~~im~~ bei der ~~St~~ Staatsanwaltschaft, 5 Köln, Appellhofplatz, einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Verwaltungsgeschäftsstelle (Zimmer 218) zu erfragen.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im Reichskriminalpolizeiamt machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, dass Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wäh-

len, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch
unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache
zur Verfügung.

3) mir zur Unterschrift

4) z.d.A.

Berlin, den 2.12.66

ls.

ff - 2. DEZ. 1966 Le
tu 2) Schl. m. E. + Rück.
ab 2/12.66
f

179

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Dr. Hans M a l y

5 K ö l n - Rodenkirchen
Gneisenaustraße 25

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit").

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung als Beschuldigter erforderlich, die am

Mittwoch, den 7. Dezember 1966, 9.30 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Köln durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, 5 Köln, Appellhofplatz, einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Verwaltungsgeschäftsstelle (Zimmer 218) zu erfragen.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im Reichskriminalpolizeiamt machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, daß Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Le

Rückschein



Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1

Postleitzahl

B e r l i n

21

Turmstraße 91

- 1 Js 13/65 (RSHA) -

(Straße und Hausnummer oder Postfach)

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	Ebf.				
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nach- nahme	DM (in Ziffern)	Pf
Empfänger	Dr. Hans Maly - 1 Js 13/65 (RSHA) -				
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	5 Köln-Rodenkirchen				

Postvermerk

Einlieferungs- Nr.	Gewicht	
	kg	g

Postannahme

Tagesstempel

28.10.65

1 Berlin 21

Beim Ausfüllen der Spalte „Sendungsart und besondere Versendungsform“ dürfen folgende Abkürzungen angewandt werden:

Bf = Brief, E = Einschreiben, eingeschrieben..., Eil = Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PANw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAuftr = Postprotestauftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

Der Polizeipräsident in Berlin

AV-B-h/66

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42 (Tempelhof)
Tempelhofer Damm 1-7
Fernruf: 660017
Im Innenbetrieb:

180
20
den 20. November 1966
App. 2070

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin

1 Berlin 19

Amtsgerichtsplatz 1



Franklin D. Roosevelt

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a.
wegen Verdachts des Mordes;

hier: Dienstreise des Kriminalmeisters Weiß und des
Polizeioberwachtmeisters Killus nach Regensburg

Vorgang: Dortiges Ersuchen vom 9.12.1965 - Az.: 1 Js 13/65 (RSHA)-.

In der o.a. Angelegenheit haben Kriminalmeister Weiß und Polizei-
oberwachtmeister Killus in der Zeit vom 17.10. - 28.10.1966 eine
Dienstreise nach Regensburg durchgeführt.

Aus diesem Anlaß sind hier Reisekosten in Höhe von

917,60 DM

=====

in Worten: Neunhundertsiebzehn DM 60 Pf.-
entstanden.

Ich bitte zu veranlassen, daß die Kosten gemäß § 92 GKG in Verbin-
dung mit den Durchführungsbestimmungen zu den Kostengesetzen (Ko-
stenverfügung) vom 7.9.1957 als Gerichtskosten festgesetzt und von
den Kostenschuldnern eingezogen werden.

Einer Überweisung des Betrages an mich bedarf es nicht (Entschei-
dung des Magistrats von Groß-Berlin - Finanzabteilung Käm II/7 -
vom 26.11.1949).

Im Auftrage

/di

181

Landgericht Karlsruhe
Entschädigungskammer II

0 (E II) 199/64

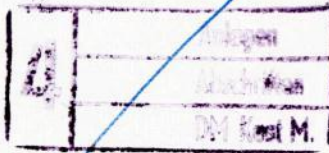
EK 27641



Karlsruhe, den 28.11.1966

In Sachen

Maria Wagner/Land Bad.-Württ.
wegen Entschädigung.



An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21

Turmstraße 91

- 2. DEZ. 1966
[Handwritten signature]

Betr.: Ermittlungssache 1 Js 13/65

Das Bundesarchiv in Koblenz hat uns auf die Möglichkeit hin-
gewiesen, daß in Verbindung mit obigem Ermittlungsverfahren
der Erlaß des Reichsministers des Inneren vom 24.11.1941 -
Pol. II A 5 Nr. 1145/41 - 212- zugänglich geworden ist.
Wir hoffen, darin Näheres über die Behandlung des Eigentums
der von Karlsruhe nach Osten deportierten Zigeuner zu finden.

Sollte der Erlaß dort vorliegen, bitten wir, uns eine
Abschrift zu übersenden.

Der Einzelrichter

Berendes



Beglaubigt

[Handwritten signature]

1. Mitteilung an T. oben

*In < nicht oben > , daß
der Erlaß des Reichsministers des Inneren v. 24.11.1941
- Pol. II A 5 Nr. 1145/41 - 212 - hier bisher nicht
vorliegt.*

2/ zcl A

*2-7) Schick 2 + ff + ab
7.12.66*

5/12.66

H

1 Js 13/65 (RSHA)

An das
Landgericht Karlsruhe
Entschädigungskammer II

75 K a r l s r u h e

In Sachen Maria W a g n e r / Land Bad.-Württ. wegen Ent-
schädigung - O (E II) 199/64 - teile ich mit, daß der Erlaß
des Reichsministers des Inneren vom 24. November 1941
- Pol. II A 5 Nr. 1145/41 - 212 - hier bisher leider nicht
vorliegt.

Im Auftrage
Hölzner
Staatsanwalt

Telegramm

Deutsche Bundespost

Verzögerungs-
vermerke

183 204

31 SIEGBURG F 13 7 1137 =

AUS

Datum Uhrzeit

07 XII 66 11 45

Empfangen
Platz Namenszeichen

BLN RB

148

TSt FA 1 Berlin

Empfangen von

D 8923A SIEGB D

STAATSANWAELTIN BILSTEIN TURMSTR 91

BERLIN/21 =

Datum Uhrzeit

Gesendet
Platz Namenszeichen

Leitvermerk

00610

BETTLAEGERIG ERKRANKT ERSCHEINEN MONTAG NICHT MOEGLICH = MEYER ECKHARDT +

- 1) Vermerk: Frau KP in Birstein
würde heute fernende. bei der Kd Dinsberg
über den Inhalt des Telegramms informiert.
- 2) Frau Kd in Birstein M.R.

Dienstliche Rückfragen

COL 91 21 +

184

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
Referat 321

Ludwigsburg, den 5.12. 1966

An den

Herrn Generalstaatsanwalt

(Sammelpaket)

bei dem Kammergericht Berlin

1000 - B e r l i n 21

Turmstrasse 91

Betr.: Strafverfahren gegen Streckenbach u.a.
wegen Mordes (NSG)

- Az.: 1 Js 13/65 (RSHA)

Bezug: Dokumentenbestellung vom 29.11.66

Anlage: 544 Blatt Fotokopien aus ~~der~~ - den - Sammlungen
Polnische Archive Teil III

Aufgrund obiger Bestellung werden die Anlagen
zum dortigen Verbleib übersandt. Die schlechte
Lesbarkeit einzelner Abzüge ist auf ungenügende
Belichtung der Filme oder mangelhafte Erhaltung
der Originale zurückzuführen.

Auf Anordnung:

Foltinek

(Foltinek)
Justizangestellter

Der Generalstaatsanwalt bei
dem Kammergericht Berlin

z.Zt. Duisburg, den 7. Dez. 1966

1 Js 13/65 (RSHA)

Gegenwärtig

Staatsanwältin Bilstein
als Vernehmende

Justizangestellte Ernst
als Protokollführerin

V e r n e h m u n g s n i e d e r s c h r i f t

Vorgeladen zum Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Duisburg
erscheint um 13.20 Uhr die Witwe

Maria H i r k e s geb. Huth, verw. Neumann
geb. am 10.10.1907 in Huckingen,
wohnhaft Duisburg-Großenbaum, Reiserweg 15.

Ihr wurde eröffnet, daß sie in dem Ermittlungsverfahren gegen
verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicher-
heitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord
- Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzen-
tationslager zur "Vernichtung durch Arbeit" - als Zeugin ver-
nommen werden soll. Nach Belehrung gem. §§ 52 und 55 StPO er-
klärte sie:

Nach dem Tode meines ersten Mannes trat ich am 13.1.1941 als
Geschäftszimmerangestellte beim Reichskriminalpolizeiamt ein.
Ich war in der Folgezeit in der allgemeinen Kanzlei des RKPA
tätig. In dieser Kanzlei habe ich im wesentlichen Reinschriften
nach Konzepten gefertigt. Zeitweilig habe ich auch die Vorste-
herin der Kanzlei, Fräulein R i c h t e r , vertreten und die
von anderen Kanzleiangestellten geschriebenen Schriftstücke be-
glaubigt. Zu Diktaten wurden die Kanzleiangestellten unserer
Kanzlei im allgemeinen nicht herangezogen. Es bestand aber eine
Nachmittagsdienstregelung, d.h. ab 14.00 Uhr waren Kanzleiange-

Hir

stellte als Bereitschaftsdienst eingesetzt. Dieser Bereitschaftsdienst dauerte an sich bis zum nächsten Morgen 6.00 Uhr. Wenn nichts außergewöhnliches ~~V~~ vorlag, konnte aber die betreffende Kanzleiangestellte etwa gegen 22.00 Uhr nach Hause gehen. Im Rahmen dieses Nachmittagdienstes kam es vor, daß auch Diktate von einzelnen Herren aufzunehmen waren. Ich habe in der gesamten Zeit meiner Tätigkeit beim RKPA insgesamt nur 2 Stenogramme aufgenommen.

Die von uns in der Kanzlei zu fertigenden Reinschriften betrafen Vorgänge aus allen Gruppen des RKPA. Es befanden sich darunter auch Schriftstücke des Vorbeugungsreferates. Ich erinnere mich z.B. an Mitteilungen über die Genehmigung der von den örtlichen Kripostellen angeordneten Vorbeugungshaft und an die Ablehnung von Entlassungsgesuchen. Ferner erinnere ich mich, daß aus den einzelnen Konzentrationslagern Todesmitteilungen über Vorbeugungshäftlinge eingingen und daß dann entsprechende Benachrichtigungen geschrieben werden mußten. Ich kann aber nicht mehr sagen, ob diese Benachrichtigungen an die örtlichen Kripostellen oder u.U. an Angehörige des verstorbenen Häftlings gingen. An den Todesmitteilungen fiel uns auf, daß immer wieder die gleichen Todesursachen, wie z.B. Kreislaufstörungen angegeben waren. Ob die Zahl der Todesmitteilungen zu irgendeinem Zeitpunkt besonders angestiegen ist kann ich heute nicht mehr sagen. Ich habe aber in Erinnerung, daß eine große Anzahl von Todesmitteilungen bei uns durchgelaufen ist.

Von einer Sonderaktion gegen Justizgefangene, die - wie mir heute mitgeteilt worden ist - Gegenstand dieses Ermittlungsverfahren ist, ist mir nichts bekannt. Ich kann mich nicht erinnern, daß ich Schriftstücke, die mit dieser Aktion in Zusammenhang stehen könnten, geschrieben habe. Auch an etwaige Gespräche mit anderen Angehörigen des RKPA über diese Vorgänge kann ich mich nicht erinnern. Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, daß bei uns im Amt über dienstliche Vorgänge sehr wenig gesprochen wurde.

Mir ist heute ein Schreiben des RKPA an das KL Mauthausen

vom 10. März 1943 (Dokumentenband VH II Bl. 102) vorgelegt worden, das die Übernahme von Justizgefangenen in polizeiliche Vorbeugungshaft betrifft. Dieses Schreiben trägt mein Kanzleizeichen " Neu " und ich muß daher annehmen, daß ich seinerzeit die Reinschrift gefertigt habe. Ich habe an den Inhalt dieses Schreibens keine Erinnerung. Ich möchte auch annehmen, daß ich seinerzeit den Zusammenhang, in dem dieses Schreiben steht, nicht erkannt habe. ^{Auch} Nachdem ich mir jetzt dieses Schreiben noch einmal durchgelesen habe ist mir dieser Zusammenhang nicht bewußt geworden.

Ich kann mich auch nicht erinnern, ob die oben erwähnten Todesmitteilungen möglicherweise Häftlinge betrafen, die im Rahmen der mir hier geschilderten Sonderaktion in Konzentrationslager eingewiesen worden waren. Ich weiß auch nicht, ob in den von uns auszuschreibenden Benachrichtigungen auf diese Sonderaktion Bezug genommen war. Die Formulierung "Vernichtung durch Arbeit" ist mir ganz fremd. Ich habe sie heute zum erstenmal gehört.

Die organisatorische Gliederung und die personelle Besetzung des Vorbeugungsreferats ist mir nicht mehr im Gedächtnis. Ich erinnere mich wohl an einzelne Namen wie z.B. an KD B ö h l - h o f f , KR O t t o , KR R i c h r a t h , und KS T i e - s e l e r . Dagegen kann ich mich an den mir hier genannten KR Dr. M a l y nicht erinnern. Auch nach-dem mir ein von mir beglaubigtes Schreiben des Dr. Maly vom 28. Juni 1943 (Dokumentenband VH V Bl. 46) vorgelegt worden ist kann ich mir von ihm keine Vorstellung machen.

Über die Arbeitsaufteilung im Vorbeugungsreferat war ich, soweit ich mich entsinne, seinerzeit nicht informiert. Ich kann deshalb nicht sagen, in welche Dienststellen dieses Referat aufgebliedert war und ob bestimmte Beamte nur mit der Genehmigung der Vorbeugungshaft und andere mit den Entlassungsgesuchen beschäftigt waren.

Auf besondere Frage:

Über Exekutionen in Konzentrationslagern weiß ich nichts. Während meiner Tätigkeit im RKPA habe ich keine Kenntnis davon er-

langt, daß Angehörige des RKPA Exekutionsanordnungen erteilt oder weitergeleitet haben.

Auch die Formulierung "Eine Rückkehr ist nicht erwünscht" habe ich bei meiner Tätigkeit nicht kennengelernt.

Am 1. August 1943 wurden verschiedene Dienststellen des RKPA, darunter auch die Kanzlei, nach Drögen/Mecklenburg verlagert. Ich bin vorher, am 31. Juli 1943, aus dem Amt ausgeschieden. Durch die Verlagerung habe ich den Kontakt zu den übrigen Kanzleiangehörigen verloren. Ich stehe auch heute mit meinen früheren Kolleginnen nicht mehr in Verbindung und kann deshalb keine Auskunft über ihren Verbleib geben. Nur mit der früheren Kanzleivorsteherin, Fräulein R i c h t e r , habe ich ab und an Briefe gewechselt. Sie hat mich auch vor einiger Zeit ^{einmal} besucht.

Weitere Angaben kann ich zu den hier interessierenden Fragen nicht machen.

Die Vernehmungsniederschrift ist in meiner Gegenwart laut diktiert worden. Ich verzichte darauf, sie noch einmal durchzulesen.

Ende der Vernehmung 15.00 Uhr

Genehmigt und unterschrieben

*Maria Hirkas geb. Lüth
verw. Künemann*

Geschlossen:

Bischoff

Lust

Der Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht Berlin
(Dienststelle)

1 Js 13/65

(Geschäftszeichen)

Merkblatt angelegt.

Fingerabdrücke genommen? Ja — Nein*)

Lichtbilder gefertigt? Ja — Nein*)

Person ist — nicht — festgestellt.*)

Im Deutschen Fahndungsbuch — Festnahmen/Aufenthalts-
ermittlungen —, in der Fahndungskartei ausgeschrieben?
Ja — Nein*)

*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

z. Z. Essen, den 8.12. 1966

Verantwortliche Vernehmung

Es erscheint*) auf Vorladung im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Essen

der ~~/die~~ Nachgenannte

wohnhaft in Gladbeck, Wiesenstr. 10 Straße Nr.
Platz

Fernruf 22 44 41 und erklärt:

1. a) Familienname

auch Beinamen, Künstlername, Spitzname, bei Namensänderung
früherer Familienname, bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name
des früheren Ehemannes

a) Langenau

b) Vornamen (Rufname ist zu unterstreichen)

b) Karl-Heinz Gustav Hermann

2. Geboren

am 21.12.1911 in Königsberg

Kreis (Verwaltungsbezirk) Königsberg

Landgerichtsbezirk Königsberg

Land Ostpreußen

3. a) Beruf

aa) erlernter

bb) z. Z. der Tat ausgeübt

cc) Stellung im Beruf (z. Z. der Tat)

a) Kriminalhauptkommissar

aa) Kriminalbeamter

bb) Kriminalkommissar

cc) Kriminalkommissar

Hier ist anzugeben:

ob Geschäftsinhaber, Gehilfe, selbständiger Handwerksmeister,
Geselle usw.

b) Ferner sind anzugeben:

— bei Ehefrauen Beruf des Ehemannes

— bei Beamten und Behördenangestellten genaue Anschrift der
Dienststelle

— bei Studierenden Anschrift der Hochschule und das belegte Lehrfach

— bei Trägern akademischer Würden (Dipl.-Ing., Dr., D. usw.),
wann und bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde

c) bei Erwerbslosigkeit
seit wann?

b)

c) entfällt

4. Einkommensverhältnisse

a) z. Z. der Tat

b) gegenwärtig

a)

b)

*) auf Vorladung, aus Untersuchungshaft, aus Strafhaft, als vorläufig Festgenommene vorgeführt, in der Wohnung, an der Arbeitsstelle aufgesucht usw.
(Zutreffendes einsetzen).

<p>5. a) Familienstand ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — getrennt lebend</p> <p>b) Vor- und Familienname des Ehegatten bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes</p> <p>c) Wohnung des Ehegatten bei verschiedener Wohnung</p> <p>d) Beruf des Ehegatten</p>	<p>a) <u>verheiratet</u></p> <p>b) <u>Irene geb. Jendraszek</u></p> <p>c) <u>W.u.</u></p> <p>d) <u>Hausfrau</u></p>
<p>6. Kinder</p> <p>a) Anzahl</p> <p>b) Alter</p>	<p>a) <u>4</u></p> <p>b) <u>23, 17, 15 u. 11</u></p>
<p>7. a) Vater, Vor- und Zuname Beruf Wohnung</p> <p>b) Mutter, Vor- und Geburtsname Beruf Wohnung (auch wenn Eltern bereits verstorben)</p> <p>c) Vormund*), Pfleger*) oder Bewährungshelfer*), Vor- und Zuname Beruf Wohnung</p>	<p>a) <u>Adolf Langenau</u> <u>Kriminalbeamter</u> <u>verstorben</u></p> <p>b) <u>Anna geb. Dangel</u> <u>Hausfrau</u> <u>verstorben</u></p> <p>c)</p>
<p>8. Staatsangehörigkeit (auch evtl. frühere)</p>	<p><u>Deutschland</u></p>
<p>9. Ehrenämter in Staat, Gemeinde oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (Schöffe oder Geschworener — Handels-, Arbeits- oder Sozialrichter — Vormundschaften — oder Pflugeschaften — Bewährungshelfer — sonstige Ehrenämter)</p>	<p><u>keine</u></p>
<p>10. Personalausweis Reisepaß, sonstige Ausweise und Berechtigungsscheine (Art, ausstellende Behörde, Nummer, Ausgabedatum) z. B. Führerschein, Wandergewerbeschein, Legitimationskarte, Jagd- oder Fischereischein, Waffenschein, Schiffer- oder Lotsenpatent, Unterbringungs- schein nach Gesetz zu Art. 131 GG, Rentenbescheid, Sprengmeisterschein</p>	<p><u>Pol.-Dienstausweis Nr. 809 des</u> <u>Polizeipräsidenten in Reckling-</u> <u>hausen</u></p>
<p>11. Vorstrafen und anhängige Strafverfahren Maßregeln der Sicherung und Besserung (Strafe zur Bewährung aus- gesetzt — bedingte Entlassung bewilligt)</p> <p>a) nach eigenen Angaben</p> <p>b) Ergänzung nach aml. Unterlagen</p>	<p>a) <u>keine</u></p> <p>b) <u>keine</u></p>

Mir wurde eröffnet, daß ich dem Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen ~~der~~ Verdachts der Teilnahme am Mord - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslagern zur "Vernichtung durch Arbeit" - als Beschuldigter vernommen werden soll.

Die Rechte aus ^{dem} § 136 StPO sind mir bekannt. Ich bin bereit, mich hier zu den Beschuldigungen zu äußern.

Noch zur Person:

Zu meinem Lebenslauf nehme ich Bezug auf die schriftliche Äußerung vom 7.12.1966, die ich hiermit zu den Akten reiche.

Zur Sache:

Nachdem ich zuvor als Kriminalkommissar bei der Kriminalpolizeileitstelle Berlin Dienst versehen hatte, kam ich im Frühjahr 1942 zum Reichskriminalpolizeiamt, und zwar zum Referat V A 2. Diese Dienststelle war mit der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung betraut. Dazu gehörte vor allem die Bestätigung der Anordnung der polizeilichen Vorbeugungshaft sowie die Bearbeitung von Fragen, die mit der planmäßigen polizeilichen Überwachung im Zusammenhang stand. Zur Verhängung von Vorbeugungshaft möchte ich ausführen, daß diese grundsätzlich von den örtlichen Kriminalpolizei - leit - stellen erfolgte. Die Vorbeugungshaft wurde dann beim RKPA lediglich bestätigt oder auch abgelehnt. Das Referat war in zwei Sachgebiete unterteilt. Es handelte sich um V A 2 a zuständig für Berufs- und Gewohnheitsverbrecher und V A 2 b für Asoziale, Prostituierte und Zigeuner zuständig. Ich gehörte zum Sachgebiet, das für die Berufs- und Gewohnheitsverbrecher zuständig war. Leiter war der damalige KR R i c h r a t h , der meines Wissens auch für die Bestätigung der Vorbeugungshaft verantwortlich war. Das Sachgebiet V A 2 b stand unter der Leitung des KR O t t .

Mein persönliches Aufgabengebiet bestand darin, Eingaben, Beschwerden und alle Fragen, die mit der Entlassung aus der Vorbeugungshaft zusammenhingen, zu bearbeiten. Personen, deren Haftprüfung zwecks Entlassung aus dem Konzentrationslager anstand, wurden von den Konzentrationslagern in einem Führungsbericht beurteilt. Wenn diese Beurteilungen negativ ausfielen, kam eine Entlassung aus der Vorbeugungshaft grundsätzlich nicht infrage. Das gleiche galt unter den verschärften Bestimmungen des Krieges auch für schwer Vorbestrafte. Die Führungsberichte aus den Konzentrationslagern wurden von uns angefordert. Wenn ich mich heute noch recht entsinne, wurden auch Stellungnahmen der örtlichen Kriminalpolizeistellen angefordert. Bei Ablehnung der Entlassung aus der Vorbeugungshaft war ich zeichnungsbefugt. Nur in den Fällen, in denen eine Entlassung für möglich gehalten wurde, mußte der Vorgang KR R i c h r a t h zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden. Diese Tätigkeit übte ich bis zu meiner Einberufung zum ~~Waffen~~ 3. Sicherheitspolizeigrenadierbattallion im Febr., 1945 aus. Wenn KR R i c h r a t h infolge Urlaubs oder aus dienstlichen Gründen von der Dienststelle abwesend war, fungierte ich als sein Vertreter, zumindest zeitweilig. Ob ich in diesem Zusammenhang auch die Befugnisse erhielt, die Bestätigung oder Ablehnung der Vorbeugungshaft auszusprechen, kann ich heute nicht mehr sagen. Es ist möglich, daß dies von KR O t t o wahrgenommen wurde. Ich kann mich jedenfalls an keinen Einzelfall erinnern, in dem ich die Anordnung der polizeilichen Vorbeugungshaft bestätigt habe. Neben mir übte ein KOS G r a h n e i s die gleiche Tätigkeit aus. In welcher Form die Arbeitsaufteilung zwischen Herrn G r a h n e i s und mir innerhalb von V A 2 a geregelt war, kann ich heute nicht mehr sagen. Wenn mir vorgehalten wird, daß die Arbeitsteilung aufgrund örtlicher Gesichtspunkte gegliedert war, so kann ich dies weder bestätigen noch verneinen. Zu meiner Unterstützung waren mir einige Beamte des mittleren Dienstes zugeteilt. Erst nachdem mir der Geschäftsverteilungsplan des Reichskriminalpolizeiamtes vorgelegt wurde, entsinne ich mich, daß der ehem. KOS D o h s e und der KS H a r d e g e n meine Mitarbeiter waren. Zu einem Zeitpunkt, den ich heute nicht mehr bestimmen kann, ist KOS D o h s e dann in den Ruhestand getreten. Wer sein Nachfolger war, kann ich heute nicht mehr

sagen. Meine Angaben, daß D o h s e in den Ruhestand getreten ist, möchte ich dahingehend einschränken, daß ich dies mit großer Sicherheit annehme, aber nicht unbedingt als Tatsachenfeststellung gewertet sehen will.

Auch KR R i c h r a t h , KR O t t • und KOS G r a h n - e i s hatten Zuarbeiter, die ihnen für die Vorarbeiten zur Verfügung standen. An die Namen dieser Beamten kann ich mich heute allerdings nicht mehr erinnern. Die in dem mir vorgelegten Geschäftsverteilungsplan des RKPA als Angehörige des Referates V A 2 aufgeführten Namen ^{sind mir} zum großen Teil noch ~~erinnerlich~~. Allerdings bin ich nicht in der Lage, etwas über deren Tätigkeit oder Funktion zu sagen. Auf eine diesbezügliche Frage, welche Vorstellungen ich darüber habe, ob die Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens, die organisatorischer Teil von V A 2 b war, auch in die Verhängung von Vorbeugungshaft eingeschaltet war oder darüber hinaus selbständig die verhängte Vorbeugungshaft für Zigeuner bestätigen konnte, ~~xxxxxxx~~ muß ich erklären, daß sich dies meiner Erinnerung entzieht.

Vernehmung wurde von 12.25 Uhr bis 13.15 Uhr zwecks Wahrnehmung der Mittagspause unterbrochen.

Nachdem der zur Frage stehende Sachverhalt in der Vorbesprechung mit mir eingehend erörtert wurde und mir zur Stützung meines Gedächtnisses die entsprechenden Unterlagen vorgelegt wurden, gebe ich hinsichtlich meiner Beteiligung an der zur Frage stehenden Aktion folgendes an: Zu einem Zeitpunkt, den ich heute beim besten Willen nicht mehr näher bestimmen kann, erhielt ich anläßlich einer Dienststellenleiterbesprechung, an der die leitenden Beamten des Referates V A 2 teilnahmen, durch den damaligen Referatsleiter KD B ö h l h o f f Kenntnis von einer Aktion, die das Ziel hatte, Justizgefangene zu übernehmen und in Konzentrationslager einzuweisen. Begründet wurde diese Maß-

193

nahme mit dem Hinweis, daß in Konzentrationslagern Zweige der Rüstungsindustrie installiert seien und die Justizgefangenen dort zweckdienlicher eingesetzt werden könnten. Eine weitere Begründung war, daß die Strafanstalten überfüllt seien, da die während der Kriegszeit verbüßte Strafe Kriegstätern nicht angerechnet wurden. Wenn ich mich recht erinnere, erhielt ich vom KD B ö h l h o f f den Auftrag, die für die Durchführung der Übernahmeaktion erforderlichen Maßnahmen innerhalb des RKPA zu treffen. Weder bei Erteilung des Auftrages noch später ist mir in irgendeiner Form gesagt oder angedeutet worden, daß die Zielsetzung dieser Aktion die Vernichtung der übernommenen Justizgefangenen bedeutete. Der Begriff "Vernichtung durch Arbeit" ~~ist mir~~ ^{ist mir} durch die Vorladung ~~xxxxxxx~~ ^{zum ersten Mal} zum heutigen Vernehmung zur Kenntnis gelangt. Bei dieser Besprechung wurde uns auch bekanntgegeben, daß Grundlage für diese Aktion eine Vereinbarung zwischen dem Reichsminister der Justiz und dem Reichsführer-SS bildete. Ob KD B ö h l h o f f einen grundlegenden Erlaß zwecks Durchführung der Übernahme erhalten hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich ~~xxxxx~~ habe einen derartigen Erlaß wahrscheinlich nie selbst gesehen. Irgendwelche Vermerke oder Protokolle über die Besprechung zwischen H i m m l e r und Dr. T h i e r a c k vom 18.9.1942, habe ich ebenfalls nie gesehen. Weiterhin wurde bei der Besprechung allgemein die Ansicht vertreten, gemeint ist natürlich die Besprechung der leitenden Beamten des Referates V A 2, daß diese Maßnahme ~~xxxxxxx~~ ^{Aufgabe} keine echte ~~xxxxxxx~~ der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung bildete, zumal die übernommenen Strafgefangenen sich ohnehin noch auf unbestimmte Zeit im Gewahrsam der Justiz befanden. Die Kriminalpolizei, vor allem das RKPA, konnte an der Übernahme dieses Personenkreises als Vorbeugungshäftlinge aus kriminalistischer Sicht nicht interessiert sein, und die Mitwirkung des RKPA dabei erschien zumindest unlogisch.

In der Folgezeit sind dann Listen der Justiz, die von den Strafanstalten erstellt worden sind, beim RKPA eingegangen.

Diese Listen waren nach Strafanstalten unterteilt und enthielten die Namen derjenigen Häftlinge, die von der Polizei übernommen werden sollten. Ich entsinne mich heute nicht mehr, wie die Listen zum RKPA gelangten. Gemeint ist damit, welche Dienststellen im RSMA sie zuvor durchlaufen haben. Desweiteren kann ich mich nicht mehr daran erinnern, ob das Reichsjustizministerium der Übersender der Listen war. Wenn ich gefragt werde, ob mir zur damaligen Zeit bekannt war, welche Arten von Häftlingen überhaupt von der Vereinbarung betroffen wurden, so halte ich das für wahrscheinlich. Ich kann mich heute natürlich nicht mehr daran erinnern, daß die Geheime Staatspolizei für Juden, Polen, Russen und deutschen politischen Häftlingen zuständig war. Zur damaligen Zeit wird mir diese Tatsache bekanntgewesen sein. Die Kriminalpolizei hatte im Rahmen dieser Aktion die Sicherungsverwahrten und Personen mit langjährigen Zuchthausstrafen zu übernehmen. Daß auch Zigeuner unabhängig vom Strafmaß von der Übernahme betroffen wurden, ist heute meiner Erinnerung entschwunden. Wenn ich weiter gefragt werde, ob im Zusammenhang mit der Übernahmeaktion auch Verbindung zum Schutzhaftreferat des Amtes IV aufgenommen wurde, so kann ich mich nicht daran erinnern, daß allgemeine und grundsätzliche Fragen mit Angehörigen des Referates IV C 2 besprochen wurden. Dagegen halte ich es für wahrscheinlich, daß in Einzelfragen Verbindung mit dem Schutzhaftreferat aufgenommen wurde.

Die Listen mit den zu übernehmenden Häftlingen wurden dann an die Kripo - leit - stellen übersandt, in deren Bereich die entsprechenden Strafanstalten lagen. Mit der Übersendung der Listen erfolgte auch die Anordnung, wann die Häftlinge zu übernehmen und in welches Konzentrationslager sie einzuweisen seien. Ich kann mich heute nicht mehr daran erinnern, wie es zu der Bestimmung des für die Aufnahme vorgesehenen Konzentrationslagers kam. Ich vertrete heute die Ansicht, daß die für die Aufnahme vorgesehenen Konzentrationslager von höherer Stelle vorher bestimmt waren. Ausschließen möchte ich allerdings nicht unbedingt, daß die Aufnahmelager aufgrund

von Anfragen an das Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS-Amtsgruppe D KL-seitens des RKPA bestimmt wurden. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß die üblichen Haftunterlagen zunächst nicht erstellt wurden, d.h. also, die von der Justiz übersandten Listen bildeten die einzige Grundlage für die Übernahme als Vorbeugungshäftlinge. Das galt auch für die Aufnahme der Häftlinge in die jeweiligen Konzentrationslager. Wenn ich mich richtig erinnere, war allerdings die Rede davon, daß die üblichen Unterlagen, die sonst bei Verhängung von Vorbeugungshaft erstellt wurden, später dann nachträglich gefertigt werden sollten. Ob es dazu gekommen ist, kann ich heute nicht mehr sagen. Für jeden übernommenen Häftling wurde als Unterlage im RKPA eine Karteikarte angelegt. Der Häftling erhielt auch wie die regulären Vorbeugungshäftlinge eine Tagebuchnummer. Wie aus den mir vorgelegten Unterlagen hervorgeht, erscheinen als Tagebuchnummern bei den von der Aktion betroffenen Häftlingen sowohl die Bezeichnungen A 2 a als auch A 2 b. Die Aktion selbst wurde zwar ausschließlich von A 2 a bearbeitet, doch wurde mit Rücksicht auf die arbeitsmäßige Belastung der Sachbearbeiter die Gesamtzahl der übernommenen Justizgefangenen auf A 2 a und A 2 b möglichst gleichmäßig verteilt. Wieviel Häftlinge im Rahmen dieser Aktion durch das RKPA übernommen wurden, kann ich nur schätzen, d.h. zur damaligen Zeit war mir die Zahl natürlich bekannt. Heute kann ich lediglich angeben, daß es mehrere tausend waren.

Nach vollzogener Übernahme ist dann seitens der durchführenden Kripo-leit-stellen Vollzugsmeldung an das RKPA erstattet worden. Wie die technische Durchführung der Transporte und Übergabe an die Konzentrationslager von den Kripo-leit-stellen gehandhabt wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Nach erfolgter Übernahme ist dann von den zuständigen Konzentrationslagern eine Bestätigung der Übernahme der Häftlinge erfolgt. Ob diese Bestätigungen für jeden Häftling gesondert oder listenmäßig wie die Transporte dort eingingen an das

C

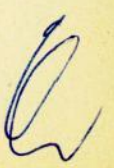
Häftlinge zuständig waren. Daher wurden zunächst Todesfälle nur dem RKPA gemeldet, das dann von sich aus die entsprechende Kripo-leit-stelle vom Ableben des Häftlings benachrichtigte. Es handelte sich um die Schreiben, die mir bei meiner heutigen Vernehmung vorgelegt wurden und die ausschließlich meine Unterschrift tragen. In diesem Zusammenhang erscheint es mir bemerkenswert zu erwähnen, daß die Anschreiben, die in Hinblick auf die Durchführung der Aktion an die einzelnen Kripo-leit-stellen gingen, wahrscheinlich nicht meine Unterschrift trugen, sondern von einem Vorgesetzten nach meiner Gegenzeichnung unterschrieben wurden. Mir ist heute ein Schreiben an die Kriminalpolizeileitstelle München vom 26.11.1942, die Überführung von Justizgefangenen in polizeiliche Vorbeugungshaft betreffend - Dok.Bd. VIII Seite 98 - vorgelegt worden, daß die Unterschrift des Gruppenleiters Dr. S c h e f e trägt. Dieses Schriftstück kann von mir entworfen worden sein. Ob in jedem Falle der Gruppenleiter für die Unterschriftsleistung bei derartigen Schreiben zuständig war, kann ich heute nicht mehr sagen. Es kann auch ebensogut der Referatsleiter gewesen sein.

Wenn ich gefragt werde, ob mir die Zahl der Todesmeldungen, die aus Konzentrationslagern bei uns eingingen und die Häftlinge betrafen, die in normale Vorbeugungshaft genommen wurden, zu denken gab, so muß ich erklären, daß dies nicht der Fall war, zumal ich keine Vergleichsmöglichkeiten hinsichtlich in Strafhaft verstorbenen Justizgefangener besaß. Bei den übernommenen Justizgefangenen hingegen war die Zahl der Todesmeldungen um ein vielfaches höher, als bei den normalen Vorbeugungshäftlingen. Dies trifft jedenfalls für die ersten Monate nach Anlaufen der Aktion zu.

Über die erhöhte ~~Tätigkeit~~ Sterblichkeit der in die Lager übernommenen Justizhäftlinge habe ich und auch die anderen Sachbearbeiter im RKPA nur Vermutungen anstellen können. Da die Übernahmeaktion in die Wintermonate fiel bestand die Möglichkeit, daß die Lager auf die Vielzahl der zu übernehmenden Häftlinge nicht genügend vorbereitet waren und nicht die erforderlichen Unterkunft- und Schlafgelegenheiten vor-

handen waren. Andererseits konnten auch veränderte Arbeits- und Lebensbedingungen zu einer erhöhten Sterblichkeit geführt haben. Die Tatsache der hohen Sterblichkeit der übernommenen Justizgefangenen wurde auch dem Referatsleiter vorgebracht, der sich meines Wissens dann mit dieser Angelegenheit an den Gruppenleiter gewandt hat. Welche weiteren Schritte dann unternommen worden sind, entzieht sich meinem Kenntnis. Nach einiger Zeit sank jedenfalls die Zahl der Todesfälle bei den übernommenen Justizgefangenen. Als sich die Erkenntnis durchsetzte, daß die Todesfälle sich bei den von der Justiz übernommenen Häftlingen häuften, war nach meiner Erinnerung der größte Teil der Transporte bereits gelaufen. Es mußte im Frühjahr 1943 gewesen sein, als sich diese Erkenntnis durchsetzte. Ich halte es durchaus für möglich, daß auch ein Abstoppen der noch ausstehenden Transporte durch das RKPA in Erwägung gezogen worden ist; eine sichere Erinnerung daran habe ich nicht. Es erscheint mir auch zweifelhaft, ob das RKPA überhaupt einen derartigen Einfluß auf den Lauf der Aktionen nehmen konnte. Den schließlichen Rückgang der Todeszahlen führe ich auf eine Intervention des Amtsleiters V zurück. Ich hätte es selbstverständlich nicht gebilligt, daß man die Justizhäftlinge Umständen aussetzte, durch die sie mit großer Wahrscheinlichkeit zu Tode kommen mußten. (Dieser Absatz wurde von Herrn Langenau selbst diktiert).

Ich habe heute darüber keine Vorstellungen mehr, wann die Aktion zum endgültigen Abschluß kam oder ob dies überhaupt der Fall war. Wenn ich gefragt werde, ob ich zu irgendeinem Zeitpunkt vor oder nach Anlaufen der Aktion Verhandlungen mit Angehörigen des Reichsjustizministeriums geführt habe, so möchte ich mit hoher Wahrscheinlichkeit ausschließen, jemals derartige Verhandlungen geführt zu haben. Darüber hinaus kann ich mich auch nicht erinnern, daß Vorgesetzte wie der Referatsleiter, Gruppenleiter oder Amtschef an derartigen Verhandlungen teilgenommen haben. Insbesondere habe ich darüber keine Erinnerungen, ob Verhandlungen hinsichtlich



von in Heil-und Pflegeanstalten untergebrachten kriminellen Psychopatenⁿ in Hinblick auf ihre Übernahme im Rahmen dieser Aktion seitens meiner Vorgesetzten geführt wurden. Ich selbst habe keine Erinnerung daran, ob dieser Personenkreis in diese Aktion einbezogen wurde. Ausschließen möchte ich diese Möglichkeit allerdings nicht. Auch bin ich nicht absolut sicher, ob ich der einzige Beamte des gehobenen Dienstes war, der in dieser Aktion tätig war. Ich könnte allerdings heute keine Namen nennen. Mir wurde soeben aus dem Dok.Bd. VIII Seite 99 ein Schreiben an die Kommandantur des Konzentrationslagers Mauthausen vom 12.1.1943, die Übernahme von Sicherungsverwahrten in polizeiliche Vorbeugungshaft betreffend, gezeigt, daß von Dr. M a l y unterschrieben wurde. Ob Dr. M a l y in diese Aktion eingeschaltet war, weiß ich nicht. Ich halte es aber für möglich, daß er in Vertretung des Referatsleiters diese Unterschrift geleistet hat.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen, da ich über die Dienstzeiten (beim Referat V A 2 anderer Beamter) nichts sagen kann.

Beginn der Vernehmung: 09.00 Uhr

Ende der Vernehmung: 17.30 Uhr

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

Bilstein

(Bilstein), StA'in

Konnerth

(Konnerth), KOM

Wanger

.....

Bl.

Lebenslauf

Am 21. Dezember 1911 wurde ich in Königsberg i.Pr. als Sohn des damaligen Schutzmannes und späteren Kriminalobersekretärs Adolf Langenau und seiner Ehefrau Anna, geb. Dangel, geboren. Mit einer älteren Schwester und zwei jüngeren Brüdern wurde ich im Elternhaus erzogen. In meiner Heimatstadt besuchte ich zunächst die Haberberger Mittelschule und anschließend die Vorstädtische Oberrealschule, die ich nach bestandener Reifeprüfung im April 1931 verließ.

Mein Wunsch, gleich meinem Vater Beamter zu werden, war bereits auf meinem Reifezeugnis vermerkt, ließ sich aus Mangel an freien Stellen aber nicht sofort verwirklichen. Darum betätigte ich mich zunächst ein Jahr informatorisch bei der Stadtverwaltung in Königsberg, um mich dann dem Studium der Mathematik, Physik und Chemie zu widmen. Während mein Gesuch um Einstellung als Kriminalkommissar-Anwärter lief, leistete ich vom Oktober 1934 bis Oktober 1935 meinen Militärdienst ab.

Am 3.4.1936 wurde ich als Kriminalkommissar-Anwärter nach Berlin einberufen. Nach meiner praktischen Ausbildung in allen Dienststellen der Kriminalpolizei-Leitstelle Berlin nahm ich vom 3.5. bis 27.11. 1937 an einem Kriminalkommissar-Anwärter-Lehrgang auf dem Polizeinstitut in Berlin-Charlottenburg teil, der durch die Prüfung zum Kriminalkommissar abgeschlossen wurde.

Darauf tat ich als Kriminalkommissar in verschiedenen Dienststellen der Kriminalpolizei-Leitstelle Berlin Dienst und wurde schließlich zu der Dienststelle zur Bekämpfung des Berufs- und Gewohnheitsverbrechertums versetzt (Vorbeugung). Von dort wurde ich im Februar 1942 zum Reichskriminalpolizeiamt in Berlin abgeordnet, wo ich der Dienststelle A 2 a als Hilfssachbearbeiter zugeteilt wurde. Aufgabe dieser Dienststelle war ebenfalls die vorbeugende Bekämpfung von Berufs- und Gewohnheitsverbrechern. Meine Arbeitsrate war die vorbereitende Bearbeitung von Gesuchen und Beschwerden und der Haftprüfungen von Vorbeugungshäftlingen.

Im Februar 1945 wurde ich mit sämtlichen noch waffenfähigen Beamten des Reichskriminalpolizeiamtes zum 3. Sicherheitspolizeigrenadierbataillon eingezogen, mit dem ich bei Abwehrkämpfen bei Berlin und Rückzugskämpfen in Mecklenburg eingesetzt war. Am 5.5.1945 geriet ich in der Nähe von Schwerin in amerikanische Gefangenschaft.

Im Anschluß an die Kriegsgefangenschaft war ich vom 3.9.1945 bis zum 4.6.1947 interniert.

Nach meiner Entlassung aus dem Internierungslager Staumühle arbeitete ich in verschiedenen Berufen, bis ich am 16.5.1952 wieder als Kriminalkommissar eingestellt wurde. Heute bin ich Kriminalhauptkommissar beim Polizeipräsidium in Recklinghausen mit Dienstsitz in Bottrop.

Seit 1941 war ich Parteimitglied und erhielt im Jahre 1943 im Zuge der Dienstrangangleichung den meinem Beamtendienstgrad entsprechenden SS-Dienstgrad eines Hauptsturmführers. Ich habe mich nie aktiv politisch betätigt und auch nie SS-Dienst geleistet.

Seit dem 30.8.1941 bin ich mit Irene geb. Jendraszek verheiratet und habe 4 Kinder.

Langenau

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

z. Z. Düsseldorf, den 9.12.1966

Gegenwärtig:
Staatsanwältin Bilstein

Justizangestellte Biermann

Vernehmungsniederschrift

Vorgeladen zum Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Düsseldorf
erscheint um 9 Uhr Kriminalrat i. R.

Dr. Julius S c h ä f e r ,
geboren am 15.11.1903 in Düsseldorf,
wohnhaft in Düsseldorf, Schwalbenweg 6

und erklärt, nachdem er mit dem Gegenstand der Ermittlungsver-
fahren vertraut gemacht und gemäß §§ 52, 55 StPO belehrt wurde:

Ich bin bereits am 8. Februar 1965 im Auftrage des General-
staatsanwalts bei dem Kammergericht zu meinem Lebenslauf und
meiner Tätigkeit im Reichskriminalpolizeiamt vernommen worden.
Die Niederschrift über meine damalige Vernehmung ist mir heute
aus dem Vorgang 1 AR (RSHA) 1076/64 noch einmal vorgelegt
worden. Ich bestätige, daß meine damaligen Angaben richtig
niedergelegt worden sind.

Nachdem mir heute verschiedene Geschäftsverteilungspläne des
ehemaligen Hauptamtes Sicherheitspolizei und des RSHA sowie
zwei Telefonverzeichnisse des RSHA vorgelegt worden sind, sind
mir die Bezeichnungen der Referate, denen ich in der Zeit von
1936 bis 1945 angehört habe, wieder ins Gedächtnis gekommen.
Es handelt sich um folgende Bezeichnungen:

Referat S-Kr. 2 des Hauptamtes Sicherheitspolizei, Amt Kriminal-
polizei,

Referat V F 2 des Reichssicherheitshauptamtes (RKPA) nach dem
Geschäftsverteilungsplan vom 1. Februar 1940,

Ellis

Referat II A 1 des RSHA nach dem Geschäftsverteilungsplan von 1941,

Referat I Org. des RSHA nach dem Geschäftsverteilungsplan von 1943.

Die mir ebenfalls genannte Referatsbezeichnung I A 7 ist mir dagegen nicht erinnerlich. Wenn ich unter dieser Bezeichnung im Telefonverzeichnis des RSHA von Juni 1943 aufgeführt bin, will ich aber die Möglichkeit nicht ausschließen, daß mein Referat zeitweilig diese Bezeichnung gehabt, hat.

Durch den Wechsel der Referatsbezeichnungen und die Zuordnung meines Aufgabengebietes zu den verschiedenen oben genannten Ämtern des RSHA hat sich an meiner Arbeit selbst sachlich nichts geändert. Ich war während der ganzen Zeit mit Wirtschafts- und Organisationsangelegenheiten der Kriminalpolizei beschäftigt und ~~hatte~~^{bin} immer ~~ein~~ Angehöriger der Kriminalpolizei gewesen. In meiner Vernehmung vom 8. Februar 1965 habe ich auch schon Angaben zu meinen Vorgesetzten und Kollegen gemacht.

Nachdem mir heute die entsprechenden Namen genannt worden sind, erinnere ich mich ferner an die folgenden früheren Angehörigen des Organisationsreferats:

Dr. S c h w e d e r

war zeitweilig Leiter des Referats. Zeitangaben kann ich insoweit aber nicht machen. Ich weiß auch nicht mehr, wohin er später versetzt worden ist.

RR W a n n i n g e r

war wohl Dr. Schweders Nachfolger. Soweit ich mich erinnere, war er bis zum Zusammenbruch Referatsleiter. Ob er zeitweilig Verbindungsführer zum Reichsjustizministerium war, ist mir nicht bekannt.

ROI B o r t h und

ROI K a n i t z

waren Verwaltungsbeamte. ~~Möglichere~~
~~weide~~ Über ihre Aufgaben innerhalb des Referats kann ich keine sicheren Angaben mehr machen. Ich erinnere mich nur, daß Herr Kanitz Organisationsangelegenheiten bearbeitete.

Leut

Dagegen sind mir die folgenden Personen nicht Erinnerung:

SS-Hauptsturmführer F r i e d r i c h s, Ministerialregistrator
K e e s e, RS H a a s e und RS M o s e r.

Als Registratoren habe ich in Erinnerung:

ROI K r a t z s c h und Herrn M a r o h n.

Wie schon geschildert, wurden von mir nur Wirtschafts- und Organisationsangelegenheiten bearbeitet. Mit Erlassen oder sonstigen Anordnungen des RSHA, die in den einzelnen Exekutivreferaten bearbeitet wurden - insbesondere mit Maßnahmen zur Tötung von Gegnern des Nationalsozialismus oder anderen mißliebigen Personen - habe ich nie etwas zu tun gehabt. Ich habe auch keine Kenntnis davon, daß andere Angehörige des Organisationsreferates damit befaßt waren.

Die seinerzeit zur Behandlung ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener ergangenen Bestimmungen waren mir damals nicht bekannt. Ich erinnere mich jedenfalls nicht, jemals einen derartigen Erlass gesehen zu haben. Ich weiß ferner nicht, wer für diese Bestimmungen verantwortlich zeichnete und wer eventuell bei den Vorarbeiten beteiligt war.

Mir ist ferner nicht Erinnerung, daß ich während meiner Tätigkeit im RSHA von der Sonderaktion gegen Justizgefangene, die mir heute näher geschildert worden ist, etwas gehört habe. Der Begriff "Vernichtung durch Arbeit" ist mir völlig unbekannt. Ich habe ihn heute zum erstenmal gehört. Auch zu dieser Aktion kann ich deshalb keine Angaben über etwaige Verantwortliche machen.

Auf besondere Frage:

Zu dem sogenannten Gesetzgebungsreferat des RSHA hatte ich keinen Kontakt. Ich kann keine Angaben über Arbeitsweise und personelle Besetzung dieses Referats machen. Der mir heute genannte Regierungsrat N e i f e i n d ist mir dem Namen nach Erinnerung. Über seine Tätigkeit im RSHA kann ich aber nichts sagen.

Ende der Vernehmung: 11.15 Uhr.

Selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben.

Geschlossen:

W. Klein

H. Winterhagen

Landeskriminalamt NW
- Dezernat 15 -
Tgb.Nr. 6085/64

Düsseldorf, den 8. 2. 1965

204

Zeugenschaftliche Vernehmung.

Zur Dienststelle des Dezernats 15 in Düsseldorf, Tannenstr. 26,
vorgeladen, erscheint der Kriminalrat i.R.

Dr. S c h ä f e r, Julius,
geb. 15. 11. 1903 in Düsseldorf,
wohnhaft in Düsseldorf, Schwalbenweg 6.

Mit dem Gegenstand der Vernehmung bekanntgemacht, sagt der
vorbenannte Zeuge

zur S a c h e:

Von 1924 bis Ende 1930 studierte ich an den Universitäten
Köln, Innsbruck und Bonn Rechtswissenschaft. Ende 1930
legte ich das juristische Doktorexamen an der Universität
in Köln ab. Am 1. Oktober 1932 trat ich als Kriminalkommissar-
anwärter bei der Polizeiverwaltung in Essen ein. Nach einem
7-motanigem Lehrgang beim damaligen Polizeiinstitut in Berlin-
Charlottenburg bestand ich am 12. 4. 1935 das Kriminalkommissar-
examen. Anschliessend war ich Hilfskriminalkommissar bei der
Polizeiverwaltung in Essen. Anfang Mai 1936 erfolgte meine
Versetzung an das damaligen Reichs- und Preußische Ministerium
des Innern in Berlin. Als im Jahre 1940 das Reichskriminal-
polizeiamt mit der kriminalpolizeilichen Dienststelle des
Innenministeriums vereinigt wurde, wurde ich in das Reichs-
kriminalpolizeiamt versetzt, wo ich meine bisherigen Arbeits-
gebiete beibehielt. Vom 1. 10. 1940 bis Mitte Dezember 1940
war ich bei der Kriminalpolizeileitstelle Berlin mit der

Bearbeitung von Disziplinarsachen beschäftigt. Anschliessend wurde ich wieder in das Reichskriminalpolizeiamt zurückversetzt.

Beim Reichskriminalpolizeiamt habe ich in folgenden Sachgebieten gearbeitet:

Fondverwaltungen (Bewegungsgelder und Fahndungskosten der Kriminalpolizei), Belohnungsangelegenheiten (Ausloßungen der Kriminalpolizei), Beschwerdesachen und allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten der Kriminalpolizei. Nach meiner Rückversetzung von der Kriminalpolizeileitstelle Berlin zum Reichskriminalpolizeiamt wurde ich mit allgemeinen Organisationsangelegenheiten der Kriminalpolizei beschäftigt. Bis zum Ende des Krieges verblieb ich Angehöriger des Reichskriminalpolizeiamtes. "eine tatsächliche Dienstzeit beim Reichskriminalpolizeiamt endete Mitte Februar 1945 aus Krankheitsgründen.

~~Beförderungen sind mir nicht bekannt.~~

Am 1. 3. 1940 wurde ich zum Kriminalrat befördert.

Am 1. November 1944 erfolgte meine Beförderung zum Kriminaldirektor. Einen SS-Angleichungsdienstgrad hatte ich zu keiner Zeit.

Die referatsmässige Bezeichnung der Dienststellen in denen ich gearbeitet habe, ist mir nicht mehr Erinnerung.

Mein Vorgesetzter im Reichskriminalpolizeiamt war der damalige Kriminalrat B e r g e r, Vorname und weitere Personalien sind mir unbekannt. Wenn ich mich nicht irre, soll sich Berger heute in der Gegend von Frankfurt aufhalten. Ich habe zu ihm aber keine Verbindungen. Mir ist Erinnerung, daß Berger während meiner gesamten Dienstzeit beim Reichskriminalpolizeiamt mein unmittelbarer Vorgesetzter geblieben ist. Gegen Ende des Krieges war ein mir heute namentlich nicht mehr Erinnerung junger Assessor zwischen Berger und mir zwischengeschaltet. Soweit ich mich erinnere, ist der Kriminalrat Berger noch vor Kriegsende zum Regierungsrat befördert worden.

Hoffnung bezu
1943 v. c. ab
mit 1. 11. 44

Ich erinnere mich an folgende weitere Personen, die zur gleichen Zeit im Reichskriminalpolizeiamt tätig gewesen sind:

✓ Dr. Karl B a u m, weitere Personalien unbekannt, er wird in der Frankfurter Gegend. Er war Frankfurter.

Dr. Baum war Kriminalrat und wurde später Regierungsrat, wenn ich mich nicht irre. Über das Aufgabengebiet kann ich heute konkrete Angaben nicht machen. Dr. B. war aber rein kriminalpolizeilich tätig.

✓ Dr. B i t t n e r, Vorname und weitere Personalien nicht bekannt. Kriminalkommissar und später Kriminalrat. Er soll in Niedersachsen aufhältlich sein. Ich weiß auch nicht, ob er im Dienst ist ~~xxxxxx~~. Auch über seine kriminalpolizeiliche Aufgaben kann ich verwertbare Hinweise nach so langer Zeit nicht mehr machen.

✓ Dr. H o r n, Vorname vermutlich Rudolf, weitere Personalien unbekannt. Er ist oder war nach dem Kriege als leitender Kriminalbeamter in Schleswig-Holstein tätig. Dr. Horn war Kriminalrat. Über die Dauer seiner Dienstzeit und seine Dienstfunktionen kann ich keine Angaben machen.

✓ Dr. M e n k e, z. Z. als Kriminaloberrat und Leiter der Kriminalhauptstelle Dortmund. Ich habe in Erinnerung, daß Dr. Menke Kriminalkommissar und später Kriminalrat war. Hinsichtlich seiner Dienstfunktionen kann ich sicherer Angaben nicht machen.

Die von mir benannten Personen waren zu meiner Zeit sämtlich unter ~~Bxx~~ B e r g e r im Reichskriminalpolizeiamt tätig, wobei ich allerdings nicht sagen kann, wie langer ein jeder von ihnen genau unter Berger Dienst versehen hat. Ich habe zu keinem der oben aufgeführten heute noch persönliche Verbindungen

Ich bin bisher in keinem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungs-

1207

verfahren als Zeuge oder als Beschuldigter vernommen worden.

Angehörige von mir sind durch mein Dazutun nicht zum RSHA bzw. zum Reichskriminalpolizeiamt abgeordnet oder versetzt worden.

Zu dem Aktenvermerk auf Bl. 5 d. A. muß ich sagen, daß mit der Dienststellenbezeichnung II A 1 nicht mehr Erinnerlich ist. Ich war allerdings in der Organisation und in der inneren Verwaltung des Reichskriminalpolizeiamtes tätig. Die Dienststellenbezeichnung V F2 wird richtig sein, denn obwohl ich mich nicht mit Sicherheit daran erinnere. Mein Aufgabenbereich war tatsächlich Wirtschaftsangelegenheiten der Kriminalpolizei.

Ich gehörte also ausschließlich dem Reichskriminalpolizeiamt an. Lediglich in der oben angegebenen Zeit war ich bei der Kriminalpolizeileitstelle Berlin tätig. Ich unterstelle als bekannt, daß das Reichskriminalpolizeiamt später die Dienstbezeichnung Amt V trug. Ich selbst gehörte nicht dem Amt IV, also der Geheimen Staatspolizei an.

Weitere Aussagen kann ich zur Sache nicht machen.

Geschlossen:

(Kaup) KOM.

Selbst gelesen, genehmigt u. unterschrieben:

.....
(Dr. Julius Schäfer)

✓

V.

1) Vermerk:

Die für heute zur Staatsanwaltschaft Düsseldorf zur Vernehmung geladene Zeugin

Klara L i s s i g k e i t verw. Lorenz geb. Stier,
geb. am 9. Mai 1902 in Berlin,
wohnhaft in Düsseldorf, Heinrichstr. 84,

bat fernmündlich, die Vernehmung in ihrer Wohnung durchzuführen, da sie nach einer Erkrankung ihre Wohnung noch nicht verlassen könne. Ich habe darauf die Zeugin in ihrer Wohnung aufgesucht und lediglich informatorisch und ergänzend zu ihren Angaben vom 18. Januar 1966 zu 1 Js 10/65 (RSA) gehört.

Die Zeugin gab an, dass ihr während ihrer gesamten Tätigkeit beim RKPA von der Sonderaktion gegen Justizgefangene nichts bekannt geworden sei. Auch über die Gliederung und personelle Besetzung des Referats V A 2 konnte sie keine Angaben machen.

Zu ihrer eigenen Tätigkeit im RKPA in den Jahren 1942/43 erklärte die Zeugin:

Von Anfang 1942 bis Sommer 1942 sei sie als Schreibkraft für KD T h o m a s in der Dienststelle V A 1 b (Internationale Zusammenarbeit) tätig gewesen. Anschliessend habe sie für KK W i ß m a n n die Morgenmeldungen geschrieben. Leiter der Dienststelle und Vorgesetzter von KK W i ß m a n n sei KK G o r n i c k e l gewesen. Er habe sich aber wohl nicht selbst mit den Morgenmeldungen befasst. Über seine Tätigkeit sei ihr nichts bekannt. Für ihn hätten KS L i l l und die G.-Ang. D ü r s t l i n g gearbeitet. In der letzten Zeit vor ihrer, der Zeugin, Versetzung in das Vorzimmer von KR Dr. Menke (etwa Ende 1942/Anfang 1943) sei sie nachmittags - nach Fertigstellung der Morgenmeldungen - ebenfalls zu Arbeiten für KK G o r n i c k e l herangezogen worden. Sie habe nach Listen Karteikarten ausschreiben müssen. Die Listen, über deren Zweck und Herkunft ihr nichts bekannt sei, hätten Namen und Angaben über Verurteilungen enthalten. Sie habe aber nicht für alle in den Listen aufgeführten Personen Karteikarten schreiben müssen, sondern nur für die, bei denen längere Zucht-

hausstrafen (genaues Strafmass nicht mehr rememberlich) vermerkt waren. Auf diese Karteikarten habe sie vermerken müssen: "Verfahren X".

Diese Tätigkeit habe ihr nicht zugesagt und sie sei deshalb beim Gruppenleiter W e r n e r vorstellig geworden. Kurz darauf sei sie dann ~~am~~ ins Vorzimmer von Dr. M e n k e versetzt worden. Den genauen Zeitpunkt dieser Versetzung konnte die Zeugin nicht angeben. Insbesondere konnte nicht geklärt werden, ob er vor oder nach der Versetzung des Beschuldigten W e r n e r nach Stettin (an die die Zeugin sich nicht erinnerte) lag.

Auch über den Zweck der Listen und der Kartei konnte die Zeugin nichts sagen. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass ein Zusammenhang mit der Abgabeaktion besteht.

Die Zeugin gab ~~mit~~ mit Sicherheit an, dass sie ihren Versetzungswunsch persönlich bei dem Beschuldigten W e r n e r - nicht bei Dr. S c h e f e oder beim Amtschef N e b e - vorgetragen habe und dass der Beschuldigte G o r n i c k e l jedenfalls bis zu ihrer Versetzung im RKPA in Berlin tätig war. Von einer Abordnung des Beschuldigten G o r n i c k e l zur Gruppe V B war ihr ~~nicht~~ nichts bekannt.

Über den Verbleib von KS L i l l und der G.-Ang. D ü r s t - l i n g konnte die Zeugin keine Angaben machen.

2) z.d.A.

Düsseldorf, d. 9.12.1966

bs.

Vernehmungsprotokoll vom 13.1. 1966

Gegenwärtig: Staatsanwalt H a u s w a l d
Kriminalmeister H i n k e l m a n n
Polizeihauptwachtmeister M a r t e r

Auf Vorladung erscheint die Hausfrau

Klara L i s s i g k e i t , verw. Lorenz,
geb. Stier,
geb. 9. Mai 1902 Berlin,
wohn. Düsseldorf, Heinrichstr. 84

und erklärt nach eingehender Vorbesprechung und Belehrung gem.
§§ 52 und 55 StPO. folgendes:

Im Jahre 1940 arbeitete ich als persönliche Sekretärin für
ER T h o m a s und ab 1942 für KR Dr. M e n k e im RKPA
am Werderschen Markt. KR F e l g e n h a u e r war Dezernent
unter Dr. M e n k e. KOC N e u e n f e l d t war Sachbear-
beiter im gleichen Referat (V A l a). G.-Ang. S p i e B
war Schreibkraft für die vorgenannten Herren, hauptsächlich
jedoch für KR F e l g e n h a u e r. Ich befand mich von
Dezember 1940 bis 30. Dezember 1941 in Den Haag/Holland bei
einer Zweigdienststelle des RKPA. Während dieser Zeit war
Frl. S p i e B Vorzimmerdame von Dr. M e n k e.

Nach meiner Rückkehr aus Holland arbeitete ich bis Ende Sommer
1942 bei KD T h o m a s in der Auslandsabteilung (V A l b).
Ab Frühherbst 1942 stellte ich zusammen mit KK W i B m a n n
etwa vier Monate lang (bis Ende 1942 Anfang 1943) die Morgen-
meldungen auf. Mein Ehename war damals L o r e n z. Ent-
sprechend bin ich im GVPl V, Seite 19, als G.-Ang. L o r e n z
unter KK W i B m a n n als Sachbearbeiter und KK G o r n i c k e l
als Dienststellenleiter aufgeführt. Der GVPl V wurde mir vor-
gelegt. Ich selbst habe einen derartigen GVPl. im RKPA nicht
gesehen.

Ab Anfang 1943 bis Ende 1944 war ich Vorzimmerdame von ER

Dr. M e n k e. Sein Sachgebiet xxx betraf Organisations-
fragen des RKPA (V A la).

Nach der Ausbombung des RKPA im November 1943 wurden wir
im stehengebliebenen Teil desselben untergebracht. Ich
habe eine ungefähre Skizze der Dienstzimmer angefertigt,
in denen die Spitze des RKPA untergebracht war. Amtschef
N e b e saß im Eckzimmer, das nur von seinem Vorzimmer aus
zugänglich war. Im Vorzimmer befanden sich die persönlichen
Sekretärinnen von N e b e, Frau W i n k e l m a n n und
Frl. T i e s e l e r sowie KOS Z a b e l und AS R a d k e.
Im nächsten Zimmer befand sich der Adjutant E n g e l m a n n.
Neben diesem oder ein oder mehrere Zimmer weiter war das Dienst-
zimmer von W e r n e r, Vertreter des Amtschefs N e b e.
Anschließend befand sich das Zimmer von Dr. M e n k e und
dahinter dessen Vorzimmer, in dem ich arbeitete. Möglicherweise
befand sich zwischen den Zimmern von W e r n e r und Dr. M e n k e
noch ein weiteres Zimmer (evtl. der Restbestand der Bücherei).
Ungefähr gegenüber von meinem Zimmer befand sich auf der anderen
Flurseite das Zimmer des Dr. H o r n, bei dem Frl. S p i e ß
ebenfalls untergebracht war.

Ob in der Zeit von November 1943 bis Juli 1944 der Adjutant
M a i s c h und der Adjutant Dr. T e i c h m a n n noch in
der unmittelbaren Umgebung von N e b e tätig gewesen sind,
kann ich nicht genau sagen. Wenn ich nach weiteren leitenden
Mitarbeitern von N e b e innerhalb dieser Zeit gefragt werde,
so kann ich mich an L o b b e s, Dr. W e h n e r und Helmut
M ü l l e r (letzter ^{er} beim Erkennungsdienst) erinnern. KR
D r e s c h e r war beim Erkennungsdienst tätig. Ich glaube nicht,
daß er persönlicher Referent von N e b e gewesen ist. Von
Dr. T e i c h m a n n nehme ich an, daß er persönlicher Referent
von N e b e gewesen ist. Ob er dies auch im Frühjahr 1944 ge-
wesen ist, glaube ich nicht.

Im Herbst 1944 bis etwa XXXXX Oktober/November 1944 war ich
Vorzimmerdame von W e r n e r. In dieser Zeit erstellte ich
eine Kartei aller leitenden Beamten des RKPA und der Reichs-
kriminalpolizei. Als W e r n e r sich etwa Anfang 1945 von Berlin

absetzte zusammen mit P a n z i n g e r, nahm W e r n e r m.E. diese Kartei in zwei schmalen Kästchen mit.

Im Jahre 1944 löste ich gelegentlich eine der beiden Vorzimmerdamen von N e b e nachmittags ab, da diese fast regelmäßig für N e b e Überstunden machen mußten. Während meiner Tätigkeit im Vorzimmer von N e b e habe ich hauptsächlich Telefongespräche vermittelt. Schreibarbeiten habe ich dort sehr selten verrichtet. Ich bin mir ganz sicher, daß ich im Vorzimmer von N e b e keine GKS-Vorgänge geschrieben habe. Ich habe überhaupt zu keiner Zeit im RKPA GKS-Vorgänge geschrieben. Ich habe während dieser Zeit auch keine Fernschreib-Formulare geschrieben. Wichtige geheime Sachen oder GKS-Vorgänge können für N e b e im Frühjahr 1944 m.E. nur W i n k e l m a n n oder T i e s e l e r geschrieben haben. Ich halte es für ausgeschlossen, daß andere Damen des RKPA geheime Fernschreiben von besonderer Bedeutung, insbesondere in einer Fahndungsaktion gegen flüchtige ausländische Offiziere im Frühjahr 1944, außer W i n k e l m a n n und T i e s e l e r herangezogen wurden. Frl. B e l l e n b a u m oder Frl. G r ü t z m a c h e r sind m. E. nicht im Vorzimmer von N e b e zu Schreibarbeiten herangezogen worden. Auch Frl. S p i e ß, obwohl sie eine gute Arbeitskraft gewesen ist, wurde nicht im Vorzimmer beschäftigt. Mir ist nicht bekannt, ob Frl. D ü r s t l i n g die Vorzimmerdame von N e b e im Urlaub oder bei Krankheit vertreten hat.

Im Frühjahr 1944 habe ich nicht bemerkt, daß im Zimmer von W i n k e l m a n n Herren der Fahndungsabteilung längere Zeit in einer Kriegsfahndungssache gegen ausländische Offiziere tätig gewesen sind. Wenn dies auch unwahrscheinlich klingen mag, da ich nur wenige Zimmer entfernt im Vorzimmer von Dr. M e n k e saß, so erkläre ich, daß mir dies entgangen sein könnte, weil bei N e b e und in seinem Vorzimmer sowie im Adjutantenzimmer ein ständiger lebhafter Besucherverkehr geherrscht hat. Im Gegensatz zu mir hatte Frl. S p i e ß als jüngere Mitarbeiterin zu anderen Kolleginnen mehr Kontakt. Gleichwohl glaube ich nicht, daß Frl. S p i e ß zu dieser Frage Auskunft geben könnte.

Ich habe zwar K^o A m e n d auch noch 1944 gelegentlich in der Kantine des RKPA gesehen. Ich kann es mir jedoch beim besten Willen nicht erklären, daß A m e n d und anderen Herren der Fahndungsabteilung längere Zeit im Frühjahr 1944, mir wird gesagt, im März und April 1944, im Zimmer von E n g e l m a n n eine Fahndungsaktion gegen ausländische Offiziere bearbeitet haben sollen, ohne daß ich dies bemerkt habe. Wenn dies aber der Fall gewesen sein soll, dann müssen es W e r n e r oder Dr. M e n k e, E n g e l m a n n oder Dr. H o r n (Sachbearbeiter für Meldewesen) angeben können.

In diesem Zusammenhang werde ich gefragt, ob ich in dem Fernsehfilm "Der Fall Nebe", den ich gesehen habe, die Fahndungs- und Erschießungsaktion der ausländischen Offiziere gesehen habe. Ich kann mich nicht an diese Sache erinnern.

Ich halte es für ausgeschlossen, daß leitende Beamte der Fahndungsabteilung umfangreichere Fernschreiben in einer besonderen Fahndungssache, bei der es um die Erschießung ausländischer Offiziere ging, selbst mit der Schreibmaschine geschrieben haben. Fr^äl. P e l z e r hat im Frühjahr 1944 bestimmt nicht im RKPA am Werderschen Markt mit leitenden Herren der Fahndungsabteilung zusammen gearbeitet. Ich habe jedenfalls Fr^äl. P e l z e r zu dieser Zeit nicht im RKPA am Werderschen Markt gesehen. Wäre sie zu dieser Zeit im RKPA am Werderschen Markt tätig gewesen, dann hätte ich sie bestimmt mal gesehen. Sie wäre dann mal bestimmt zu mir hereingekommen.

Im März/April 1944 war ich ganz sicher ständig im Dienst gewesen. Erst am 15. Mai 1944 ging ich nach Bad Reichenhall für vier Wochen zur Kur. Auch daraus ergibt sich, daß mir die Anwesenheit von Herren der Fahndungsabteilung im März/April 1944 im RKPA am Werderschen Markt im Zimmer von E n g e l m a n n unbedingt hätte auffallen müssen, wenn dies tatsächlich der Fall gewesen sein sollte.

M.E. müßten D r e s c h e r und Helmut M ü l l e r, weil beide im Erkennungsdienst der Fahndungsabteilung tätig waren, über Fr^äl. P e l z e r Auskunft geben können.

Maria Klinger

215

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

z. Zt. Bonn , den 12.12.1966

Vernehmungsprotokoll

Gegenwärtig : Staatsanwältin Bißstein als Vernehmende
Justizangestellte Lenden als Protokoll-
führerin.

Vorgeladen zum Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Bonn
erscheint um 8.00 Uhr der Angestellte
Rolf-Heinz Höppner, geboren am 24.2.1910 in Siegmars/Ober-Sachsen
wohnhaft Bad Godesberg, St. Cloud-Strasse 9.

Ihm wurde eröffnet, dass er in zwei Ermittlungsverfahren
gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der
Teilnahme am Mord -

- a) Sonderbehandlung ausländischer Zivilarbeiter und
Kriegsgefangener (1 Js 4/64 (RSHA)
- b) Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen
in Konzentrationslagern zur " Vernichtung durch Arbeit"
(1 Js 13/65 (RSHA) -

als Beschuldigter vernommen werden soll.

Er wurde darauf hingewiesen, dass es ihm nach dem Gesetz
freistehe, sich zu den Beschuldigungen zu äussern oder
nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor
seiner Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger
zu befragen.

Er erklärte: Ich will mich jetzt zu den Beschuldigungen
äussern.

Zu meiner Person und zu meinem Lebenslauf nehme ich
Lelug auf die schriftliche Äusserung vom heutigen Tage,

[Handwritten signature]

die ich hiermit zu den Akten reiche.

Ergänzend gebe ich dazu an: Im Hauptamt Sicherheitspolizei, in das ich etwa 1938 übernommen wurde, hatte ich, soviel mir bekannt ist, nur eine Planstelle inne. Ich habe nicht einen einzigen Tag in diesem Amt gearbeitet sondern war weiterhin in Dresden beim SD tätig. Mir sollte mit der Übernahme lediglich die Möglichkeit einer Beamtenlaufbahn eröffnet werden.

Nach meiner Rückkehr aus Polen war ich zunächst etwa 1 Jahr ohne bezahlte Beschäftigung. Ab 1.1.1958 war ich dann Justiziar bei der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer in Frankfurt. Am 1.5.1958 nahm ich eine Stelle in Bonn bei der Bautreuhand- und Finanzierungs GmbH an. Nach Durchlauf bei der Allg. Finanzberatungs-GmbH in Köln wurde ich Anfang 1964 zur Bau- und Handelsbank in Köln als Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung übernommen. Seit 1.1.1965 bin ich Angestellter beim Verband der Privaten Bausparkassen in Bonn.

Ich bin schon in verschiedenen Ermittlungsverfahren als Zeuge vernommen worden. Aus meiner richterlichen Vernehmung in dem Verfahren gegen den ehemaligen HSSPF in Posen Wilhelm Koppe hat sich ein Ermittlungsverfahren gegen mich entwickelt, das einerseits meine Tätigkeit in Posen und zum anderen den Vorwurf der falschen uneidlichen Aussage umfasst. Das Verfahren läuft bei der Staatsanwaltschaft in Bonn. Das staatsanwaltschaftliche Aktenzeichen ist mir aber nicht bekannt. Ich bin dazu vom Amtsgericht Bonn unter dem Aktenzeichen 43 Gs 4321/65 vernommen worden. Der Stand des Verfahrens ist mir ebenfalls nicht bekannt.

Wie ich bereits bei der schriftlichen Äusserung angegeben habe, wurde ich am 1.7.1944 von Posen

nach Berlin zum RSHA versetzt. Ich übernahm dort am 18.7.1944 die Leitung der Gruppe III A. Mein Vorgänger als Gruppenleiter, SS-Obersturmbannführer Dr. Gengenbach, war im Januar 1944 tödlich verunglückt. ~~Kommunismus~~ Etwa bis Juni 1944 hatte Oberregierungs- rat Neifein die Gruppe vertretungsweise geführt. Auch er hatte Berlin schon verlassen als ich zum RSHA kam.

Zur Gruppe IIIA gehörte auch das sog. Polizeireferat, das im Juli 1944 ~~noch~~ ^{meiner Erinnerung nach schon} die Bezeichnung III A 4 trug. Sein Leiter war der damalige Oberregierungsrat R o t h m a n n. Sein Vertreter war Oberstleutnant der Ordnungspolizei G r o t e.

Das Polizeireferat war ursprünglich im Amt II des RSHA geführt worden. Es wurde zu einem mir nicht mehr erinnerlichen Zeitpunkt zunächst als Referat III A 5 in das Amt III überführt. Von meiner Tätigkeit als Abschnittsführer in Posen aus gesehen, bildete das Referat im Amt III einen gewissen Fremdkörper.

Ich vermutete damals, dass die Absicht für die Überführung des ~~Apparatus~~ Referates die war, eine Ministerialzuständigkeit in das Amt III zu bekommen.


In diesem Referat wurden einerseits Polizeirechtsfragen bearbeitet. Andererseits hatte das Referat bei Gesetzgebungsangelegenheiten des RSHA mitzuwirken.

Mir sind heute zwei Erlasse vom 14. April 1943 - III A 5 Nr. 222/43 - 176 - und vom 24. September 1943 - I Org. - B. Nr. 503/43 - 151 - vorgelegt worden. Beide Erlasse enthalten eine Aufstellung der Aufgabengebiete des Referats III A 5. Ich weiss nicht, wieweit diese Aufgabengebiete - insbesondere in der Zeit meiner Tätigkeit beim RSHA - tatsächlich vom Polizeireferat wahrgenommen worden sind. Ich hatte zu diesem Referat nur wenig Kontakt, da es in einem anderen Gebäude untergebracht war

- jedenfalls soweit ich mich erinnere . Hinzu kam, dass kurz nach meiner Ankunft in Berlin durch die Ereignisse des 20.7.1944 und die Situation an den umliegenden Fronten andere Ereignisse völlig im Vordergrund standen.


Als Schwerpunkt in meiner Tätigkeit kann ich mich an eine umfassende Berichterstattung über die allgemeine Führungssituation, die Problematik " Volk-Führung ", die Situation in der Wehrmacht, insbesondere in der Luftwaffe und den Versuch des Aufbaues eines Nachrichtennetzes in vermutlich vom Kriegsgegner besetzten Gebieten erinnern. Ich habe Ende des Jahres 1944 längere Dienstreisen durch die Abschnitte an der Westgrenze unternommen, um mit den Abschnittsführern Möglichkeiten für den Aufbau eines geheimen Nachrichtennetzes zu ~~führen~~ erörtern. Diese Versuche sind ohne Erfolg geblieben, da die Zeit zu kurz war .

Mir ist heute der Geschäftsverteilungsplan des Amtes III nach dem Stand vom 15. September 1944 vorgelegt worden. In diesem Geschäftsverteilungsplan ist das genannte Polizeireferat als Abteilung III A 4 aufgeführt. Die Angaben in dem Geschäftsverteilungsplan entsprechen meiner Erinnerung an die tatsächlichen Verhältnisse. Die Neugliederung des Amtes III ist meiner Erinnerung nach aber nicht erst im September 1944 erfolgt. Mindestens wurde sie schon früher praktiziert. Von den im Geschäftsverteilungsplan genannten Refenten habe ich SS-OSTubaf. R o t h - mann und ORR. ~~W~~ o t e bereits oben erwähnt. Auch an die weiteren Namen J e d a m z i k und M a y r kann ich mich erinnern. Ich weiss mit



Sicherheit, dass sie bei der Abteilung III A 4 tätig waren. Ich kann aber keine Angaben darüber machen, was jeder einzelne von ihnen bearbeitet hat und wie die Dienstgeschäfte intern aufgeteilt waren.


Die seinerzeit zur Behandlung polnischer und sowjetrussischer Kriegsgefangener und Zivilarbeiter erlassenen Bestimmungen des RSHA sind mir in meiner Tätigkeit in Posen nur im grossen Rahmen bekannt geworden. Das Institut der "Sonderbehandlung" war mir allerdings bekannt. Ich kann keine Angaben darüber machen, wer diese einzelnen Erlasse federführend bearbeitet hat. Ich nahm aber an, dass sie als Exekutiverlasse aus dem Amt IV des RSHA stammten. Ob das Polizeireferat in ~~trigda~~ einer Weise bei der Bearbeitung dieser Erlasse eingeschaltet war, ist mir nicht bekannt. Mir ist heute der Schnellbrief des RSHA - II A 2 Nr. 567/42 - 176 - vom 5. November 1942 betreffend "Strafrechtspflege gegen Polen und Angehörige der Ostvölker" vorgelegt worden. Dieser Schnellbrief war u.a. auch an die Leiter der SD-(Leit-) Abschnitte gerichtet und musste deshalb auch mir in Posen zugegangen sein. An den Inhalt dieses Schnellbriefes habe ich keine Erinnerung mehr. Ich weiss aber noch, dass seinerzeit Bestrebungen bestanden, das Polenstrafrecht vollständig auf die Sicherheitspolizei zu übernehmen. Mir ist auch erinnerlich, dass gegen diese Absichten sowohl bei der Justiz als auch bei politischen Stellen grosse Widerstände bestanden haben. Ich kann mich nicht mehr erinnern, wie die Stellungnahme im ^{sog.} Warthegau im einzelnen ausgesehen hat.



Der zu dieser Frage ergangene weitere Erlass des RSHA - III A 5 b Nr.187 B/43 - 176-3 vom 30. Juni 1943 ist mir ebenfalls nicht mehr erinnerlich. Ich weiss nicht, ob ich ihn jemals erhalten habe.

Der Erlass des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD - III A 4 (neu) - 296/44 - vom 4. Dezember 1944 betreffend 'Bekämpfung der Kriminalität unter den polnischen und sowjetrussischen Zivilarbeitern' ist während meiner Tätigkeit in Berlin ergangen. Es ist möglich, dass ich ihn seinerzeit abgezeichnet habe. Auch an seinen Inhalt habe ich keine Erinnerung. Das mag daran liegen, dass meine Hauptaufgaben, wie oben geschildert, auf anderem Gebiet lagen. Es ist auch möglich, dass ich zu dem fraglichen Zeitpunkt nicht in Berlin war, sondern auf Dienstreisen.

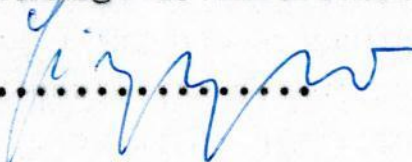
Von einer Sonderaktion gegen Justizhäftlinge, die vor Strafende von der Polizei übernommen und in Konzentrationslager gebracht wurden, ist mir ebenfalls nichts bekannt. Wie mir heute mitgeteilt wurde, lag der Zeitpunkt dieser Aktionen im wesentlichen vor meiner Tätigkeit im RSHA. Auch in Posen habe ich davon nichts erfahren. Im Oberlandesgerichtsbezirk Posen lagen die Zuchthäuser Wronke und Rawitz, ein weiteres Zuchthaus in der Nähe von Lissa und eines in der Umgebung von Lodz. Ob aus diesen Zuchthäusern zu der fraglichen Zeit Gefangene in die Konzentrationslager abgegeben worden sind, weiss ich nicht. Den Begriff "Vernichtung durch Arbeit" habe ich im Zusammenhang mit Konzentrationslagern schon gehört. Ich kann aber nicht mehr sagen, ob dies vor Kriegsende war oder später. Bei meinen Vernehmungen in Polen ist mir dieser Begriff jeden-



falls wiederholt vorgehalten worden.
Auch hinsichtlich der hier in Frage stehenden
Sonderaktion kann ich keine Angaben darüber machen,
wer an der Planung und Durchführung beteiligt war.
Insbesondere kann ich nicht sagen, ob das Polizei-
referat in irgendeiner Weise mitgewirkt hat.
Weitere Angaben kann ich nicht machen.
Das Vernehmungsprotokoll ist in meiner Gegenwart
laut diktier^t worden. Ich verzichte darauf, es
noch einmal durchzulesen.

Ende der Vernehmung 11.35 Uhr

Genehmigt u. unterschrieben :

.....

Geschlossen :





L e b e n s l a u f

Ostern 1916 bis Ostern 1920 Besuch der Volksschule in Chemnitz.

Ostern 1920 bis Ostern 1929 Besuch des Reform-Real-Gymnasiums in Chemnitz, Abschluss Reifeprüfung.

Sommersemester 1929 bis Januar 1934 Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg /Br., Halle, Bonn und Leipzig. Januar 1934 1. Juristische Staatsprüfung an der Universität Leipzig mit "befriedigend" bestanden.

1.4.1934 bis Ostern 1937 Referendar-Ausbildung in Sachsen. 20.10.1937 Grosse Juristische Staatsprüfung vor dem Oberlandesgericht Dresden mit "gut" bestanden.

Im September 1930 Beitritt zur NSDAP und einige Zeit später zur SA. Zugehörigkeit zum Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund. Im Juni (?) 1934 Übertritt von der SA in die SS (SD). Ehrenamtliche Tätigkeit bei dem damaligen SD-Oberabschnitt Elbe in Chemnitz, später Leipzig, für Presse, Organisations- und Personalfragen.

Nach dem 2. Staatsexamen hauptamtlicher Angestellter des SD, und zwar Stabsführer des SD-Leitabschnittes Dresden. Etwa Ende 1938 Übernahme als Assessor in das Reichsministerium des Innern (Hauptamt Sicherheitspolizei). Weiterhin kommandiert zum SD.

Am 1.5.1940 Versetzung von Dresden nach Posen als Führer des dortigen SD-Leitabschnittes. Tätigkeit dieser Dienststelle: Beobachtung der Lebensgebiete Inland. Juli 1940 Beförderung zum Regierungsassessor.

Juli 1941 Beförderung zum Regierungsrat.

Den Beamtenbeförderungen entsprachen die Beförderungen in der SS.

Vom April 1942 bis Juli 1944 nebenamtliche Tätigkeit in der Abteilung I (Innere Verwaltung) in der Behörde des Reichsstatthalters in Posen.

Am 1.7.1944 Versetzung zum Reichssicherheitshauptamt nach Berlin als Gruppenleiter III A (Verwaltung und Recht).

9.11.1944 Beförderung zum Oberregierungsrat und SS-Obersturmbannführer.

Zum Kriegsende Tätigkeit in Flensburg in der Nachrichtenstelle der Nord-Gruppe der geschäftsführenden Reichsregierung.

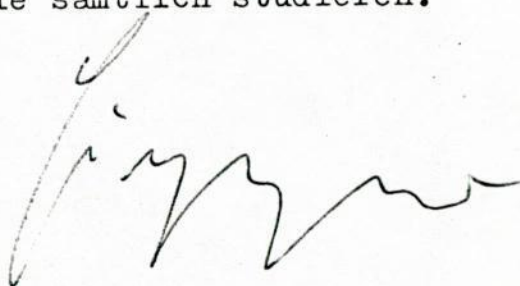
20.7.1945 Verhaftung durch die Engländer und bis 10.1.1957 in Internierung und Gefangenschaft in Deutschland bzw. seit Februar 1947 in Polen.

1949 wegen des Vorwurfs der "Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation" und der Tätigkeit in Polen während des Krieges Verurteilung zu lebenslänglichem Gefängnis durch das Kreisgericht in Posen. Vorzeitige Entlassung nach Deutschland im Januar 1957 aufgrund einer Amnestie.

Erneute berufliche Tätigkeit ab 1.1.1958.

Ich bin seit 9.5.1938 verheiratet und habe 3 Söhne im Alter von 27, 24 und 21. Jahren, die sämtlich studieren.

12. 12. 1966



1 Js 4/64 (RSA)
1 Js 13/65 (RSA)

224

V.

1) Vermerk:

Der für heute zur StA Bonn geladene Zeuge Dr. M e y e r -
E c k h a r d t hat bereits telegrafisch mitgeteilt, dass
er wegen Erkrankung heute nicht zur Vernehmung erscheinen
könne.

Bei der StA Bonn erreichte mich heute ein Telefonanruf seiner
Ehefrau, die sich erkundigte, ob mich dieses Telegramm noch
erreicht habe. Sie teilte ferner folgendes mit: Ihr Ehemann
befinde sich wegen Darmblutungen zur Beobachtung im Kranken-
haus. Falls keine ernstliche Erkrankung festgestellt werde,
solle er möglicherweise heute Nachmittag aus dem Krankenhaus
entlassen werden. In diesem Fall wäre er bereit, sich in
den nächsten Tagen vernehmen zu lassen. Da er wegen des Blut-
verlustes noch sehr geschwächt sei, könne er aber nicht zur
StA Bonn kommen, sondern bitte um Vernehmung in seiner Wohnung
in Siegburg.

Mit Rücksicht auf den geschilderten Gesundheitszustand und
die Schwierigkeiten einer Vernehmung in der Wohnung habe
ich von einer Änderung des Reiseplanes (Rückflug am 14.12.
Nachmittag) abgesehen und Ladung zu einem späteren Termin
in Aussicht gestellt.

2) z.d.A.

Bonn, den 12.12.1966

ls.

Der Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht Berlin

(Dienststelle)

1 Js 13/65 (RSA)

(Geschäftszeichen)

Merkblatt angelegt.

Fingerabdrücke genommen? Ja — Nein*)

Lichtbilder gefertigt? Ja — Nein*)

Person ist — nicht — festgestellt.*)

Im Deutschen Fahndungsbuch — Festnahmen/Aufenthalts-
ermittlungen —, in der Fahndungskartei ausgeschrieben?
Ja — Nein*)

*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

~~x~~ Berlin z. Z. Bonn, den 13.12. 1966

Verantwortliche Vernehmung

Es erscheint*) auf Vorladung im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Bonn

der / die ~~Nachgenannte~~

wohnhaft in Bonn-Duisdorf, Längsdorfer Straße Nr. 69
Platz

Fernruf und erklärt:

1. a) Familienname

auch Beinamen, Künstlername, Spitzname, bei Namensänderung
früherer Familienname, bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name
des früheren Ehemannes

b) Vornamen (Rufname ist zu unterstreichen)

a) S a e v e c k e

b) Theo Emil

2. Geboren

am 22.3.1911 in Hamburg

Kreis (Verwaltungsbezirk) Hamburg

Landgerichtsbezirk Hamburg

Land Hamburg

3. a) Beruf

aa) erlernter

bb) z. Z. der Tat ausgeübt

cc) Stellung im Beruf (z. Z. der Tat)

Hier ist anzugeben:

ob Geschäftsinhaber, Gehilfe, selbständiger Handwerksmeister,
Geselle usw.

b) Ferner sind anzugeben:

— bei Ehefrauen Beruf des Ehemannes

— bei Beamten und Behördenangestellten genaue Anschrift der
Dienststelle

— bei Studierenden Anschrift der Hochschule und das belegte Lehrfach

— bei Trägern akademischer Würden (Dipl.-Ing., Dr., D. usw.),
wann und bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde

c) bei Erwerbslosigkeit
seit wann?

a) Regierungs- und Kriminalrat

aa) Kriminalbeamter

bb) Kriminalkommissar

cc) Kriminalkommissar

b) entfällt

c) entfällt

4. Einkommensverhältnisse

a) z. Z. der Tat

b) gegenwärtig

a) entfällt

b)

*) auf Vorladung, aus Untersuchungshaft, aus Strafhaft, als vorläufig Festgenommene vorgeführt, in der Wohnung, an der Arbeitsstelle aufgesucht usw.
(Zutreffendes einsetzen).

<p>5. a) Familienstand ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — getrennt lebend</p> <p>b) Vor- und Familienname des Ehegatten bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes</p> <p>c) Wohnung des Ehegatten bei verschiedener Wohnung</p> <p>d) Beruf des Ehegatten</p>	<p>a) <u>verheiratet</u></p> <p>b) <u>Ursula geb. Giesecke</u></p> <p>c) <u>wie umseitig</u></p> <p>d) <u>Hausfrau</u></p>
<p>6. Kinder</p> <p>a) Anzahl</p> <p>b) Alter</p>	<p>a) <u>2</u></p> <p>b) <u>25 u. 10</u></p>
<p>7. a) Vater, Vor- und Zuname Beruf Wohnung</p> <p>b) Mutter, Vor- und Geburtsname Beruf Wohnung (auch wenn Eltern bereits verstorben)</p> <p>c) Vormund*), Pfleger*) oder Bewährungshelfer*), Vor- und Zuname Beruf Wohnung</p>	<p>a) <u>Karl Saevecke</u> <u>Stadtobersekretär</u> <u>Oldenburg i. Holstein</u></p> <p>b) <u>Maria geb. Sattelberg</u> <u>Hausfrau</u> <u>wie oben</u></p> <p>c) <u>entfällt</u></p>
<p>8. Staatsangehörigkeit (auch evtl. frühere)</p>	<p><u>Deutschland</u></p>
<p>9. Ehrenämter in Staat, Gemeinde oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (Schöffe oder Geschworener — Handels-, Arbeits- oder Sozialrichter — Vormundschaften — oder Pflegschaften — Bewährungshelfer — sonstige Ehrenämter)</p>	<p><u>entfällt</u></p>
<p>10. Personalausweis</p> <p>Reisepaß, sonstige Ausweise und Berechtigungsscheine (Art, ausstellende Behörde, Nummer, Ausgabedatum)</p> <p>z. B. Führerschein, Wandergewerbeschein, Legitimationskarte, Jagd- oder Fischereischein, Waffenschein, Schiffer- oder Lotsenpatent, Unterbringungs- schein nach Gesetz zu Art. 131 GG, Rentenbescheid, Sprengmeisterschein</p>	<p><u>BPA Nr. D 4450584</u></p>
<p>11. Vorstrafen und anhängige Strafverfahren Maßregeln der Sicherung und Besserung (Strafe zur Bewährung aus- gesetzt — bedingte Entlassung bewilligt)</p> <p>a) nach eigenen Angaben</p> <p>b) Ergänzung nach amtl. Unterlagen</p>	<p>a) <u>keine</u></p> <p>b)</p>

Mir wurde eröffnet, daß ich in dem Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h u.a. frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslagern zur "Vernichtung durch Arbeit" - als Beschuldigter vernommen werden soll. Meine Rechte aus § 136 StPO sind mir bekannt. Ich bin bereit, mich hier zu äußern.

Im Okt. 1934 bin ich als Kriminalkommissaranwärter bei der Kriminalpolizei in Lübeck eingetreten, nahm im Jahre 1937 an einem Kriminalkommissarlehrgang in Bln.-Charlottenburg teil und wurde im Frühjahr 1938 zur Kriminalpolizeileitstelle nach Berlin versetzt. Dort übernahm ich das Brandkommissariat. Im Sept. 1939 wurde ich zur Kripoleitstelle Posen abkommandiert und übernahm dort das Kommissariat Kapitalverbrechen. Ich blieb dort glaublich bis Mitte oder Herbst 1940 und wurde dann abgeordnet zum Reichskriminalpolizeiamt. Im RKPA war unter Leitung des RR u. KR Dr. R i e s e eine Sonder-dienststelle gegründet worden, die sich mit der kolonialen Planung der Polizei befaßte. Der Chef von Dr. R i e s e war ein Min.-Rat Dr. Z i n d e l , der die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation leitete (IKPK). Da ich früher einmal zur See gefahren war und Sprachkenntnisse besaß, war ich mit der Vorplanung für die Ausbildung von Polizeibeamten in den früheren Kolonien beauftragt worden. Diese Planung erstreckte sich auf Auswahl der Bewerber, ärztliche Untersuchung auf Tropentauglichkeit, die Erlernung afrikanischer Sprachen und über die Verhältnisse in Afrika selbst. Es waren Lehrgänge in Berlin und an der italienischen Kolonialpolizeischule in Tivoli bei Rom vorgesehen. Es haben dann auch sowohl Lehrgänge in Berlin als auch in Italien stattgefunden. Die Bewerber setzten sich aus Angehörigen der Kriminalpolizei, der Geheimen Staatspolizei und des SD zusammen. Nach Beendigung dieser Lehrgänge kam es darauf an, bis zum Einsatz in Afrika mit den Bewerbern in Verbindung zu

227

bleiben und sie weiterhin zu schulen. Dazu wurden uns von Universitätsprofessoren die entsprechenden Sprachen^{bücher} für die Fortbildung ausgearbeitet. Vor meiner Tätigkeit in dieser kolonialen Planung im RKPA in Berlin hatte für eine kurze Zeit Dr. O c h s diese Aufgaben wahrgenommen. Es ist möglich, daß ~~noch~~ ein KK W i s z i n s k i sich in meiner Abwesenheit oder nach meinem Fortgang auch mit diesen Dingen befaßt hatte. Mir war von Dr. R i e s e innerhalb seines Referates ein Zimmer zur Verfügung gestellt worden; außerdem war mir ein Kriminalassistent-oder oberassistent zugeteilt worden, dessen Namen eventuell B o s s e r t oder ähnlich gelautet haben kann. Es war noch ein zweiter Herr dort, der nach meiner Erinnerung S t r o b e l hieß. Mit den sonstigen Dienstgeschäften des Dr. R i e s e hatte ich nichts zu tun. Ich war bis heute der Ansicht, daß Dr. R i e s e in der Reichszentrale, Betrug und L o b b e s Mord bearbeitete. Dr. R i e s e war nebenbei noch Verbindungsmann zum kolonialpolitischen Amt der NSDAP. Bei einem Lehrgang in Rom, an dem ich auch teilnahm und Dr. R i e s e die Leitung des Lehrganges übernommen hatte, hatte er sehr viele Ärger mit einigen höheren Dienstgraden vom SD und von ^{der} Gestapo. Ich erinnere auch, daß Dr. R i e s e, der vollkommen schuldlos war, von H e y d r i c h gemäßregelt wurde.

Im Frühjahr 1942 wurde ich innerhalb der kolonialen Planung zur italienischen Afrikapolizei abgeordnet, verblieb einen Monat in Rom im Kolonialministerium und ging am 9. Mai 1942 mit General P r e s t i, dem Kommandeur der italienischen Polizei in Lybien, ^{nach Afrika} in Afrika verblieb ich bis zum 9. Mai 1943. Nach meiner Rückkehr habe ich in Berlin keinen Dienst polizeilicher Art mehr aufgenommen, sondern kam nach Korsika und von dort nach Italien, wo ich bis zum Zusammenbruch verblieb.

Cl

V.

1) Vermerk:

Der Beschuldigte Dr. M a l y hat der Ladung zur Vernehmung bei der StA Köln am 7. Dezember 1966 keine Folge geleistet. Er konnte auch heute telefonisch nicht erreicht werden. Da Dr. Maly schon gegenüber der Kripo Köln erklärt hatte, dass er prinzipiell nur noch vor dem Richter aussagen werde, habe ich von Versuchen, Dr. Maly herbeiholen zu lassen abgesehen und mit dem zuständigen Vernehmungsrichter beim AG Köln, Abteilung 26 c, Amtsgerichtsrat M e n k e n einen Termin zur richterlichen Vernehmung für Freitag, d. 13. Januar 1967, 10 Uhr vereinbart.

Gegen Dr. Maly ist beim Landgericht Köln das Strafverfahren 24 Ks 1/64 wegen Freiheitsberaubung im Amt mit Todesfolge (Einweisung einer wegen Schwangerschaft lagerunfähigen Zigeunerin in das KL Auschwitz) anhängig. Mit dem Sachbearbeiter dieses Verfahrens bei der StA Köln, EStA K l e i n e r t, habe ich heute Rücksprache genommen. Er teilte mir mit, Dr. Maly habe sich nach Eröffnung des Hauptverfahrens einer Magenoperation unterziehen müssen. Infolge dieser Operation und anderer Erkrankungen sei er verhandlungsunfähig. Das Strafverfahren sei deshalb vorläufig eingestellt. Dr. Maly werde in Abständen von einem halben Jahr nachuntersucht. Z.Zt. laufe gerade eine solche Untersuchung durch den Gerichtsmediziner und den zuständigen Amtsarzt. Ob Dr. Maly vernehmungsfähig ist, sei nichtbekannt. in den bisherigen Attesten sei von einer Verhandlungsfähigkeit von etwa 1 Stunde ausgegangen worden. EStA K l e i n e r t versprach Ablichtungen der bisher vorliegenden und der zu erwartenden amtsärztlichen Bescheinigungen zum hiesigen Verfahren zu übersenden.

Er bat seinerseits, ihm Ablichtungen aus dem GV-Plan des Amtes V (Gruppe A) zu übersenden.

Anschliessend habe ich die Zentralstelle beim Ltd.OStA in Köln aufgesucht. Wegen Abwesenheit von OStA K e p p e r (er befindet sich z.Zt. zu Vernehmungen in Israel) konnte ich über den Stand der Umfragen bei ehem. Häftlingen des KL Mauthausen zur Abgabeaktion keine Auskünfte erhalten.

2) z.d.A.

Köln, d. 14. Dezember 1966

65

Der Polizeipräsident in Berlin

AV-B-h/66

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42 (Tempelhof)
Tempelhofer Damm 1-7
Fernruf: 66 00 17
Im Innenbetrieb:

230
den 13. Dezember 1966

App. 2070

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin

1 B e r l i n 19

Amtsgerichtsplatz 1



Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des Reichs-
sicherheitshauptamtes wegen Verdachts des Mordes;
hier: Dienstreise des Kriminalobermeisters Konnerth
und des Polizeioberwachtmeisters Bloeks nach
Nürnberg u.a. Orten
Vorgang: Dortiges Ersuchen vom 9.12.1965 und 6.9.1966
-Az.: 1 Js 13/65 (RSHA) -.

In der o.a. Angelegenheit haben der Kriminalobermeister Konnerth
und der Polizeioberwachtmeister Bloeks in der Zeit vom 31.10. -
11.11.1966 eine Dienstreise nach Nürnberg u.a. Orten durchgeführt.
Aus diesem Anlaß sind hier Reisekosten in Höhe von

1.167,52 DM

=====

in Worten: Tausendeinhundertsiebenundsechzig DM 52 Pf.-
entstanden.

Ich bitte zu veranlassen, daß die Kosten gemäß § 92 GKG in Verbin-
dung mit den Durchführungsbestimmungen zu den Kostengesetzen (Ko-
stenverfügung) vom 7.9.1957 als Gerichtskosten festgesetzt und von
den Kostenschuldnern eingezogen werden.

Einer Überweisung des Betrages an mich bedarf es nicht (Entschei-
dung des Magistrats von Groß-Berlin - Finanzabteilung Käm II/7 -
vom 26.11.1949).

Im Auftrage

/di

1 Js 13/65 (RSA)

Sofort! Noch heute!

V.

- ✓ 1) zu schreiben (1 Leseschr.) unter Beifügung eines Einleitungsvermerks und der Akten 1 AR (RSA) 181/66:

An das
Amtsgericht Köln
Abteilung 26 c

- 5 K ö l n
Appellhofplatz

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h u.A.
wegen Mordes

hier: Richterliche Vernehmung des Beschuldigten
Dr. Hans M a l y

Anlagen: 1 Einleitungsvermerk vom 30. April 1965
1 Heft 1 AR (RSA) 181/66

Unter Bezugnahme auf die persönliche Rücksprache mit Herrn Amtsgerichtsrat M e n k e n am 14. Dezember 1966 übersende ich einen Abdruck des Einleitungsvermerks zu meinem Ermittlungsverfahren gegen Bruno S t r e c k e n b a c h und andere frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes mit dem Antrag, den Beschuldigten

Dr. Hans M a l y,

Köln-Rodenkirchen, Gneisenastr. 25,

zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen richterlich zu vernehmen. Der Beschuldigte Dr. Maly hat gegenüber der Kriminalpolizei Köln geäußert, dass er prinzipiell nur noch vor dem Richter aussagen wolle. Der Ladung zu einer staatsanwaltschaftlichen Vernehmung in Köln am 7. Dezember 1966 hat er keine Folge geleistet.

Da ich bei der Vernehmung anwesend sein möchte, bitte ich den Vernehmungstermin , wie besprochen, für

Freitag, den 13. Januar 1967, 10 Uhr,
anzuberaumen.

Ein Verteidiger hat sich für den Beschuldigten Dr. Maly in dieser Sache noch nicht gemeldet.

Gegen Dr. Maly ist bei dem Landgericht Köln das Strafverfahren -24 Ks 1/64- wegen Freiheitsberaubung mit Todesfolge anhängig. Ein Abdruck der Anklageschrift vom 20. Februar 1964

befindet sich in dem beigelegten Vorgang 1 AR (RSHA) 181/66 (Bl.32 ff.). Daraus ergibt sich der Lebenslauf des Beschuldigten sowie die Dauer und Art seiner Tätigkeit beim ehemaligen Reichskriminalpolizeiamt (Amt V des RSHA) in Berlin.

Die im Einleitungsvermerk erwähnten Dokumente sowie weitere inzwischen aufgefundene Unterlagen über die Beteiligung des Referats V A 2 des RSHA und des Beschuldigten Dr. Maly an der Einweisung der von der Justiz übernommenen Sicherungsverwahrten und Strafgefangenen in Konzentrationslager werden hier z.Zt. noch für andere Vernehmungen benötigt. Ich werde sie zum Vernehmungstermin mitbringen.

Sollte die Vernehmung nicht am 13.Januar 1967 stattfinden können, wäre ich für frühzeitige Benachrichtigung dankbar, damit ich meinen Reiseplan, der noch weitere Vernehmungen umfasst, entsprechend einrichten kann.

2) mir zur Unterschrift

3) z.d.A.

Berlin, d. 16.Dezember 1966

ff. 16.12.66 sec.

*zu 1) (uncl. 2x abt 1 Einleitungsvermerk 1 Ph
16/12/66*

1 Js 13/65 (RSA)

An das
Amtsgericht Köln
Abteilung 26c

5 K ö l n
Appellhofplatz

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h u. A.
wegen Mordes;
hier: Richterliche Vernehmung des Beschuldigten
Dr. Hans M a l y

Anlagen: 1 Einleitungsvermerk vom 30. April 1965
1 Heft 1 AR (RSA) 181/66

Unter Bezugnahme auf die persönliche Rücksprache mit
Herrn Amtsgerichtsrat M e n k e n am 14. Dezember 1966
übersende ich einen Abdruck des Einleitungsvermerks zu
meinem Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach und
andere frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheits-
hauptamtes wegen Mordes mit dem Antrag, den Beschuldigten

Dr. Hans M a l y ,
Köln-Rodenkirchen, Gneisenaustraße 25,

zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen richterlich zu ver-
nehmen. Der Beschuldigte Dr. Maly hat gegenüber der
Kriminalpolizei Köln geäußert, daß er prinzipiell nur
noch vor dem Richter aussagen wolle. Der Ladung zu einer
staatsanwaltschaftlichen Vernehmung in Köln am 7. Dezember 1966
hat er keine Folge geleistet.

Da ich bei der Vernehmung anwesend sein möchte, bitte ich den
Vernehmungstermin, wie besprochen, für

Freitag, den 13. Januar 1967, 10.00 Uhr,

anzuberaumen.

Ein Verteidiger hat sich für den Beschuldigten Dr. Maly in dieser Sache noch nicht gemeldet.

Gegen Dr. Maly ist bei dem Landgericht Köln das Strafverfahren - 24 Ks 1/64 - wegen Freiheitsberaubung mit Todesfolge anhängig. Ein Abdruck der Anklageschrift vom 20. Februar 1964 befindet sich in dem beigegeführten Vorgang 1 AR (RSHA) 181/66 (Bl. 32 ff.). Daraus ergibt sich der Lebenslauf des Beschuldigten sowie die Dauer und Art seiner Tätigkeit beim ehemaligen Reichskriminalpolizeiamt (Amt V des RSHA) in Berlin.

Die im Einleitungsvemerke erwähnten Dokumente sowie weitere inzwischen aufgefundene Unterlagen über die Beteiligung des Referats V A 2 des RSHA und des Beschuldigten Dr. Maly an der Einweisung der von der Justiz übernommenen Sicherungsverwahrten und Strafgefangenen in Konzentrationslager werden hier zur Zeit noch für andere Vernehmungen benötigt. Ich werde sie zum Vernehmungstermin mitbringen.

Sollte die Vernehmung nicht am 13. Januar 1967 stattfinden können, wäre ich für frühzeitige Benachrichtigung dankbar, damit ich meinen Reiseplan, der noch weitere Vernehmungen umfaßt, entsprechend einrichten kann.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

1 Js 13 / 65 (RSHA) - (Stapoleit. Bln.)

Vfg.

1) Zu schreiben (Formular benutzen): - unter Beifügung folgender Vernehmungsdurchschriften:

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen
714 Ludwigsburg
Schorndorfer Str. 28

- a) Kirch
- b) Lausenau
- c) Dr. Schäfer
- d) Höppner
- e) Salvatore
- f)
g)

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes

hier: Übersendung von Vernehmungsniederschriften pp.
gemäß Nr. 8 Satz 4 der von den Justizministern
und -senatoren am 28. April 1965 beschlossenen
Richtlinien

Bezug: Dortiges Az. 415 AR 1310163

Anlage(n): ⁵ Vernehmungsniederschrift (en)

Als Anlage (n) übersende ich ⁵ Vernehmungsnieder-
schrift(en) mit der Bitte um Kenntnissnahme und zum dortigen
Verbleib.

2) Z.d.A.

Berlin, den 19.12.66

h.

*Zu 1/ab + 5 Anh.
21/12.66
h*